



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Januar 2002



Monatsbericht des BMF
Januar 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage und zur Jahresprojektion	11
Finanzwirtschaftliche Lage	15
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	24
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Nachhaltigkeitsstrategie im Bürgerdialog	28
Einkommensteuerformular ELSTER 2001	29
Der EU-Haushalt 2002	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Die aktuelle wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	37
Steuerpolitischer Jahresrückblick für das Jahr 2001	41
Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik – Konzepte für eine langfristige	
Orientierung öffentlicher Haushalte	49
Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für 2003	
(Vierter Existenzminimumbericht)	51
Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes	59
Statistiken und Dokumentationen	63
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	68
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	100
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	120
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	125
(Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Start in das Jahr 2002 war nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik, sondern auch in elf weiteren europäischen Ländern ein entscheidender Schritt auf dem Weg in ein geeintes Europa. Mit der Einführung des Eurobargeldes ist der Euro nun auch für jeden einzelnen von uns mit Händen greifbar geworden. Die große Akzeptanz, mit der das Eurobargeld von den Bürgern von Helsinki bis Athen, von Dublin bis Berlin angenommen wird, belegt eindrucksvoll das Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa.

Bereits nach der Fixierung der Wechselkurse zum 1. Januar 1999 gab es in den Ländern der Eurozone schon praktisch eine gemeinsame Währung. Das hat das Zusammenwachsen der nationalen Kapitalmärkte zu einem gemeinsamen europäischen Finanzmarkt enorm gefördert. So hat die gemeinsame Währung nicht nur den Warenaustausch zwischen den Ländern beschleunigt, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Kapitalmärkte erhöht und letztlich den Wohlstand in Europa deutlich gesteigert.

Die Bundesregierung hat am 30. Januar ihren Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt. Mit dem Bericht werden die gesetzgebenden Körperschaften sowie die Öffentlichkeit darüber informiert, mit welcher konjunkturellen Entwicklung die Bundesregierung rechnet und mit welchen Maßnahmen sie zur Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele – Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum – beiträgt. Der Bericht für das Jahr 2002 trägt den Titel „Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen.“ Damit werden zwei zentrale Botschaften des Berichts plakativ zum Ausdruck gebracht: Zum einen, dass im Laufe dieses Jahres wieder mit einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu rechnen ist; zum anderen,

dass sich die auf Nachhaltigkeit und Berechenbarkeit ausgerichtete wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption bewährt hat und deshalb konsequent fortgesetzt wird. Die Weichen für eine rasche Rückkehr auf einen dynamischen Wachstumspfad und zu einer positiven Beschäftigungsentwicklung sind richtig gestellt. Damit kommt Deutschland auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen und modernen Volkswirtschaft im zusammenwachsenden Europa weiter voran. In der Februarausgabe des Monatsberichts werden wir Sie ausführlicher informieren.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung fügt sich nahtlos in den finanz- und wirtschaftspolitischen Ansatz der Bundesregierung ein: Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Die steuerpolitischen Maßnahmen sind solide und fair finanziert und stehen in Einklang mit den Konsolidierungsmaßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen. In unserem Beitrag geben wir einen Überblick über wichtige Veränderungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik im Jahr 2001.

Praktische Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen findet man im Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern im Jahr 2003. Es wird erklärt, welche Grundsätze die Festlegung der steuerfrei zu stellenden Beträge bestimmen. Insbesondere finden hier auch die Regelungen des Zweiten Familienförderungsgesetzes ab 1. Januar 2002 Anwendung.

Nachhaltigkeit bedeutet in der Finanzpolitik die dauerhafte Sicherung der haushaltspolitischen Handlungsfähigkeit, die bei ausufernder Staatsverschuldung in Gefahr geriete. In seinem Gutachten untersucht der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums der Finanzen kritisch die verschiedenen Methoden zur Prüfung der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik und gibt Hinweise, wie das Konzept der Nachhaltigkeit in der Haushaltsplanung der öffentlichen Hand verankert werden kann. Damit unterstützt der Beirat

die stabilitätsorientierte, auf einen Abbau der Staatsverschuldung angelegte Finanzpolitik der Bundesregierung und weist auf notwendige Konsolidierungserfordernisse hin, um einer überbordenden Verschuldung entgegenzuwirken.

Letztlich geben wir Ihnen einen Überblick über die Organisation und die Arbeit des Kassenwesens des Bundes. Die Bundeskassen sorgen für den ordnungsgemäßen Ablauf bei der Leistung und Annahme von Zahlungen des Bundes. Die anstehende Neuorganisation trägt zur weiteren Effizienzsteigerung der Bundeskassen bei. Durch die fortschreitende Automation und die Verringerung der Anzahl der Kassenstandorte werden Einsparungen insbesondere bei den Personal- und Sachkosten erreicht.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zu den Auswirkungen der Umstellung auf Euro in der Darstellung im Monatsbericht. Grundsätzlich werden alle Daten, die das Jahr 2002 und spätere Zeiträume betreffen, in Euro ausgewiesen. Soweit lediglich Daten des Jahres 2001 und früher betroffen sind, erfolgt die Darstellung im DM. Werden Daten ab 2002 gemeinsam mit früheren Zeiträumen dargestellt, wird als Leitwährung einheitlich der Euro gewählt. Dabei werden DM-Beträge zum festgesetzten Kurs von 1:1,95583 in Euro umgerechnet. Dies gilt zur Verbesserung der Vergleichbarkeit auch für die Darstellung von langen Zahlenreihen.

Liebe Leserinnen und Leser, der Bericht zur wirtschaftlichen Lage wird ab sofort nicht mehr vorab als Pressemitteilung erscheinen. Im Rahmen des Monatsberichts wird aber weiterhin zeitnah über die Entwicklung der Wirtschaft informiert werden. Durch dieses klarere Veröffentlichungskonzept werden Doppelungen vermieden. Unser Ziel ist es dabei, Sie auch im neuen Jahr aktuell und umfassend über wichtige Themen aus der Finanz- und Wirtschaftspolitik – Haushalt, Steuern, Geld- und Kapitalmarkt, Konjunkturlage, Länderfinanzen – zu informieren. Ich hoffe, dass unsere Arbeit dadurch transparenter wird und die kritische und sachliche Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Argumenten und Thesen anregt. Ich freue mich weiter auf Ihr Interesse am Monatsbericht.

Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage und zur Jahresprojektion	11
Finanzwirtschaftliche Lage	15
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	24
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Nachhaltigkeitsstrategie im Bürgerdialog	28
Einkommensteuerformular ELSTER 2001	29
Der EU-Haushalt 2002	30
Termine	32

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹ und zur Jahresprojektion

Das reale Wirtschaftswachstum in Deutschland belief sich nach vorläufigen Angaben² im Jahr 2001 auf +0,6 % (kalenderbereinigt +0,8 %).

Das abgelaufene Jahr war gekennzeichnet durch eine weltweit synchrone Konjunkturschwäche. Ursächlich dafür war insbesondere der konjunkturelle Einbruch in den USA. Aufgrund der hohen internationalen Verflechtung war Deutschland von den direkten und indirekten (Drittland-)Effekten dieser ungünstigen Entwicklung besonders betroffen. Dazu kamen die Nachwirkungen des Rohölpreisanstiegs, die Verteuerung von Nahrungsmitteln infolge von Tierseuchen sowie die erneute Kontraktion der Bauwirtschaft, insbesondere aufgrund des weiter anhaltenden, notwendigen Anpassungsprozesses in den neuen Bundesländern.

Exporte und Privater Konsum stützten das Wachstum. Der Private Konsum profitierte eindeutig von den Entlastungen der Steuerreform, auch wenn ein Teil davon durch die preisbedingten Kaufkraftverluste aufgezehrt wurde. Die Investitionstätigkeit ließ jedoch spürbar nach, wobei insbesondere die weitere Verringerung der Bauinvestitionen – wie schon in den Vorjahren – das Gesamtergebnis belastete.

Insgesamt war die wirtschaftliche Lage am Jahresende 2001 durch eine konjunkturelle Schwächephase gekennzeichnet. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Stimmung belastet und eine Erholung verzögert.

Die Nachwirkungen der im vergangenen Jahr wirksam gewordenen negativen Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum werden zunächst auch noch zu Beginn dieses Jahres spürbar sein. Gleichwohl dürften aber schon bald die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Dafür sprechen die günstigen wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren:

- Die Weltwirtschaft wird sich nach allen Prognosen in diesem Jahr wieder beleben. Zwar sind nach den Terroranschlägen in den USA die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung deutlich größer geworden. Andererseits sind in den USA vor dem Hintergrund eines Haushaltsüberschusses zur Konjunkturstützung – über das Wirkenlassen automatischer Stabilisatoren hinaus – recht schnell finanzpolitische Maßnahmen ergriffen worden. Außerdem hat die amerikanische Zentralbank bereits seit Beginn des letzten Jahres die Leitzinsen erheblich abgesenkt; sie liegen inzwischen so niedrig wie seit 40 Jahren nicht mehr. Insbesondere ist wichtig, dass sich das Vertrauen der Investoren und Verbraucher in den USA wieder verbessert. Darauf deuten einige jüngere Indikatoren hin. Deutschland könnte wegen seiner relativ starken internationalen Handels- und Kapitalverflechtung, insbesondere mit Regionen außerhalb der EU, von der Erholung der Weltkonjunktur – ausgehend von den USA – stärker profitieren als andere EU-Länder. Durch zunehmende außenwirtschaftliche Impulse wird die exportorientierte deutsche Industrie ihre Produktion und Investitionstätigkeit im Verlauf des Jahres 2002 intensivieren. Dafür spricht auch die deutlich rückläufige Lagerhaltung.
- Die gesunkenen Energiepreise und die auslaufenden Effekte der tierseuchenbedingten

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Januar 2002 vorlagen.

² Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis).

Preiserhöhungen stärken die reale Kaufkraft. Hiervon profitiert der Private Konsum.

- Durch die spürbare monetäre Lockerung sind die kurzfristigen Nominalzinsen auf einem niedrigen Niveau; auch die langfristigen Zinsen sind niedrig. Angebotsseitig sind von daher günstige Bedingungen für eine Belebung der Investitionstätigkeiten gegeben.

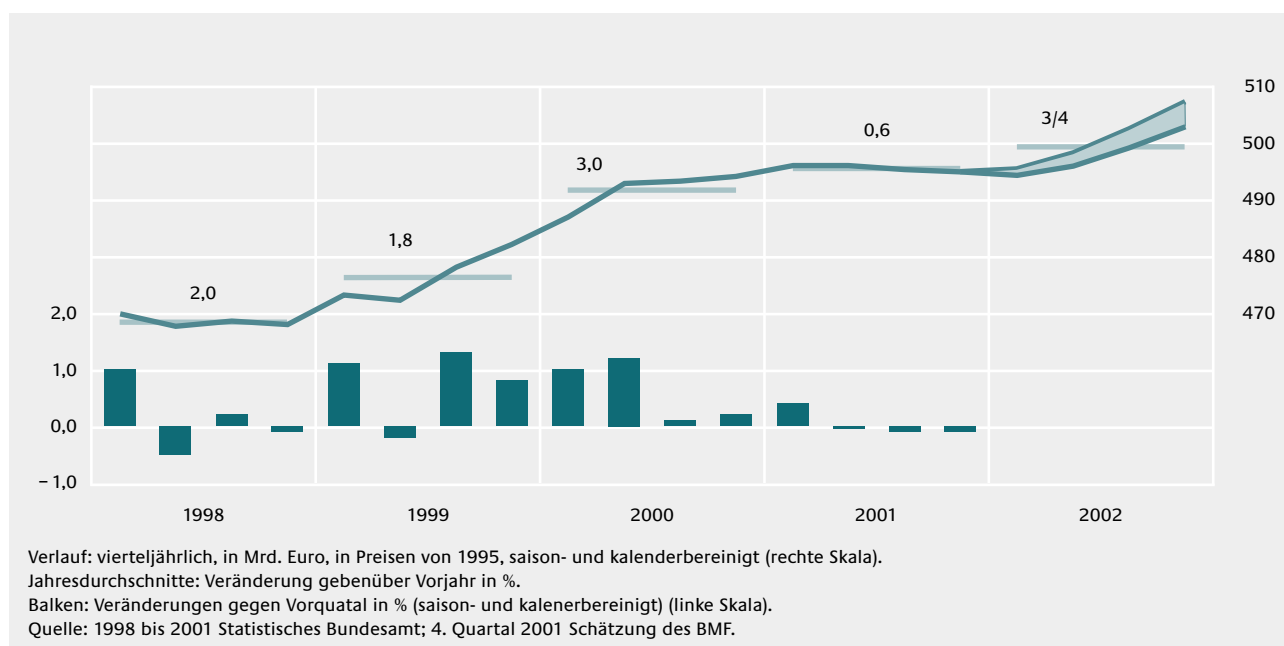
Unter diesen Voraussetzungen dürften sich die wirtschaftlichen Aktivitäten wiederbeleben und im Jahresverlauf deutlich beschleunigen. Auch auf dem Arbeitsmarkt wird sich im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich eine Trendumkehr abzeichnen.

Aufgrund der Vorbelastung aus dem Vorjahr bleibt die jahresdurchschnittliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts allerdings noch gedämpft. In realer Rechnung erscheint für dieses Jahr ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von rund $\frac{3}{4}\%$ wahrscheinlich. Diese Einschätzung liegt innerhalb des aktuellen Prognosespektrums wirt-

schaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute und internationaler Organisationen von 0,6 % bis 1,2 % und in der Nähe der meisten Werte dieses Spektrums. Allen Prognosen gemeinsam ist, dass eine Erholung im Laufe des Jahres erwartet wird. Internationale Organisationen (Europäische Kommission und OECD) gehen davon aus, dass sich die Belebung fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 um real 2,8 % bzw. 2,9 % steigen wird. Das Wirtschaftswachstum läge damit im EU-Durchschnitt und ähnlich hoch wie in Frankreich und Italien.

Die bisher getroffenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen unterstützen die wirtschaftliche Erholung. So werden die dauerhaften Entlastungen durch die Steuerreform, die im vergangenen Jahr zum Teil durch die externe Teuerung aufgezehrt wurden, zusammen mit den zusätzlichen steuerlichen und haushaltspolitischen Maßnahmen, die 2002 wirksam werden, ihre Nachfrage steigernde Wirkung voll entfalten können. Unter diesen Voraussetzungen dürften

Jahresprojektion 2002 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland



sich die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder festigen und die Wachstumsdynamik im Jahresverlauf deutlich beschleunigen.

Mit weiteren Schritten leistet die Bundesregierung auch in diesem Jahr wichtige Beiträge zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Hierzu gehören u. a.:

- die Entlastung von Familien mit Kindern durch die 2. Stufe der Familienförderung um rund 2,6 Mrd. €;
- die Bereitstellung von insgesamt 2,6 Mrd. € mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm für Investitionen in die Zukunftsbereiche Verkehr, Forschung, Bildung und Energie sowie für die BaföG-Novelle;
- die Freistellung der Gewinne von Kapitalgesellschaften aus der Veräußerung von Anteilen an inländischen Kapitalgesellschaften von der Besteuerung auf der Ebene der Unternehmen mit einer Entlastung von rund 2,15 Mrd. €;
- die Wiedereinführung des halben Steuersatzes für Betriebsveräußerungen bzw.

-aufgaben mit einer Entlastung von rund 1,07 Mrd. €;

- die Zulassung der Bildung einer Reinvestitionsrücklage von bis zu 500 000 € für Personenunternehmen; dies führt zu einer Entlastung in Höhe von rund 650 Mio. €.

Der finanzpolitische Kurs wahrt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen gestalterischer Politik und notwendiger Konsolidierung. Damit trägt die Bundesregierung auch den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts Rechnung. Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Ausgaben des Gesamtstaates wird weiterhin auf 2 % begrenzt; für den Bund ist im Finanzplanungszeitraum bis 2005 sogar nur eine durchschnittliche nominale Ausgabensteigerung von 0,8 % vorgesehen. Für das Jahr 2006 wird ein ausgeglichener Bundeshaushalt angestrebt.

Eine ausführliche Analyse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 2001 sowie eine Projektion für das Jahr 2002 enthält der Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001			
	1998	1999	2000	2001	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real^{1, 2}																
Deutschland	1,7	1,7	3,2	0,8	0,7	1,0	2,0	3,0	2,9	4,3	3,2	2,5	1,8	0,6	0,4	
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,9	2,6	3,4	*	2,0	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,5	1,6	1,4	
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	*	2,0	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,7	1,4	
Japan	-1,1	0,8	1,5	*	-0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	-0,6	-0,5	
Kanada	4,0	5,1	4,6	*	3,7	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,7	3,6	2,1	1,9	0,8	
USA	4,3	4,1	4,1	*	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,6	
Arbeitslosenquoten in %^{2, 3}																
	Jahresdurchschnitt 1999	2000	2001	2000 Dez	2001 Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,7	7,7	7,8	7,8	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0
Eurozone (EUR-12) ⁴	10,0	8,9	*	8,5	8,5	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,5	8,5	8,5	*
Europäische Union (EU-15) ³	9,2	8,2	*	7,8	7,8	7,7	7,7	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8	*
Japan	4,7	4,7	*	4,9	4,9	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	*
Kanada	7,6	6,8	7,2	6,8	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0
USA	4,2	4,0	4,8	4,0	4,2	4,2	4,3	4,4	4,4	4,5	4,5	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7
Verbraucherpreise^{1, 3}																
Deutschland	0,6	2,1	2,4	2,3	2,2	2,5	2,5	2,9	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5
Eurozone (EUR-12) ⁴	1,1	2,3	*	2,6	2,4	2,6	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	2,1	*
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	*	2,3	2,2	2,3	2,3	2,6	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	1,8	*
Japan	-0,3	-0,7	*	-0,2	0,1	-0,1	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,8	-0,5	-0,7	-0,6	-0,9	*
Kanada	1,7	2,7	*	3,3	3,0	2,8	2,5	3,6	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	0,7	*
USA	2,1	3,5	2,8	3,8	3,9	3,6	2,9	3,3	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6
Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.																
¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.																
² Saisonbereinigt.																
³ Harmonisiert.																
⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.																

Finanzwirtschaftliche Lage

Der Bundeshaushalt 2001 schließt mit einem guten Ergebnis ab. Die Neuverschuldung des Bundes wurde gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgeführt und liegt mit 44,6 Mrd. DM um 1,8 Mrd. DM unter dem Vorjahresergebnis. Trotz der erheblichen Belastungen aus dem konjunkturellen Umbruch wurde der Sollansatz des Haushaltsplans nur um 0,9 Mrd. DM überschritten. Die-

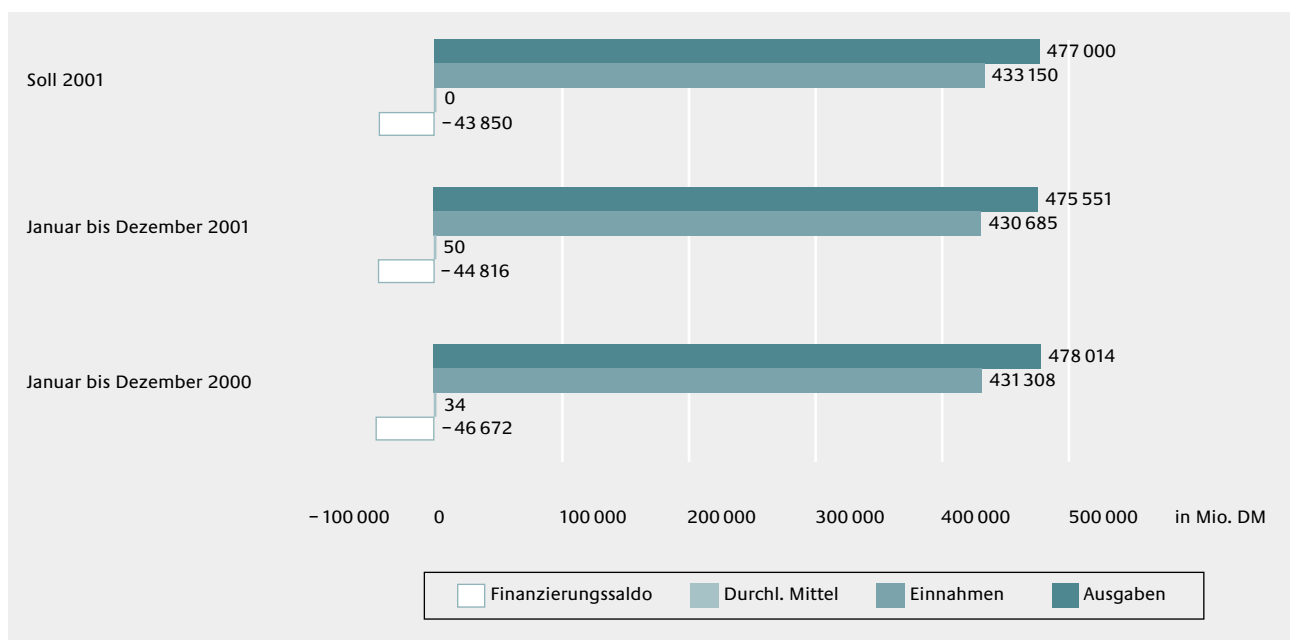
ses Ergebnis bedeutet die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 1993. Mit dem Bundeshaushalt 2001 hat die Bundesregierung ihren Weg der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt. Die Politik der strikten Ausgabendisziplin hat sich bewährt. Sie ist zugleich Voraussetzung für das Ziel, trotz schwieriger Zeiten im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Haushaltsjahr 2001 wurde das Ausgabenvolumen weiter zurückgeführt. Die Ausgaben unterschreiten

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2001	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Dezember 2001
Ausgaben (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	477,0 - 0,2	475,6 - 0,5
Einnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	433,2 0,4	430,7 - 0,1
Steuereinnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	384,6 - 1,1	379,0 - 2,5
Finanzierungssaldo (Mrd. DM) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. DM) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. DM)	- 43,9 - - 0,2	- 44,8 - - 0,2
Nettokreditaufnahme (Mrd. DM)	- 43,7	- 44,6

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



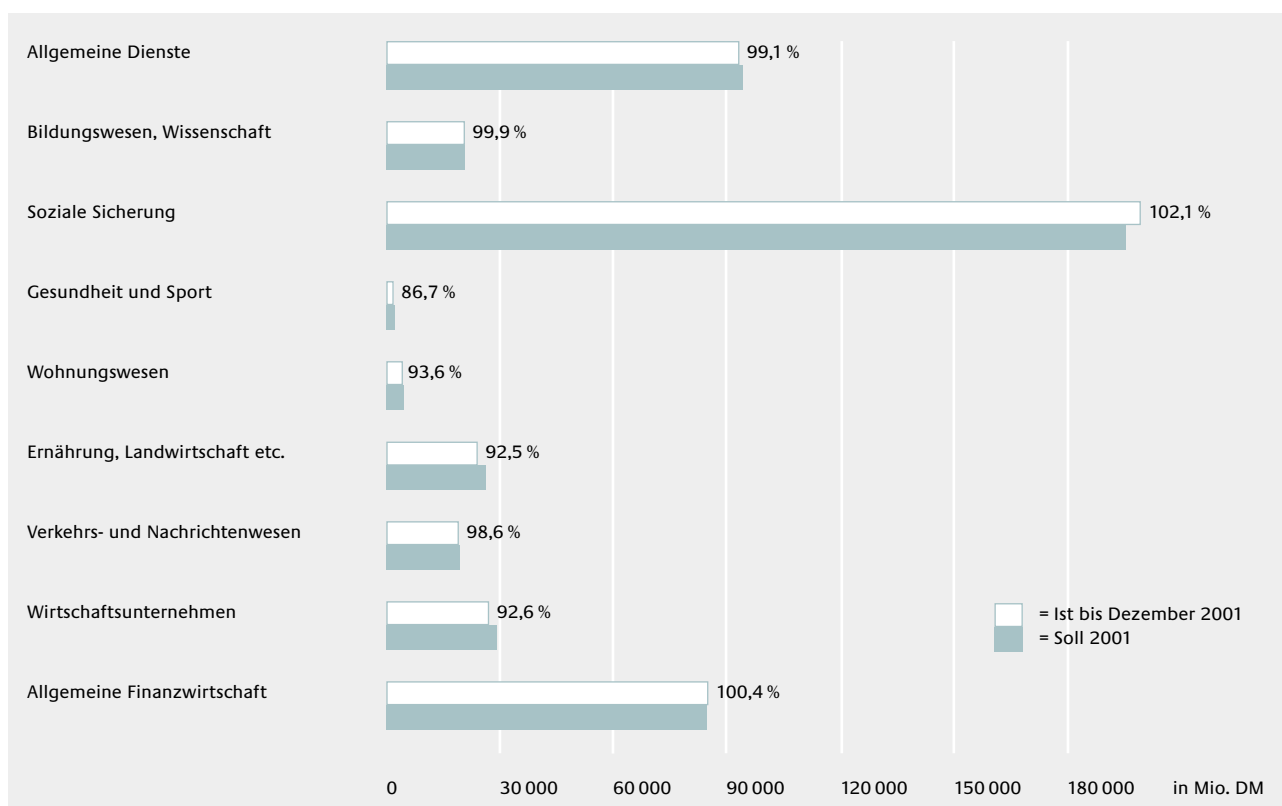
mit 475,6 Mrd. DM das Haushaltssoll um 1,4 Mrd. DM und liegen damit um 0,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Die strikte Politik der Bundesregierung, die Ausgaben zu begrenzen, hat es ermöglicht, erhebliche, zwangsläufige Mehrausgaben durch Einsparungen in allen Ressorts auszugleichen. Wesentlichen Mehrausgaben – insbesondere für den Arbeitsmarkt und den Rückkauf der DM-Münzen – stehen Entlastungen, z. B. bei den Zinsausgaben und Gewährleistungen, gegen-

über. Das Steueraufkommen liegt angesichts veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie aufgrund der Auswirkungen der Steuerreform mit 379,0 Mrd. DM um 5,6 Mrd. DM unter dem veranschlagten Aufkommen. Die Verwaltungseinnahmen verzeichnen mit 51,7 Mrd. DM eine Zunahme in Höhe von 3,2 Mrd. DM gegenüber den geplanten Einnahmen. Diese Zunahme ist im Wesentlichen auf höhere Zins- und Gewährleistungseinnahmen zurückzuführen.

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2001	Januar bis Dezember		Januar bis Dezember		Veränderungen ggü. Vorjahr in %
	Mio. DM	2001 Mio. DM	Anteil in %	2000 Mio. DM	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	94 215	93 404	19,6	77 227	16,2	+ 20,9
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7 291	7 230	1,5	7 045	1,5	+ 2,6
Verteidigung	54 406	54 681	11,5	45 474	9,5	+ 20,2
Politische Führung, zentrale Verwaltung	17 497	16 738	3,5	14 142	3,0	+ 18,4
Finanzverwaltung	6 001	5 870	1,2	-	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	20 819	20 797	4,4	19 339	4,0	+ 7,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	2 215	2 215	0,5	2 000	0,4	+ 10,8
BAföG	1 525	1 382	0,3	1 052	0,2	+ 31,4
Forschung und Entwicklung	12 887	13 095	2,8	12 436	2,6	+ 5,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	195 539	199 562	42,0	197 071	41,2	+ 1,3
Sozialversicherung	131 066	130 697	27,5	123 823	25,9	+ 5,6
Arbeitslosenversicherung	1 200	3 777	0,8	1 696	0,4	+122,7
Arbeitslosenhilfe	22 600	24 990	5,3	25 741	5,4	- 2,9
Wohngeld	3 900	3 953	0,8	3 339	0,7	+ 18,4
Erziehungsgeld	6 925	6 498	1,4	6 662	1,4	- 2,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	7 719	8 061	1,7	8 564	1,8	- 5,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	2 262	1 962	0,4	1 192	0,2	+ 64,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	4 596	4 303	0,9	4 493	0,9	- 4,2
Wohnungswesen	3 725	3 493	0,7	3 748	0,8	- 6,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	26 089	24 144	5,1	28 225	5,9	- 14,5
Regionale Förderungsmaßnahmen	9 298	9 368	2,0	10 467	2,2	- 10,5
Kohlenbergbau	6 937	7 014	1,5	7 454	1,6	- 5,9
Gewährleistungen	4 600	2 876	0,6	4 589	1,0	- 37,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	19 391	19 118	4,0	18 393	3,8	+ 3,9
Straßen (ohne GVFG)	10 860	10 952	2,3	9 962	2,1	+ 9,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	29 281	27 126	5,7	31 375	6,6	- 13,5
Post-Unterstützungskassen	9 341	8 681	1,8	8 400	1,8	+ 3,3
Bundeseisenbahnvermögen	7 936	7 770	1,6	12 709	2,7	- 38,9
Deutsche Bahn AG	9 681	8 342	1,8	7 601	1,6	+ 9,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	84 808	85 136	17,9	100 699	21,1	- 15,5
Fonds „Deutsche Einheit“	6 464	6 464	1,4	6 464	1,4	+ 0,0
Zinsausgaben	77 000	73 591	15,5	76 568	16,0	- 3,9
Ausgaben zusammen	477 000	475 551	100,0	478 014	100,0	- 0,5

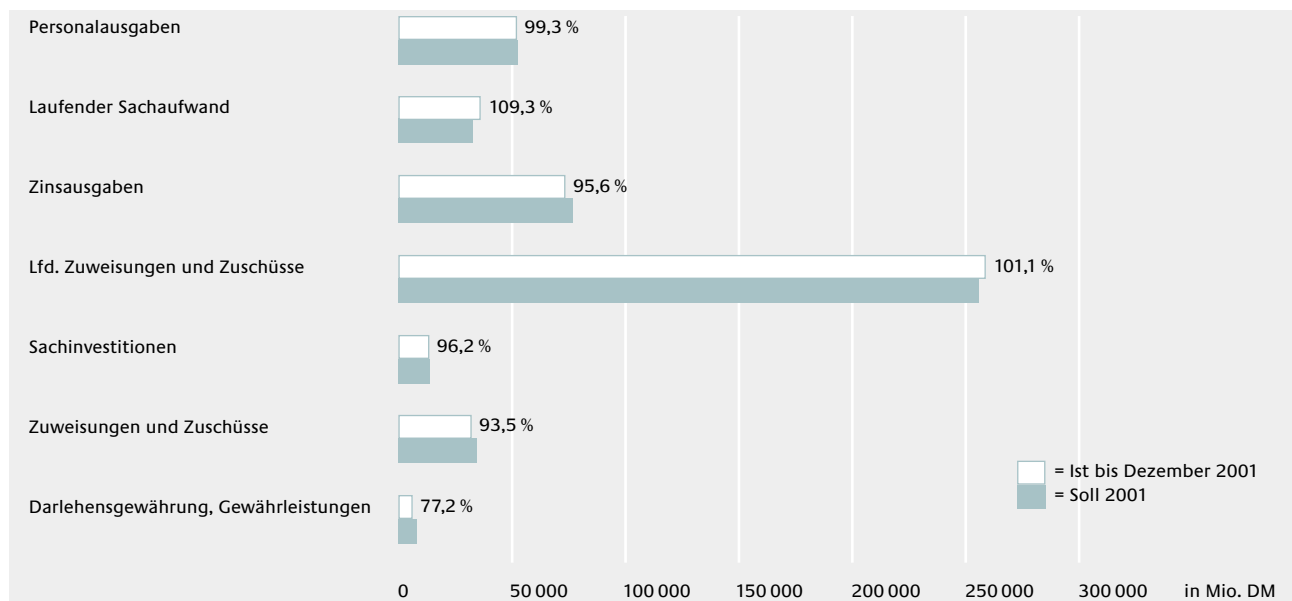
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Dezember 2001



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

Einnahmeart	Soll 2001	Ist 2001 Januar bis Dezember		Ist 2000 Januar bis Dezember		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. DM	Mio. DM	Anteil in %	Mio. DM	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	420 217	422 210	88,8	422 966	88,5	- 0,2
Personal Ausgaben	52 812	52 430	11,0	51 862	10,8	+ 1,1
Aktivbezüge	40 382	39 977	8,4	39 654	8,3	+ 0,8
Versorgung	12 430	12 453	2,6	12 208	2,6	+ 2,0
Laufender Sachaufwand	33 104	36 189	7,6	40 724	8,5	- 11,1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	3 115	3 167	0,7	3 209	0,7	- 1,3
Militärische Beschaffungen	14 970	15 618	3,3	14 347	3,0	+ 8,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	15 019	17 404	3,7	23 168	4,8	- 24,9
Zinsausgaben	77 000	73 591	15,5	76 568	16,0	- 3,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	256 113	258 872	54,4	248 089	51,9	+ 4,3
an Verwaltungen	26 388	25 929	5,5	31 500	6,6	- 17,7
an andere Bereiche	229 726	232 942	49,0	216 588	45,3	+ 7,6
darunter						
Unternehmen	33 218	32 611	6,9	25 956	5,4	+ 25,6
Renten, Unterstützungen u. a.	38 245	40 424	8,5	41 963	8,8	- 3,7
Sozialversicherungen	151 247	152 833	32,1	141 973	29,7	+ 7,6
Sonstige Vermögensübertragungen	1 188	1 128	0,2	5 724	1,2	- 80,3
Investive Ausgaben	57 988	53 342	11,2	55 048	11,5	- 3,1
Finanzierungshilfen	43 944	39 836	8	41 882	8,8	- 4,9
Zuweisungen und Zuschüsse	34 543	32 288	6,8	32 426	6,8	- 0,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	8 064	6 229	1,3	8 224	1,7	- 24,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 336	1 319	0,3	1 231	0,3	+ 7,1
Sachinvestitionen	14 045	13 505	2,8	13 166	3	+ 2,6
Baumaßnahmen	11 571	10 856	2,3	10 913	2,3	- 0,5
Erwerb von beweglichen Sachen	1 643	1 724	0,4	1 524	0,3	+ 13,1
Grunderwerb	831	925	0,2	729	0,2	+ 26,9
Globalansätze	- 1 205	0		0		
Ausgaben insgesamt	477 000	475 551	100,0	478 014	100,0	- 0,5

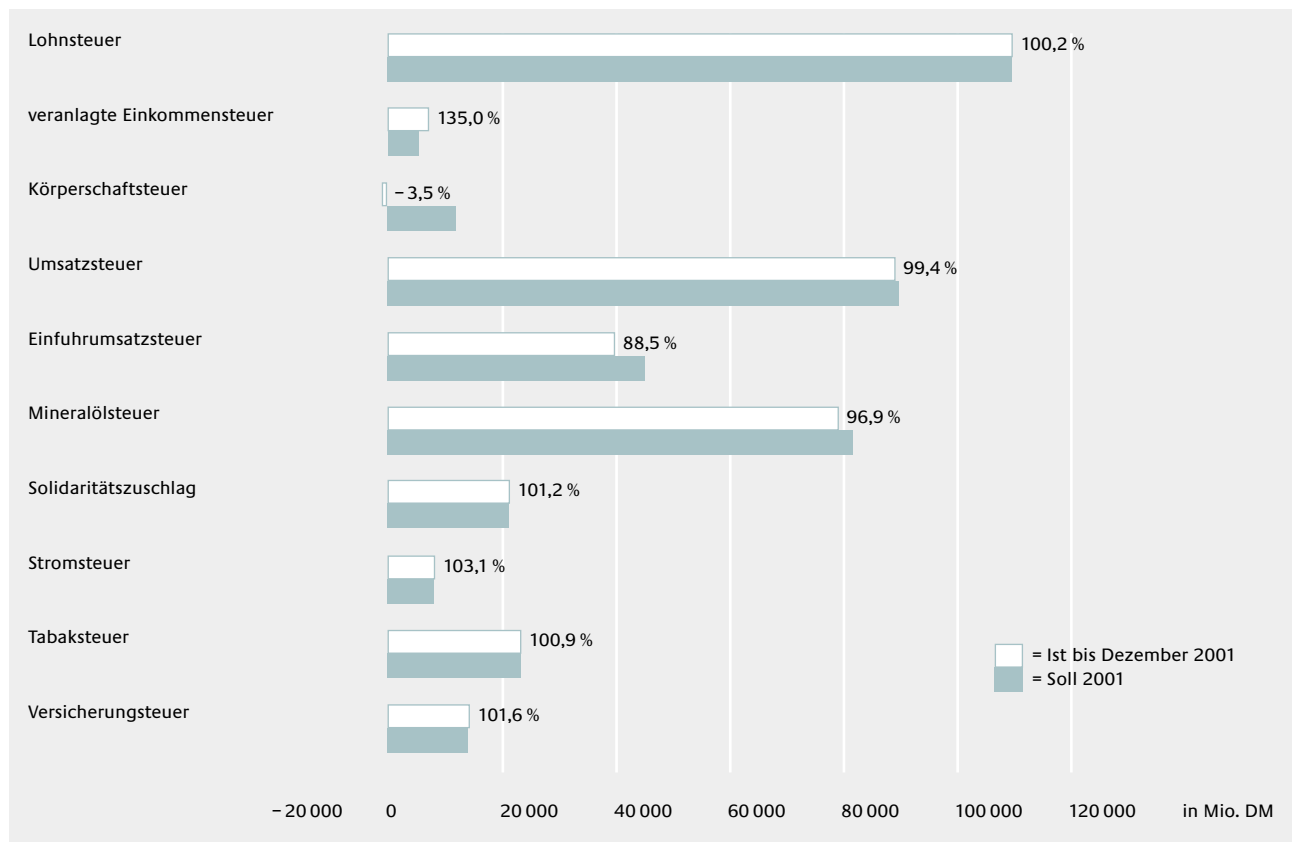
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Dezember 2001



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2001	Ist 2001		Ist 2000		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. DM	Januar bis Dezember Mio. DM	Anteil in %	Januar bis Dezember Mio. DM	Anteil in %	
I. Steuern	384 609	378 972	88,0	388 768	90,1	- 2,5
Bundesanteile an:	286 132	277 930	64,5	298 181	69,1	- 6,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	147 440	145 266	33,7	165 564	38,4	- 12,3
davon:						
Lohnsteuer	110 075	110 256	25,6	112 821	26,2	- 2,3
veranlagte Einkommensteuer	5 401	7 291	1,7	10 162	2,4	- 28,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	13 100	20 424	4,7	13 216	3,1	+ 54,5
Zinsabschlag	6 864	7 712	1,8	6 312	1,5	+ 22,2
Körperschaftsteuer	12 000	- 416	- 0,1	23 054	5,3	- 101,8
Umsatzsteuer	90 136	89 615	20,8	90 380	21,0	- 0,8
Einfuhrumsatzsteuer	45 280	40 090	9,3	39 641	9,2	+ 1,1
Gewerbesteuerumlage	3 276	2 958	0,7	2 595	0,6	+ 14,0
Versicherungsteuer	14 300	14 527	3,4	14 166	3,3	+ 2,5
Solidaritätszuschlag	21 400	21 648	5,0	23 159	5,4	- 6,5
Tabaksteuer	23 400	23 611	5,5	22 380	5,2	+ 5,5
Kaffeesteuer	2 150	2 032	0,5	2 126	0,5	- 4,4
Branntweinsteuer	4 100	4 191	1,0	4 207	1,0	- 0,4
Mineralölsteuer	82 100	79 583	18,5	73 982	17,2	+ 7,6
Stromsteuer	8 200	8 454	2,0	6 563	1,5	+ 28,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 25 089	- 24 943	- 5,8	- 26 347	- 6,1	- 5,3
BSP-Eigenmittel der EU	- 19 800	- 15 707	- 3,6	- 17 491	- 4,1	- 10,2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 13 429	- 13 361	- 3,1	- 13 246	- 3,1	+ 0,9
II. Sonstige Einnahmen	48 541	51 714	12,0	42 540	9,9	+ 21,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	9 154	9 384	2,2	9 758	2,3	- 3,8
Zinseinnahmen	3 159	3 928	0,9	2 025	0,5	+ 94,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	22 078	22 609	5,2	11 327	2,6	+ 99,6
Einnahmen zusammen	433 150	430 685	100,0	431 308	100,0	- 0,1

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Dezember 2001



Steuereinnahmen im Dezember 2001 und im Gesamtjahr 2001

Steuereinnahmen im Dezember 2001

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im Dezember 2001 um $-8,8\%$ unter dem Ergebnis vom Dezember 2000. Ursächlich für diesen starken Rückgang waren in erster Linie die gemeinschaftlichen Steuern, die mit $-12,4\%$ unter dem Vorjahreswert blieben. Auch die reinen Ländersteuern waren mit $-11,0\%$ deutlich im Minus. Dagegen verzeichneten die reinen Bundessteuern eine Zunahme um $+5,2\%$.

Der Rückgang der Lohnsteuer um $-4,7\%$ spiegelt die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Tarifentlastung wider.

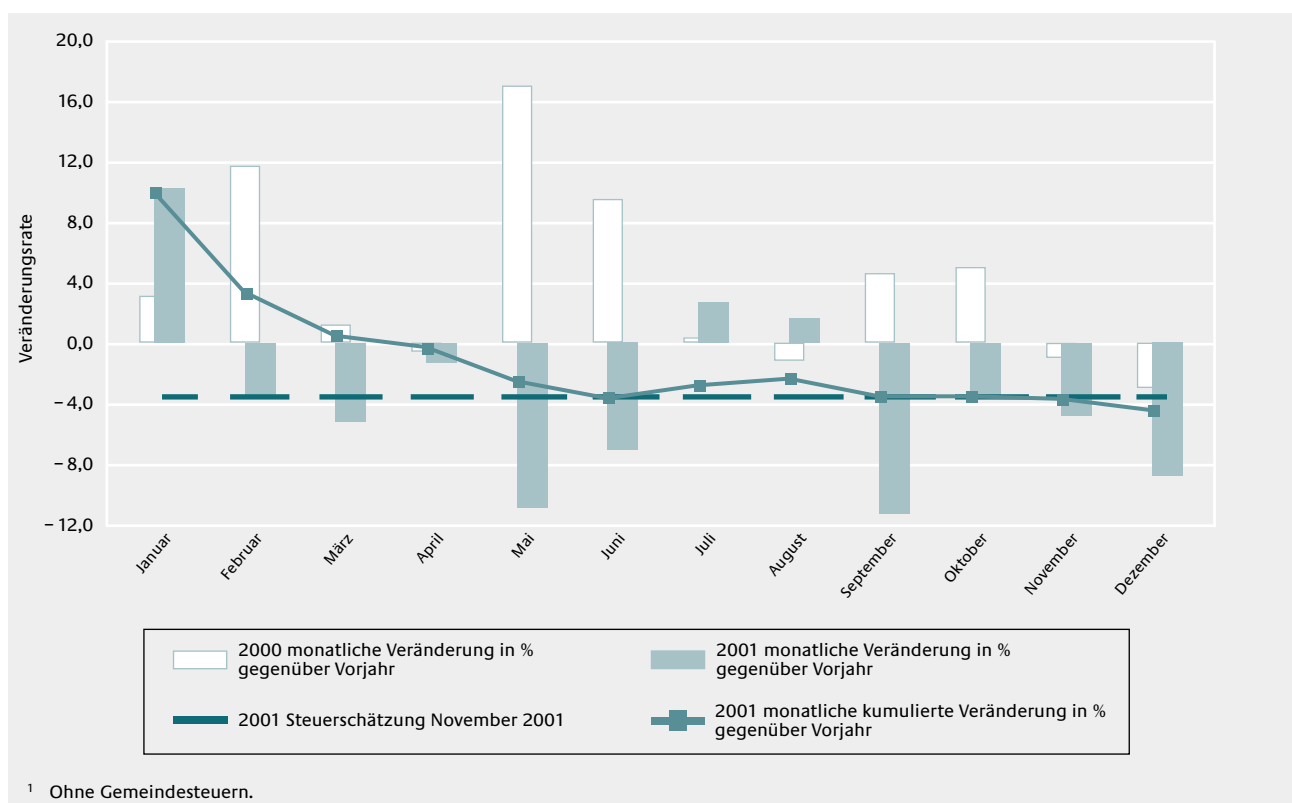
Gleiches gilt für die veranlagte Einkommensteuer, deren Aufkommen im letzten Vorauszah-

lungsmonat des Jahres um $-4,2\%$ unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats lag. Da die Eigenheimzulage ($-32,0\%$) und die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer ($-21,3\%$) deutlich niedriger ausfielen als im Vorjahr, ergibt sich in der Bruttobetrachtung ein Rückgang der veranlagten Einkommensteuer von $-7,0\%$.

Die Körperschaftsteuer ist im Dezember erneut zurückgegangen (-9 Mrd. DM bzw. $-76,1\%$). Allerdings waren die Aufkommensergebnisse in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich: Gut die Hälfte des Einnahmerückgangs entfiel auf ein Bundesland, in dem es zu Körperschaftsteuerrückzahlungen in Milliardenhöhe kam.

Die Ausschüttungen der Körperschaften blieben auf hohem Niveau. Da jedoch im Dezember 2000 außerordentlich hohe Dividendenzahlungen erfolgten, ergibt sich im Vorjahresvergleich

Steuereinnahmen 2001¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr



ein Rückgang des Aufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag von – 27,3 %.

Ähnliches gilt für den Zinsabschlag. Obwohl sich die Einnahmen nach wie vor auf hohem Niveau bewegen, war aufgrund der starken Vorjahresbasis ein Aufkommensrückgang um – 4,3 % zu verzeichnen.

Bei den Steuern vom Umsatz sind erste Anzeichen für eine positivere Entwicklung auszumachen. Die Umsatzsteuer nahm um + 9,1 % zu. Da jedoch gleichzeitig die Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der geringeren Importe aus Nicht-EU-Staaten deutlich um – 16,7 % nachgab, verblieb insgesamt nur ein Zuwachs von + 1,4 %.

Die reinen Bundessteuern legten um + 5,2 % zu. Maßgeblich hierfür waren die Zuwächse bei der Mineralölsteuer (+ 9,1 %), bei der Stromsteuer (+ 13,4 %) und bei der Tabaksteuer (+ 22,2 %). Dem standen Rückgänge beim Aufkommen der Versicherungsteuer (– 24,1 %), der Branntweinsteuer (– 5,3 %) und des Solidaritätszuschlages (– 17,0 %) gegenüber.

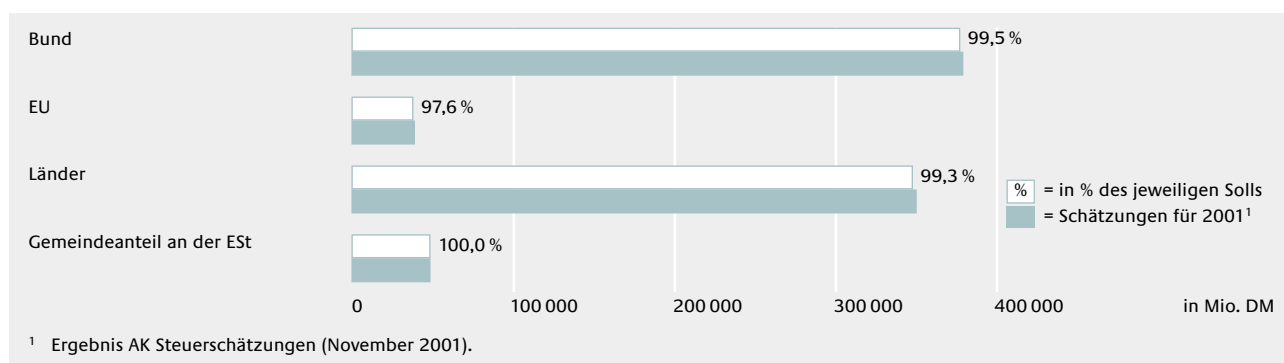
Die reinen Ländersteuern blieben mit – 11,0 % deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Hier verzeichnete lediglich die Biersteuer ein leichtes Plus (+ 3,6 %). Die Kraftfahrzeugsteuer war nach kräftigen Zuwächsen im Jahresverlauf im Dezember erstmals rückläufig (– 3,7 %).

Entwicklung der Steuereinnahmen im Gesamtjahr 2001

Einschließlich der gegenwärtig noch geschätzten reinen Gemeindesteuern ergibt sich ein vorläufiges Ist-Ergebnis der gesamten Steuereinnahmen im Jahr 2001 von 872,5 Mrd. DM. Dieses Ergebnis liegt um – 5,4 Mrd. DM unter dem Schätzansatz des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom November 2001.

Die Entwicklung des Steueraufkommens im Jahr 2001 wurde maßgeblich durch die Abschwächung der Konjunktur beeinflusst. Zu Jahresbeginn verzeichneten die Steuereinnahmen bedingt durch Sondereffekte (Verschiebung von variablen Einkommenszahlungen nach 2001 wegen der Tarifsenkung, Verschiebung einer Mineralölsteuerzahlung von Dezember 2000 nach Januar 2001) zunächst anstelle des für das Gesamtjahr geschätzten Rückgangs um – 1,9 % einen deutlichen Zuwachs. Dieses finanzielle Polster wurde jedoch in den Folgemonaten rasch aufgezehrt, weil die Umsatzsteuer sich sehr schwach entwickelte und die hohen Einnahmeausfälle bei der Körperschaftsteuer nur teilweise durch steigende Einnahmen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ausgeglichen werden konnten. Die kumulierte Veränderungsrate des Steueraufkommens rutschte im Mai 2001 in den negativen Bereich ab und unterschritt mit – 2,3 % den in der Novemberschätzung 2000 prognostizierten Wert.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Dezember 2001



Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ trug bei seiner Mai-Schätzung 2001 dieser negativen Entwicklung Rechnung und revidierte die Aufkommenserwartungen für das Jahr 2001 nach unten (Rückgang der Gesamteinnahmen um – 2,5 %).

Nachdem der für das zweite Halbjahr 2001 erwartete Konjunkturaufschwung ausblieb, wurde rasch deutlich, dass auch die nach unten korrigierte Prognose vom Mai 2001 noch zu optimistisch war. In der November-Schätzung 2001 wurde ein Rückgang des Steueraufkommens um

– 3,7 % prognostiziert. Tatsächlich sind die Steuereinnahmen im Jahre 2001 nach dem nun vorliegenden vorläufigen Jahresergebnis im Vorjahresvergleich mit – 4,3 % sogar noch stärker zurückgegangen.

Aus vorläufigen Zahlen für das nominale Bruttoinlandsprodukt und dem vorläufigen Ist-Ergebnis der Steuereinnahmen ergibt sich für das Jahr 2001 eine volkswirtschaftliche Steuerquote von 21,62 %, die deutlich unter der Steuerquote des Vorjahres (22,95 %) liegt.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

	Schätzungen für 2001 ⁴	im Dezember 2001 in Mio. DM	Januar bis Dezember 2001
Bund²	380 859	60 131	378 974
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,0	– 4,1	– 2,5
EU	39 541	2 068	38 591
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 7,4	– 46,3	– 9,6
Länder²	351 848	42 606	349 488
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 5,1	– 12,8	– 5,7
Gemeindeanteil an der ESt/USt	49 220	8 397	49 227
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 3,2	– 4,2	– 3,2
Zusammen	821 468	113 202	816 281
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 3,7	– 8,8	– 4,3
nachrichtlich:			
Lohnsteuer³	259 539	38 710	259 394
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,2	– 4,7	– 2,3
Veranlagte Einkommensteuer	16 625	12 923	17 155
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 30,5	– 4,2	– 28,2
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	41 024	1 455	40 847
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	55,2	– 27,3	54,5
Zinsabschlag	17 759	1 328	17 526
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	23,8	– 4,3	22,2
Körperschaftsteuer	3 325	2 805	– 832
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 92,8	– 76,1	–
Steuern vom Umsatz	272 838	23 735	271 733
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 1,0	1,4	– 1,4
Reine Bundessteuern	154 646	26 751	155 052
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	5,2	5
Reine Ländersteuern	38 786	2 497	38 389
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,5	– 11,0	6,4

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

³ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2001.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

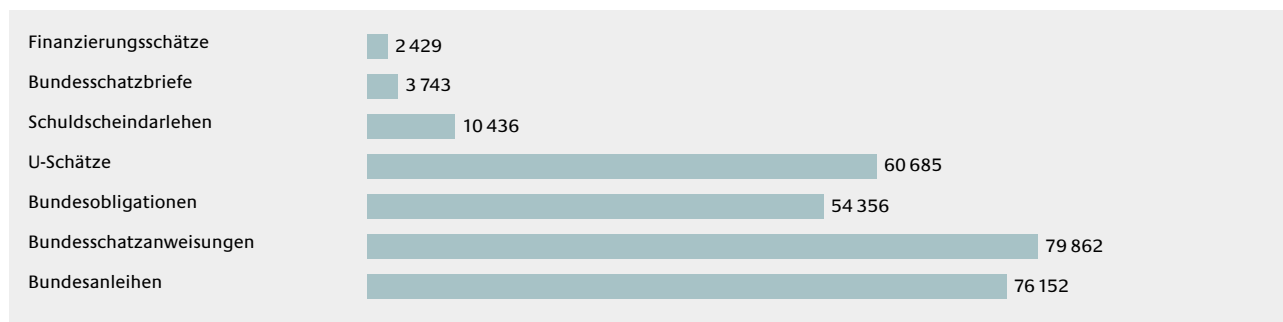
Für das Jahr 2001 addierte sich die Bruttokreditaufnahme des Bundes auf 265,2 Mrd. DM. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 287,7 Mrd. DM.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2000 hat sich die umlaufende Schuld¹ im Jahr 2001 um ca. 2,2 % auf 1347 Mrd. DM erhöht.

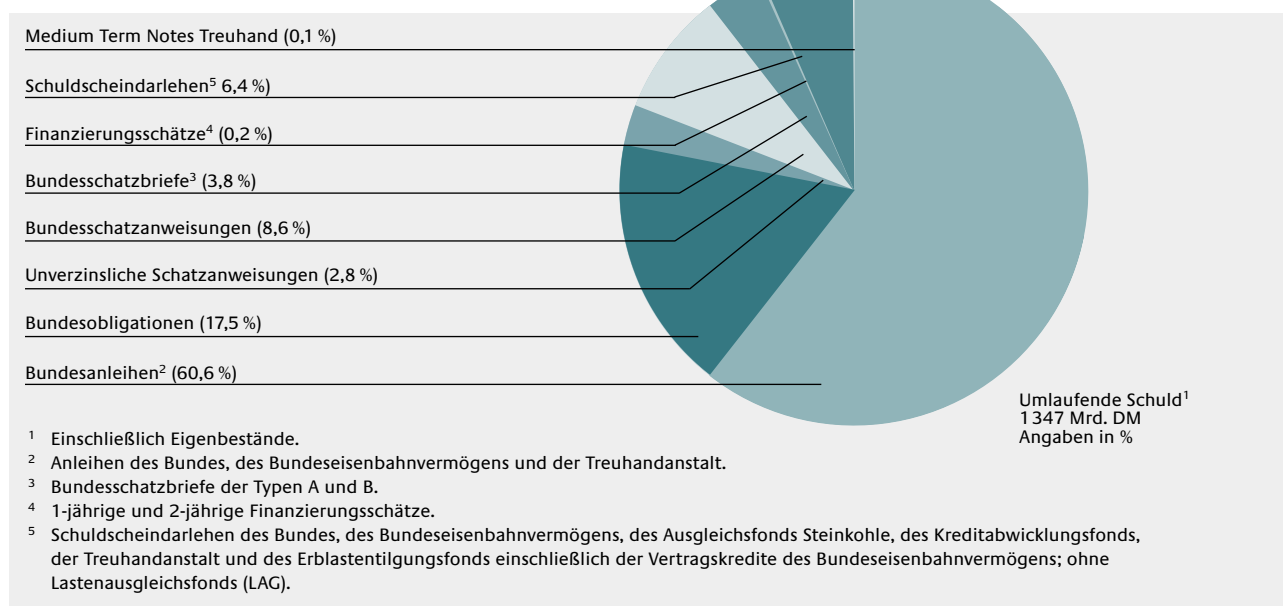
Der Bund beabsichtigt, im ersten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes

Bruttokreditaufnahme des Bundes vom Januar bis Dezember 2001 in Mio. DM



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Dezember 2001



¹ Einschließlich Eigenbestände.

oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das zweite Quartal 2002 wird in der dritten Dekade März 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes² und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im ersten Quartal 2002 auf insgesamt rund 41 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im ersten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesanleihe WKN 113519 Neuemission	2. Januar 2002	10 Jahre, fällig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn 4. Januar 2002 erster Zinstermin 4. Januar 2003	ca. 10 Mrd. €*
Bundesanleihe WKN 113517 Aufstockung	9. Januar 2002	30 Jahre, fällig 4. Januar 2031 Zinslaufbeginn 27. Oktober 2000 erster Zinstermin 4. Januar 2002	bis zu 7 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen WKN 111 441 Neuemission	14. Januar 2002	6 Monate, fällig 17. Juli 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe WKN 113519 Aufstockung	23. Januar 2002	10 Jahre, fällig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn 4. Januar 2002 erster Zinstermin 4. Januar 2003	ca. 10 Mrd. €*
Bundessobligationen WKN 114 139 Anschlussender der Serie 139	20. Februar 2002	5 Jahre, fällig 16. Februar 2007 Zinslaufbeginn 22. August 2001 erster Zinstermin 16. Februar 2003	ca. 10 Mrd. €*
Bundesschatzanweisungen WKN 113 697 Neuemission	13. März 2002	2 Jahre, fällig 12. März 2004 Zinslaufbeginn 12. März 2002 erster Zinstermin 12. März 2003	ca. 7 Mrd. €*
Erstes Quartal 2002 insgesamt			ca. 49 Mrd. €

* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundessobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

Tilgungen im ersten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	Januar	Februar	März	1. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	–	–	–	–
Bundessobligationen	–	6,6	–	6,6
Bundesschatzanweisungen	–	–	6,0	6,0
U-Schätze des Bundes	9,2	–	–	9,2
Bundesschatzbriefe	1,8	0,1	2,4	4,3
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,5
Anleihe Deutsche Bundesbahn	–	–	–	–
Anleihen Fonds „Deutsche Einheit“	9,7	–	–	9,7
Ausgleichsforderungen, Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen	1,5	1,1	1,6	4,2
Medium Term Notes der Treuhandanstalt	0,4	–	0,1	0,5
Insgesamt	22,8	8,0	10,2	41,0

² Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Haushaltsentwicklung der Länder von Januar bis einschließlich November 2001 stellt sich wie folgt dar:

Die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,6 %, während die Einnahmen um 3,4 % unter dem Vorjahresniveau blieben. Das Defizit der Länder insgesamt betrug 58,9 Mrd. DM, knapp 30 Mrd. DM über dem Defizit im Vergleichszeitraum 2000. Das Gesamtdefizit der Länder für das Jahr 2001, das sich laut Haushaltsplanungen der Länder auf 42,5 Mrd. DM beläuft, wurde damit um 16,4 Mrd. DM überschritten. Bei den Ausgaben wurde das Haushaltssoll bis Ende November zu knapp 90 % und bei den Einnahmen zu rund 85 % ausgeschöpft.

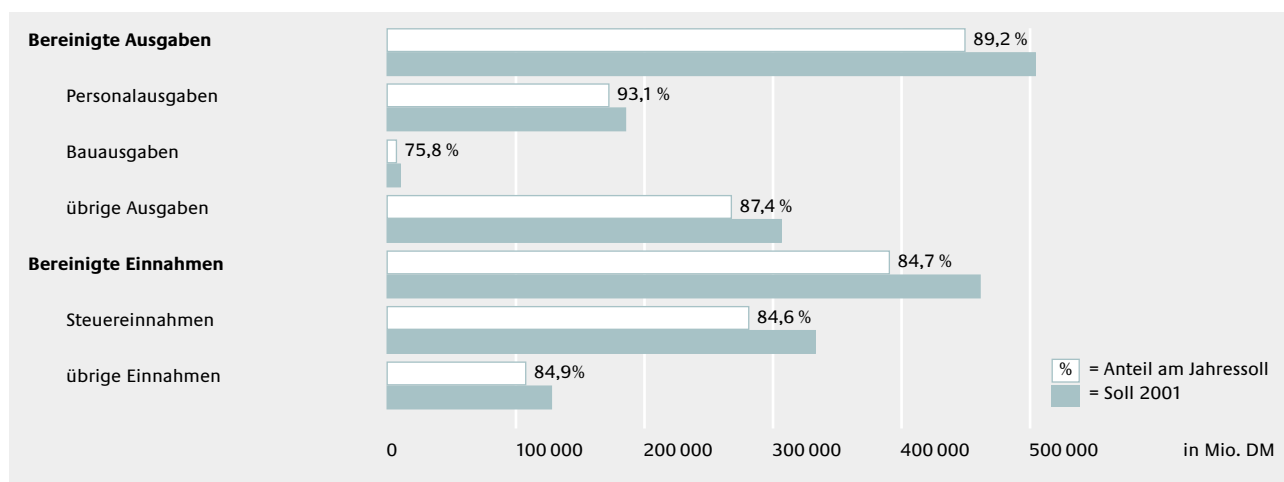
Sowohl die überproportionalen Ausgabensteigerungen als auch die gegenüber dem Vorjahreszeitraum geringeren Einnahmen, insbesondere die deutlich niedrigeren Steuereinnahmen,

zeigten sich vor allem in den westdeutschen Flächenländern sowie den Stadtstaaten. Aber auch in den ostdeutschen Flächenländern lag die Haushaltsentwicklung ungünstiger als im Soll veranschlagt.

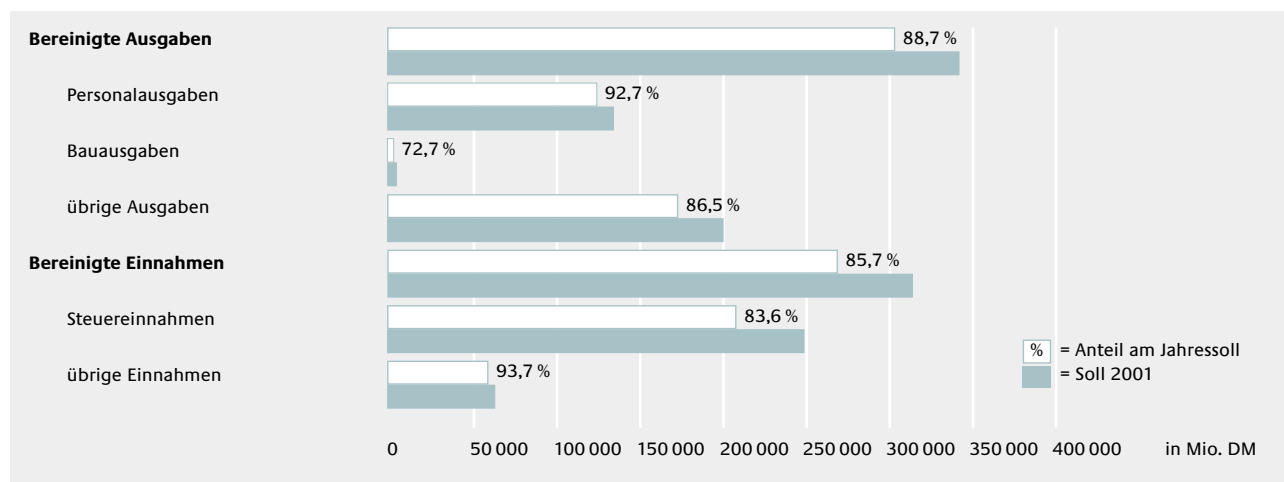
Das Defizit belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf 34,6 Mrd. DM (Soll 2001: 28,2 Mrd. DM), in den neuen Bundesländern auf 6,5 Mrd. DM (Soll 2001: 5,3 Mrd. DM) und 17,9 Mrd. DM (Soll 2001: 9,0 Mrd. DM) in den Stadtstaaten.

Obwohl das Haushaltsjahr nahezu abgeschlossen ist, kann eine gesicherte Prognose für den Haushaltsabschluss 2001 noch nicht gegeben werden. Da im November üblicherweise überproportional hohe Ausgaben relativ geringen Einnahmen gegenüberstehen, dürfte das Finanzierungsdefizit der Länder am Ende des Haushaltsjahres sicherlich niedriger als der Novemberwert ausfallen. Im Ergebnis dürfte allerdings aufgrund des dynamischen Ausgabenwachstums und der deutlichen Einnahmerückgänge das geplante Finanzierungsdefizit merklich überschritten werden.

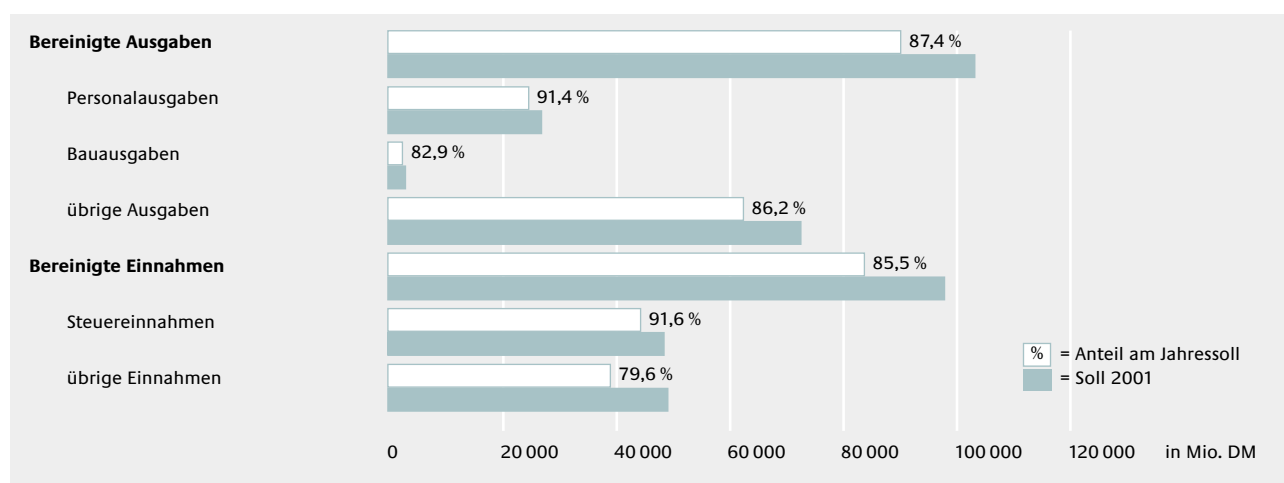
Länder insgesamt



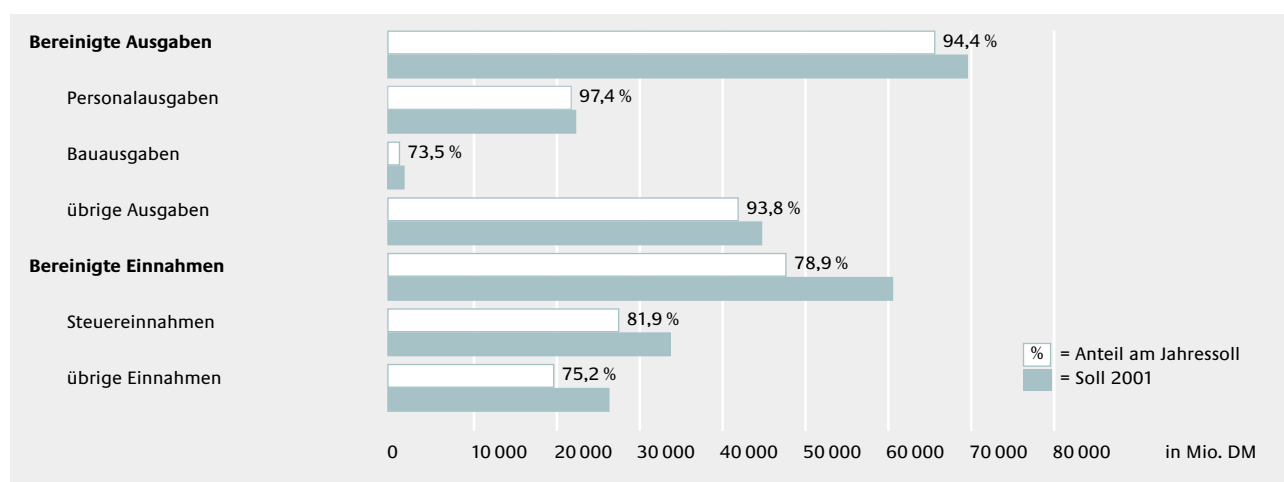
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Nachhaltigkeitsstrategie im Bürgerdialog

Unter dem Motto „Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“ hat die Bundesregierung im Dezember 2001 ihren Entwurf einer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen zu finden. Das Themenspektrum der Nachhaltigkeitsstrategie ist breit angelegt. Es geht in einem allgemeinen Teil um Generationengerechtigkeit, Lebens-

qualität, sozialen Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Gemessen werden sollen Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung an 21 Schlüsselindikatoren für das 21. Jahrhundert u. a. auch dem Abbau der Staatsverschuldung.

In acht Handlungsfeldern werden Schwerpunkte der Bundesregierung beschrieben z. B. zu den Themen Energie/Klimaschutz, Mobilität und Ernährung sowie demographischer Wandel.

Im Februar haben alle Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, sich an der Debatte über Nachhaltigkeit zu beteiligen. Der Entwurf der Bundesregierung ist zugänglich unter www.dialog-nachhaltigkeit.de.

Einkommensteuerformular

ELSTER 2001

Zeitgleich mit einer Neugestaltung des Internetauftritts von ELSTER (elektronische Steuererklärung) wurden am 18. Januar 2002 die Steuerklärungsprogramme für die Veranlagungszeiträume 2000 und 2001 auf den Internetseiten der Finanzverwaltung (www.Elster-Formular.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung gestellt. Damit bieten die Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder bereits im 2. Jahr eine attraktive Möglichkeit zur elektronischen Übermittlung von Steuerklärungsdaten.

ELSTER Formular, das als moderne Alternative zu den herkömmlichen Steuerklärungsvordrucken entwickelt wurde, ermöglicht das Ausfüllen der Einkommensteuererklärung am PC und die anschließende Datenübermittlung an das Finanzamt. Als zusätzlicher Service wurde die Selbstberechnung der auf die erklärten Einkünfte entfallenden Steuer als neue Funktion in ELSTER Formular integriert. Stammdaten wie Name, Adresse und Kontoverbindung können aus dem Vorjahr übernommen werden.

Auch wenn eine papierlose Abgabe von Steuerklärungen aus rechtlichen Gründen noch nicht angeboten werden kann, liegen die Vorteile der elektronischen Übermittlung auf der Hand: Der

Bürger erhält höhere Sicherheit, dass sachlich richtige Angaben zutreffend übernommen werden, bei etwaigen Engpässen in der Datenerfassung werden verlängerte Bearbeitungszeiten vermieden. Für die Steuerverwaltung vermindert sich der Aufwand für die Datenerfassung, die Kosten sinken.

Da die Übertragung von hochsensiblen Daten – wie den Daten der Steuerklärung – über offene Netze höchsten Sicherheitsansprüchen genügen muss, verwendet ELSTER neueste Verfahren der Kryptografie (hybride Verschlüsselung mit 3-DES (112 Bit) und RSA (2048 Bit). Die Unversehrtheit der Daten wird über einen zusätzlichen Hash-Code gewährleistet. So bescheinigt auch der 18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz des Landes Bayern der Steuerverwaltung, sie habe „alle derzeit verfügbaren Möglichkeiten ausgeschöpft, um eine datenschutzgerechte Lösung für die durch den Bürger selbst elektronisch übermittelte Steuerklärung zu ermöglichen“. Um diesem Vertrauen in Zukunft gerecht zu werden, nahm die Verwaltung selbst Berichte über theoretische Sicherheitsrisiken zum Anlass, ELSTER Formular mit weiteren Sicherheitsfunktionen auszustatten, die dem Bürger die jederzeitige Überprüfung der Authentizität und Unversehrtheit der Programme ELSTER Formular 2000 und 2001 ermöglichen. Damit zählt ELSTER Formular – so die Stiftung Warentest – zu den am besten abgesicherten Free-Ware-Programmen der Welt.

Der EU-Haushalt 2002

Das Europäische Parlament (EP) hat Mitte Dezember den Gesamthaushaltsplan für die Europäische Union für das Haushaltsjahr 2002 verabschiedet. Die endgültige Feststellung des Haushalts erfolgte auf Grundlage der Einigung zwischen Haushaltsrat und EP über die Eckwerte des EU-Haushalts 2002 vom 21./22. November.

Das **Gesamtvolumen** umfasst **95,7 Mrd. €** (2001: 93,8 Mrd. €); nach der 1. Lesung durch das EP hatte der Haushaltsansatz noch 98,7 Mrd. € betragen.

Mit einer **Steigerungsrate von 2,0 %** gegenüber dem EU-Haushalt 2001 beinhaltet der Kompromiss zum EU-Haushalt 2002 in einem schwierigeren Umfeld ein positives Konsolidierungssignal und die Steigerungsrate nähert sich nach Jahren beträchtlicher Steigerungsquoten (2001: 4,8 %, 2000: 4,4 %) der Steigerungsrate des Bundeshaushaltes (1,5 %) an. Die überhöhten, vom EP in der 1. Lesung eingestellten Zahlungsermächtigungen in den Strukturfonds und bei

den Vorbeitrittshilfen, wurden auf ein angemessenes Maß reduziert. Im Einzelnen kann die **Aufteilung** der veranschlagten Mittel **auf die Rubriken** der Finanziellen Vorausschau der unten aufgeführten Übersicht entnommen werden:

Der deutsche **Finanzierungsanteil** am EU-Haushalt **sinkt** von 25,5 % (2001) auf rund 24,4 % für das Jahr 2002 (Die Abführungen Deutschlands an den EU-Haushalt belaufen sich nach Steuerschätzung November 2001 auf 22,3 Mrd. Euro in 2002 gegenüber 20,6 Mrd. € in 2001). Der (rückläufige) Finanzierungsanteil sowie das voraussichtliche Ergebnis des EU-Haushalts 2002 wurden in der Steuerschätzung vom November 2001 bereits berücksichtigt.

Wichtiger Bestandteil des dem EU-Haushalt zugrunde liegenden **Gesamtkompromisses** zwischen EP und Rat sind insbesondere die auf Initiative des EP gebilligten zusätzlichen Mittel für die **Förderung der Grenzregionen**. Die jetzt eingesetzten Mittel von 65 Mio. € (in 2002: 50 Mio. € und 2003: 15 Mio. €, durch Gemeinsame Erklärung von Rat, EP und KOM ist Bereitstellung

Rubrik	EU-Haushalt 2001 (Soll) ¹				EU-Haushalt 2002 (Soll) ²				Steigerung in %	
	VE ³		ZE ⁴		VE ³		ZE ⁴		Sp. 6 zu Sp. 2	Sp. 8 zu Sp. 4
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Gemeinsame Agrarpolitik	44 023,7	45,4	44 023,7	46,9	44 255,1	44,9	44 255,1	46,3	0,5	0,5
2. Strukturpolitische Maßnahmen	32 720,0	33,7	31 574,4	33,7	33 838,0	34,3	32 129,0	33,6	3,4	1,8
3. Interne Politikbereiche	6 232,2	6,4	5 854,8	6,2	6 557,8	6,6	6 157,4	6,4	5,2	5,2
4. Externe Politikbereiche	4 928,7	5,1	4 371,0	4,7	4 803,0	4,9	4 665,4	4,9	- 2,5	6,7
5. Verwaltungsausgaben	4 938,9	5,1	4 938,9	5,3	5 176,8	5,2	5 176,8	5,4	4,8	4,8
6. Reserven	916,0	0,9	916,0	1,0	676,0	0,7	676,0	0,7	- 26,2	- 26,2
7. Vorbeitrittshilfe	3 240,0	3,3	2 101,2	2,2	3 328,0	3,4	2 595,1	2,7	2,7	23,5
Gesamtbetrag	96 999,5	100,0	93 780,0	100,0	98 634,7	100,0	95 654,8	100,0	1,7	2,0

Abweichungen in den Summen durch Rundung.

¹ EU-Haushalt 2001 (einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1/2001 bis 5/2001).

² EU-Haushalt 2002 (Ergebnis 2. Lesung EP einschließlich Berichtigungsschreiben Nr. 1 und 2).

³ Verpflichtungsermächtigungen.

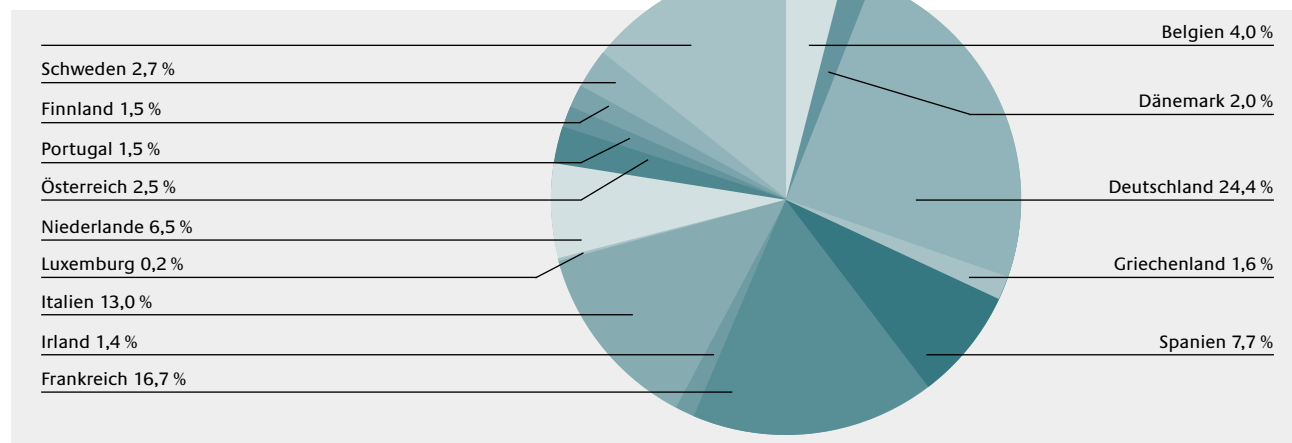
⁴ Zahlungsermächtigungen.

sichergestellt) sind ein wichtiges Instrument, um die Rahmenbedingungen für die Osterweiterung in den Grenzregionen zu verbessern.

Für den Beitrag der EU zum anstehenden **Wiederaufbau in Afghanistan** wurde ausreichender

finanzieller Spielraum geschaffen: Die Asien-Haushaltslinie wurde um weitere 60 Mio. € auf 488 Mio. € verstärkt, daneben wurden 70 Mio. € der Marge in den Externen Politikbereichen (Rubrik 4) sowie 35 Mio. € in der Nothilfereserve (Rubrik 6) hierfür reserviert.

Finanzierungsanteile der EU-Mitgliedstaaten im Haushaltsjahr 2002



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 8. bis 9. Februar 2002 – G-7-Treffen der Finanzminister in Ottawa
- 11. bis 12. Februar 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 14. Februar 2002 – Treffen des „Weimarer Dreiecks“ (Polen, Frankreich, Deutschland) in Paris
- 14. Februar 2002 – Besuch von Minister Eichel in der französischen Nationalversammlung
- 22. Februar 2002 – Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat
- 4. bis 5. März 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 6. bis 7. März 2002 – Besuch von Minister Eichel in Athen
- 15. bis 16. März 2002 – Europäischer Rat in Barcelona

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht – **Unsere Publikationen (Publikationsverzeichnis)**
- Klarsicht – **Kfz-Steuer für Nutzfahrzeuge**
- Klarsicht – **Kfz-Steuer für Pkw**
- Innenansichten – **Das Bundesministerium der Finanzen**
- Innenansichten – **Die neue Familienförderung**
- Fachblick – **Vor einem neuen Aufschwung –
Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen
– Jahreswirtschaftsbericht 2002 –**
- Fachblick – **Datensammlung zur Steuerpolitik**
- Fachblick – **Das System der Öffentlichen Haushalte**
- Fachblick – **Fragen und Antworten zum Vermögensgesetz**
- Fachblick – **Entschädigung von NS-Unrecht/Regelungen zur
Wiedergutmachung**
- Fachblick – **Deutsches Stabilitätsprogramm Aktualisierung Dezember 2001**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen

– Referat Bürgerangelegenheiten –

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96

Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	Februar	Januar 2002	25. Februar 2002
	März	Februar 2002	25. März 2002
	April	März 2002	25. April 2002
	Mai	April 2002	27. Mai 2002
	Juni	Mai 2002	24. Juni 2002
	Juli	Juni 2002	25. Juli 2002
	August	Juli 2002	26. August 2002
	September	August 2002	26. September 2002
	Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
	November	Oktober 2002	25. November 2002
	Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

Terminplanung für die Aufstellung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2003 und für die Finanzplanung 2002 bis 2006

20. Dezember 2001	BMF-Rundschreiben an die Ressorts zur Aufstellung des Haushalts 2003 und des Finanzplans (2002 bis 2006)
bis 1. März 2002	Übersendung der Haushaltsvoranschläge der Ressorts an das BMF
bis Ende Mai 2002	Verhandlungen zwischen BMF und den Ressorts auf Arbeitsebene
14. bis 16. Mai 2002	Steuerschätzung
Anfang Juni 2002	Haushaltsverhandlungen auf Ministerebene (Chefgespräche)
12. Juni 2002	Finanzplanungsrat (Koordination der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden)
19. Juni 2002	Kabinettsbeschluss zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan



Analysen und Berichte

Die aktuelle wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	37
Steuerpolitischer Jahresrückblick für das Jahr 2001	41
Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik – Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte	49
Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für 2003 (Vierter Existenzminimumbericht)	51
Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes	59

Die aktuelle wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1	Gesamtwirtschaft	37
2	Arbeitsmarkt	37
3	Produzierendes Gewerbe	38
4	Privater Konsum	39
5	Außenwirtschaft	39
6	Preise	39

1 Gesamtwirtschaft

Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) im Gesamtjahr 2001 real um 0,6 % (kalenderbereinigt +0,8 %) gestiegen, nach +3,0 % im Vorjahr. Die Wachstumsabschwächung hatte bereits im zweiten Quartal eingesetzt und sich danach verfestigt. Die bis November 2001 reichenden Indikatoren für Produktion und Nachfrage deuten darauf hin, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten in wichtigen Bereichen gegen Jahresende nicht mehr zugenommen haben. Vor allem die Exporte, die bis zum Sommer eine wesentliche Stütze für die Produktion gewesen waren, sind danach deutlich zurückgegangen. Durch diese Entwicklung ist auch der Arbeitsmarkt weiter unter Druck geraten. Dagegen hat sich das Preisklima auf allen Stufen entspannt. Bei vorlaufenden Konjunkturindikatoren hat es erste positive Signale gegeben.

Eine ausführliche Analyse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 2001 sowie eine Projektion für 2002 enthält der Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung.

2 Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktzahlen gelten als nachlaufende Konjunkturindikatoren. Daher war die Arbeitsmarktlage im Dezember 2001 weiterhin durch die konjunkturbedingten Belastungen geprägt. Die saisonbereinigte² **Arbeitslosenzahl** nahm gegenüber November um 6 000 zu. Mit insgesamt 3,96 Mio. registrierten Arbeitslosen wurde der Vorjahresstand im Dezember 2001 um 155 000 Personen überschritten, nach +144 000 Personen im November.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr war im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Von Dezember 2000 bis Dezember 2001 stieg die Arbeitslosenzahl **in den alten Ländern** um 130 000 (+5,3 %), **in den neuen Ländern** lediglich um 24 000 (+1,8 %). Gleichwohl war die Arbeitslosenquote wegen der strukturellen Verwerfungen in den neuen Ländern (17,6 %) immer noch mehr als doppelt so hoch wie in den alten (7,7 %).

Im **Jahresrückblick** zeigt sich, dass die Arbeitslosenzahl in Deutschland im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 3,85 Mio. um 37 000 niedriger lag als im Vorjahr. In den Jahren 1997 und 1998 gab es sogar jeweils deutlich mehr als 4 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt (1997: 4,4 Mio., 1998: 4,3 Mio.).

Spiegelbildlich zur Arbeitslosigkeit hat sich im vergangenen Jahr die **Beschäftigung** entwickelt. Im Jahresverlauf (Januar bis Oktober) ist die Zahl der Erwerbstätigen jedoch mit –66 000 (saisonbereinigt) deutlich weniger zurückgegangen als gleichzeitig die Arbeitslosenzahl zugenommen hat (+137 000). Offensichtlich hält der Trend zu

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. Januar 2002 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

steigender Erwerbsneigung weiter an, wodurch sich das Arbeitskräfteangebot erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2001 gab es schätzungsweise 38,8 Mio. Erwerbstätige (+ 0,1 % gegenüber 2000).

3 Produzierendes Gewerbe

Der konjunkturell bedingte Nachfrage-rückgang aus dem In- und Ausland veranlasste die Unternehmen der **Industrie** im Spätherbst 2001 zu weiteren Produktionseinschränkungen. Im Oktober/November 2001 verringerte sich die industrielle **Erzeugung** gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt um 3,1%. Hiervon waren die Gebrauchsgüterproduzenten und die Investitionsgüterhersteller überdurchschnittlich stark betroffen. Das Produktionsniveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums wurde insgesamt im Oktober/November arbeitstäglich bereinigt um 3,9% unterschritten.

Der **Auftragseingang** in der Industrie, der ein wichtiger Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung darstellt, ist bereits seit Beginn des vergangenen Jahres abwärts gerichtet. Für den Zeitraum Oktober/November belief sich der Rückgang gegenüber August/September preis- und saisonbereinigt auf 2,1 %, wobei auch das Vorjahresniveau weiter deutlich unterschritten wurde. Im November haben sich die Auftragseingänge, zumindest aus dem Ausland, wieder spürbar erholt. Gleichzeitig zogen auch in Frankreich und Italien die Auslandsorders merklich an und eine Reihe weiterer Frühindikatoren aus dem In- und Ausland zeigten verbesserte Ergebnisse.

So hat sich auch die **Stimmung** in den deutschen Industrieunternehmen nach dem durch die Terroranschläge geprägten Einbruch vom September und Oktober wieder etwas gebessert. Dem ifo-Konjunkturtest vom November 2001 zufolge kam es erstmals seit Juli im früheren Bundesgebiet wieder zu einer leichten Aufhellung des Geschäftsklimas. Maßgeblich war, dass die Geschäftserwartungen etwas weniger skeptisch

als im Vormonat beurteilt wurden, während die aktuelle Geschäftslage erneut schlechter benotet wurde.

In der **ostdeutschen Industrie** hatte sich die Produktions- und Nachfrageentwicklung länger als im Westen dem allgemeinen Abwärtstrend entziehen können. In den Herbstmonaten des vergangenen Jahres wurde nun auch hier eine deutliche Abschwächung sichtbar. Im Oktober/November verringerte sich die Produktion um 3,0 %. Der Auftragseingang brach sogar um 10,3 % ein. Aufgrund der vorangegangenen günstigeren Entwicklung wurde jedoch das Vorjahresniveau zuletzt jeweils weniger stark unterschritten als im Westen. Im Jahresdurchschnitt 2001 könnte sich sowohl bei der Produktion als auch beim Auftragseingang am Ende noch ein kleines Plus gegenüber dem Vorjahr ergeben. Die Stimmung in den ostdeutschen Unternehmen hat sich – anders als im Westen – auch im November weiter abgekühlt, was wohl mit der Verschlechterung der Auftragssituation zusammenhing.

Im **Bauhauptgewerbe** setzte sich die stabile Produktionsentwicklung auf dem zuvor deutlich abgesenkten Niveau fort. Während sich im Vorjahresvergleich zuletzt ein Rückgang um 6,2 % ergab, erhöhten sich im Oktober/November die **Bauleistungen** saisonbereinigt um 2,6 %. Die seit dem Frühjahr 2001 in der Verlaufsbeurteilung festzustellende Konsolidierung der Bauaktivitäten betraf sowohl die alten als auch die neuen Länder. In Ostdeutschland war die zuvor eingetretene Schrumpfung des Bauvolumens aber stärker ausgeprägt gewesen, da sich hier außer der konjunkturellen Schwäche auch die bekannten strukturellen Probleme (Überkapazitäten) auswirkten. Hier lag zuletzt die Produktion des Bauhauptgewerbes um 10,2 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand (West: – 5,2 %).

Die **Baunachfrage** hat seit Mitte 2001 – nach einer vorangegangenen Erholungsphase – bundesweit wieder spürbar nachgegeben und die Stimmung in den Bauunternehmen blieb – trotz

einer leichten Aufhellung im Oktober /November – insgesamt weiterhin gedrückt.

4 Privater Konsum

Die Nachwirkungen des Teuerungsschubs bei Mineralölprodukten und Lebensmitteln verursachten erhebliche Kaufkraftverluste, wodurch die Konsummöglichkeiten der privaten Verbraucher eingeschränkt wurden. Dennoch haben die **Privaten Konsumausgaben** – über das gesamte Jahr 2001 gesehen – die Konjunktur in Deutschland gestützt, weil die Steuerreform für eine wirkungsvolle finanzielle Entlastung der Privathaushalte gesorgt hat.

Am aktuellen Rand zeigte sich eine gewisse Abschwächung, zumindest bei den reinen Warenkäufen. So sanken im Oktober/November die **Gesamtumsätze der Einzelhandelsunternehmen** preis- und saisonbereinigt um 1,5 % gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum. Immerhin wurden zuletzt mehr Waren als ein Jahr zuvor verkauft (real + 1,5 %). Dabei gingen von den Umsätzen des Kfz-Handels und der Tankstellen, die vor Jahresfrist wegen der gestiegenen Benzinpreise empfindliche Einbußen zu verzeichnen hatten, diesmal positive Impulse aus. Presseberichten zufolge soll das Weihnachtsgeschäft besser als im Vorjahr gelaufen sein. Wenn dies zutrifft, könnte es im Gesamtjahr 2001 einen leichten Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahr gegeben haben (Januar bis November real + 0,6 %).

Die **Stimmung** in den westdeutschen Unternehmen des Einzelhandels hat sich laut ifo-Konjunkturtest im November weiter eingetrübt. In den neuen Ländern kam es dagegen zu einer leichten Aufhellung.

5 Außenwirtschaft

Die weltweite Konjunkturabkühlung hatte im vergangenen Jahr das Wachstum der deutschen Exporte zunächst abgebremst und dann zu einer beschleunigten Abwärtsbewegung geführt. Im

Oktober/November ist der Wert der deutschen Ausfuhren saisonbereinigt um 4,6 % zurückgegangen. Beim November-Ergebnis für sich genommen lagen die Exporte – erstmals seit April 1999 (nach der Asienkrise) – wieder unter ihrem entsprechenden Vorjahresstand (– 4,5 %). Für das Gesamtjahr 2001 ist wegen des positiven Überhangs erneut mit einem merklichen Exportzuwachs zu rechnen (Januar bis November 2001: + 7,5 %).

Die **Importe** waren bereits zum Jahreswechsel 2000/2001 stark geschrumpft und haben sich im weiteren Jahresverlauf tendenziell verringert. Im November lagen sie (nominal) bereits um 7,0 % unter dem Stand vor Jahresfrist, wobei aber die gleichzeitig stark gesunkenen Einfuhrpreise eine wesentliche Rolle gespielt haben. Kumulativ sind die Einfuhrwerte in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres um 4,2 % gestiegen.

Aufgrund der gegenüber den Ausfuhren schwächeren Entwicklung der Importe ist der **Handelsbilanz-Überschuss** weiter angestiegen. Im Zeitraum Januar bis November 2001 war er um fast 40 Mrd. DM höher als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stieg auch das übliche Defizit bei den „**unsichtbaren Transaktionen**“ mit dem Ausland, allerdings nur um rund 10 Mrd. DM, so dass sich der Saldo der **Leistungsbilanz** um rund 30 Mrd. DM verbesserte. Im Zeitraum Januar bis November 2001 ergab sich dadurch ein kleiner Überschuss (rund + 3 Mrd. DM). Somit könnte für das Gesamtjahr 2001 erstmals seit zehn Jahren wieder ein positiver Leistungsbilanzsaldo, zumindest aber ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis (wie zuletzt 1997) erreicht werden.

6 Preise

Zum Jahresende hat sich die Entspannung des Preisklimas fortgesetzt. Insbesondere auf den der Verbraucherebene vorgelagerten Stufen wirkte sich die anhaltende Verbilligung der Rohstoffe, namentlich des Erdöls, preisdämpfend aus. Die Rohölpreise bewegten sich im November/Dezember 2001 zumeist unter 20 Dollar/Barrel.

Infolgedessen ist das Niveau der **Einfuhrpreise** weiter gesunken. Im November lag es um 6,6 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Eine rückläufige Entwicklung war auch bei den **Erzeugerpreisen** gewerblicher Produkte zu beobachten. Sie bewegten sich zuletzt in etwa auf Vorjahresniveau (+0,1 %).

Der **Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist im Dezember zum ersten Mal seit Juni 2001 gegenüber dem Vormonat etwas angestiegen (+0,1 %). Dies dürfte aber ausschließlich auf saisonale Faktoren zurückzuführen sein. Die jährliche Teuerungsrate lag – wie schon im November – bei +1,7 %. Damit hat sich der Preisauftrieb, der im Mai 2001 mit +3,5 % einen Höchststand erreicht hatte, erheblich abgeflacht. Im Jahresdurchschnitt 2001 ergibt sich ein

Anstieg um 2,5 %. Die Ursachen hierfür waren die Nachwirkungen des Ölpreisanstieges und die durch die Tierseuchen bedingte Verteuerung der Nahrungsmittel zu Beginn letzten Jahres. Diese Effekte sind aber im Verlaufe des Jahres 2001 weitgehend ausgelaufen.

Nach dem für Vergleiche auf europäischer Ebene **harmonisierten Verbraucherpreisindex** belief sich die Teuerungsrate in Deutschland im Dezember 2001 auf +1,5 % und im Jahresdurchschnitt 2001 auf +2,4 %.

Im Januar 2002 könnten die Verbraucherpreise vorübergehend etwas stärker anziehen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte dieser – auf Sonderfaktoren – beruhende Anstieg jedoch wieder abklingen.

Steuerpolitischer Jahresrückblick für das Jahr 2001

1	Altersvermögensgesetz	41
2	Zweites Gesetz zur Familienförderung	42
3	Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe	43
4	Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung	44
5	Steueränderungsgesetz 2001	44
6	Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts	45
7	Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz – StVBG)	47

1 Altersvermögensgesetz

Zum 1. Januar 2002 trat das Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) in Kraft. Mit dieser Reform wird es in Deutschland in Zukunft neben der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente noch Leistungen aus einer kapitalgedeckten privaten Rente geben. Ziel der Reform ist es, die Probleme der demographischen Entwicklung zu mindern und somit eine Begrenzung des Anstiegs des Beitragssatzes der gesetzlichen Rentenversicherung zu erreichen. Der Aufbau einer freiwilligen privaten Altersvorsorge wird durch steuerliche Fördermaßnahmen flankiert, die auch und gerade Bezieher kleiner Einkommen und kinderreiche Familien unterstützen. Außerdem sind die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung erheblich verbessert worden.

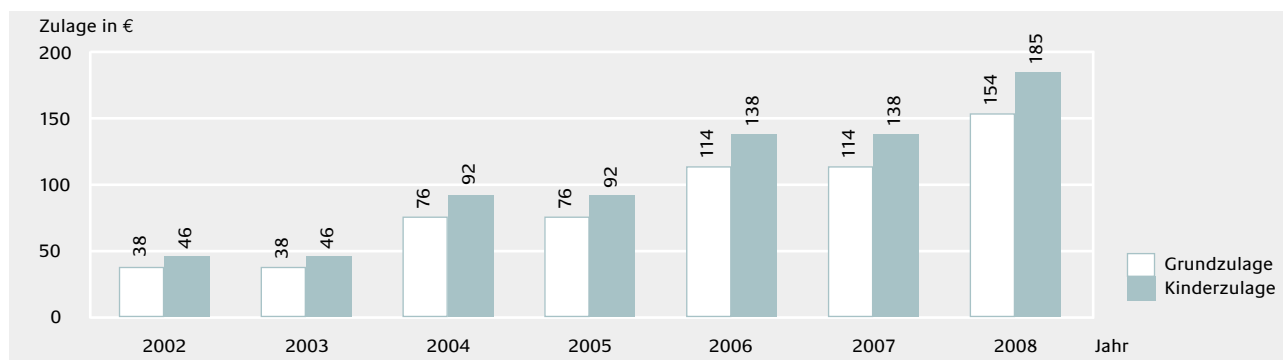
Nach dem Förderkonzept des AVmG gehören grundsätzlich alle Personen zum begünstigten

Personenkreis, die von der geringfügigen Leistungsabsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. bei der Beamtenversorgung direkt oder indirekt betroffen sind.¹ Hierzu zählen Beamte, in der gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtversicherte sowie diejenigen, die dem Alterssicherungssystem der Landwirte angehören und leistungsberechtigte Angehörige.

Die förderfähigen Anlageformen sind Rentenversicherungen oder Fonds- und Banksparpläne, die lebenslange Auszahlungen garantieren und eine Absicherung für das Alter ab 85 Jahren (so genannte Restverrentungspflicht) bieten. Anlagen mit einmaligen Kapitalauszahlungen gehören also nicht dazu. Die Vorsorgeprodukte müssen jedoch bestimmte Förderkriterien nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz erfüllen. Ebenso können individuell versteuerte Beiträge eines Arbeitnehmers an eine Pensionskasse, einen Pensionsfonds oder eine Direktversicherung steuerlich gefördert werden. Voraussetzung ist, dass die Vorsorgeeinrichtung eine lebenslange Altersversorgung gewährleistet. Auch Altverträge können in die Förderung einbezogen werden, wenn die Voraussetzungen für die geförderten Anlagen erfüllt werden. Der Anleger kann – ohne dass dies zu einer Rückzahlung der steuerlichen Förderung führt – das in einem Altersvorsorgevertrag angesammelte, steuerlich geförderte Kapital in Höhe von mindestens 10 000 € und höchstens 50 000 € unmittelbar zur Herstellung oder Anschaffung von selbstgenutztem inländischen eigenen Wohneigentum entnehmen. Der entnommene Betrag ist – unverzinst – in monatlichen, gleich bleibenden Raten bis zur Vollendung des 65. Lebensjahrs in einen Altersvorsorgevertrag zurückzuzahlen. Mit der Rückzahlung muss der Anleger spätestens im zweiten Jahr nach dem Jahr der Entnahme beginnen, ansonsten muss er die Zulage erstatten.

¹ Indirekt betroffen sind z. B. Kinder und Ehepartner, da die Waisen- und Witwen-/Witwerrente sinkt.

Förderung durch Grund- und Kinderzulage nach dem Altersvermögensgesetz



Um die volle Zulage zu erhalten, muss der Zulageberechtigte einen Mindesteigenbeitrag erbringen.² Jedem Förderberechtigten wird zunächst die Zulage auf seinen Altersvorsorgevertrag überwiesen. Die gewährte Zulage setzt sich zusammen aus einer Grundzulage und einer Zulage für jedes Kind (siehe Abbildung).

Alternativ zur Zulage ist ein steuerlicher Sonderausgabenabzug möglich. Er steigt von 525 € in den Veranlagungszeiträumen 2002 und 2003 in Zwei-Jahres-Schritten bis auf 2 100 € in 2008 an. Ist die Steuerersparnis durch den Sonderausgabenabzug höher als die Zulage, wird die Differenz dem Steuerpflichtigen vom Finanzamt gutgeschrieben. Da die Altersvorsorgebeiträge in der Ansparphase nicht steuerbelastet sind, erfolgt entsprechend dem Korrespondenzprinzip eine Besteuerung in der Auszahlungsphase (nachgelagerte Besteuerung).

2 Zweites Gesetz zur Familienförderung

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. November 1998 den Gesetzgeber verpflichtet, bis spä-

testens 1. Januar 2000 die Abziehbarkeit von Kinderbetreuungskosten und bis spätestens 1. Januar 2002 die steuerliche Berücksichtigung des ebenfalls zum Kindesexistenzminimum gehörenden Erziehungsbedarfs neu zu regeln. Die erste Verpflichtung hat der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999 erfüllt. Mit dem zweiten Gesetz zur Familienförderung wird vor allem die zweite Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts termingerecht erfüllt und die steuerliche Berücksichtigung des zum Existenzminimum eines Kindes gehörenden Erziehungsbedarfs verfassungskonform geregelt. Durch die nachfolgend erläuterten Maßnahmen werden Familien mit Kindern künftig durch die zweite Stufe der Familienförderung per Saldo in Höhe von 2,4 Mrd. € (4,6 Mrd. DM) entlastet:

- Das Kindergeld wird für erste und zweite Kinder von monatlich 138 € (270 DM) auf 154 € (301,20 DM) angehoben. Dieser einheitliche Betrag gilt dann vom ersten bis zum dritten Kind; ab dem vierten Kind beträgt er weiterhin 179 € (350 DM).
- Das allgemeine sächliche Existenzminimum wird mit 3 648 € (7 134 DM) festgesetzt und

² Der Mindestbeitrag beträgt für 2002 und 2003 1 % der beitragspflichtigen Einnahmen, maximal 525 € abzüglich Zulage. Bis 2008 steigt der Mindestbeitrag alle zwei Jahre um einen Prozentpunkt bzw. um 525 € auf 4 % der beitragspflichtigen Einnahmen, maximal 2 100 € abzüglich Zulage. Nur indirekt von der Leistungssenkung betroffene Ehepartner erhalten die Förderung auch ohne Eigenbeitrag.

damit den aktuellen Lebensverhältnissen angepasst.

- Der Ausbildungsbedarf wird künftig im Rahmen des Familienleistungsausgleichs in den neuen einheitlichen Freibetrag für „Betreuung und Erziehung oder Ausbildung“ in Höhe von 2 160 € (4 224 DM) einbezogen. Der bisherige Betreuungsfreibetrag in Höhe von 1 548 € (3 024 DM) wird damit um eine Erziehungskomponente von 612 € (1 200 DM) erhöht. Für ältere Kinder tritt anstelle des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs der Ausbildungsbedarf, sodass letzterer in den Familienleistungsausgleich mit einbezogen wird. Dadurch werden alle Kinder – ob minderjährig oder volljährig in Ausbildung – gleich behandelt. Das Kindergeld wird auf die steuerliche Wirkung des Gesamtfreibetrags (3 648 € + 2 160 € = 5 808 €) angerechnet.
- Zur Abgeltung des Sonderbedarfs eines sich in Berufsausbildung befindenden, auswärtig untergebrachten, volljährigen Kindes wird außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag in Höhe von 924 € (1 807 DM) eingeführt.
- Qualitativ neu werden ab 2002 Kinderbetreuungskosten für Kinder unter 14 Jahren bei allen Eltern berücksichtigt. Dazu wird ein Abzug nachgewiesener erwerbsbedingter³ Kinderbetreuungskosten je Kind bis zu 1 500 € (2 933 DM) eingeführt, soweit diese den Betreuungsfreibetrag von 1 548 € (3 024 DM) übersteigen. Bei Alleinerziehenden, die den halben Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung erhalten, setzt der Kinderbetreuungskostenabzug bereits bei nachgewiesenen Kosten von mehr als 774 € (1 512 DM) ein und ist bis zu einem Höchstbetrag von 750 € (1 466,50 DM) möglich.
- Der Haushaltsfreibetrag (den das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt

hat) wird stufenweise und damit sozialverträglich abgeschmolzen.⁴

- Der Sonderausgabenabzug von Aufwendungen für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse (so genanntes Dienstmädchenprivileg) wird abgeschafft.

3 Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe

Das Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe dient der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und anderen Missbräuchen sowie der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, die sich im Bauwesen teilweise eingeschlichen haben. Dies führt zu Steuermindereinnahmen und zur Benachteiligung inländischer Bauunternehmen. Das Gesetz sieht deshalb die Einführung einer Abzugssteuer für inländische Bauauftraggeber vor, wenn Bauleistungen im bestimmten Umfang erbracht werden und der Bauauftragnehmer keine Freistellungsbescheinigung vorlegen kann. Verfahrensrechtliche Änderungen zielen unter anderem darauf ab, die Zusammenarbeit der mit der Materie befassten Behörden der Finanzverwaltung und der Arbeitsverwaltung zu verbessern.

Erstellt im Inland ein Bauunternehmen im Auftrag eines Unternehmens i. S. d. § 2 UStG ein Gebäude o. Ä., so ist der Auftraggeber verpflichtet, 15 % des ihm in Rechnung gestellten Betrags als Steuerabzug einzubehalten und an das Finanzamt des Bauunternehmens abzuführen. Der Steuerabzug muss nicht vorgenommen werden, wenn das beauftragte Bauunternehmen eine gültige Freistellungsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes vorlegt oder Bagatellgrenzen⁵ nicht überschritten werden. Auf diese Weise wird erreicht, dass – wenn das Bauunternehmen keine Freistellungs-

³ „Erwerbsbedingt“ bedeutet, dass entweder der allein erziehende Elternteil oder bei zusammenlebenden Elternteilen eines Kindes beide Elternteile erwerbstätig sein müssen. Damit wird ein zusätzlicher Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen; insbesondere Frauen wird die Aufnahme einer Berufstätigkeit erleichtert.

⁴ Von bisher rund 2 871 € über 2 340 € (2002), 1 188 € (2003 und 2004) auf 0 € (2005). Dies ist im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichbehandlung aller Eltern notwendig.

⁵ Der Steuerabzug muss nicht vorgenommen werden, wenn die Bauleistung im laufenden Kalenderjahr den folgenden Betrag voraussichtlich nicht übersteigen wird: 15 000 €, wenn der Auftraggeber ausschließlich steuerfreie Umsätze nach § 4 Nr. 12 Satz 1 des Umsatzsteuergesetzes ausführt bzw. 5 000 € in den übrigen Fällen. Vermieter können auf einen Steuerabzug verzichten, wenn sie nicht mehr als zwei Wohnungen vermieten.

bescheinigung hat – eine Mindeststeuereinnahme an den deutschen Fiskus abgeführt wird. Die Steuermehreinnahmen werden für das Rechnungsjahr 2002 auf 242 Mio. € geschätzt. Der abgeführte Steuerbetrag wird beim leistenden Bauunternehmen auf andere Steuern angerechnet, wie etwa Einkommen- und Körperschaftsteuer.

4 Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung

Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zur Erhöhung der inneren und äußeren Sicherheit hat die Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenbündel vorgesehen. Ein Teil der benötigten Finanzmittel wird durch Umschichtungen im bisherigen Haushalt finanziert. Die verbleibende Deckungslücke von ca. 1,53 Mrd. € (3 Mrd. DM) wird über eine moderate Erhöhung der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer finanziert.

– Tabaksteuergesetz

Die Tabaksteuer wird in zwei Schritten angehoben, jeweils um rechnerisch 1 Cent je Zigarette zum 1. Januar 2002 und 1. Januar 2003. Die Besteuerung des Feinschnitts wird überproportional um insgesamt 30 % – ebenfalls verteilt auf zwei Jahre – angehoben. Die erwarteten Steuermehreinnahmen für das Jahr 2002 werden durch die „Zwei-Stufen-Lösung“ nicht tangiert. Denn die geminderte Anhebung der Tabaksteuer zum 1. Januar 2002 dürfte weitestgehend durch einen geringeren Verbrauchsrückgang und Vorzieheffekte („Hamsterkäufe“ und Vorbestellung von Steuerzeichen durch die Tabakindustrie) ausgeglichen werden.

– Versicherungssteuergesetz

Zur Erzielung der notwendigen Mehreinnahmen wird neben dem Regelsteuersatz (von 15 auf 16 %) auch der Steuersatz für Feuerversicherungen um einen Prozentpunkt (von 10 auf 11 %)

angehoben. Als Folgeänderung sind die Steuersätze für die verbundenen Gebäude- und Hausratversicherungen, die einen Feueranteil enthalten, entsprechend anzupassen (von 13,75 auf 14,75 % bzw. von 14 auf 15 %). Der Steuersatz für die Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr wird ebenfalls als Folgeänderung angepasst (von 3 auf 3,2 %). Es handelt sich um eine Mischversicherung (80 % der Prämie entfallen auf die steuerfreie Kapitallebensversicherung und 20 % auf die steuerpflichtige Unfallversicherung). Die Steuersätze für Seeschiffskaskoversicherungen (2 %) sowie für Hagelversicherungen (0,2 % der Versicherungssumme) bleiben unverändert. Darüber hinaus sind kleinere redaktionelle Überarbeitungen vorgenommen worden.

5 Steueränderungsgesetz 2001

Mit dem Steueränderungsgesetz 2001 verfolgt die Bundesregierung mehrere Ziele. Der Schwerpunkt liegt in der redaktionellen und inhaltlichen Bereinigung steuerrechtlicher Vorschriften. Dies ist der rote Faden, der sich durch das ganze Gesetz zieht. Einzelne Änderungen dienen der Vereinfachung des Steuerrechts und der Beseitigung überflüssigen Verwaltungsaufwands (z. B. der Wegfall der siebenjährigen Sperrfrist bei der Überlassung von Vermögensbeteiligungen an Arbeitnehmer). Schließlich werden – soweit noch nicht geschehen – steuerrechtliche Vorschriften auf den Euro umgestellt und bereits umgerechnete und geglättete Euro-Beträge an zwischenzeitliche Gesetzesänderungen angepasst. Dabei gilt, dass zugunsten der Steuerpflichtigen geglättet wird. Außerdem wird das Steuerrecht an die jüngere höchstrichterliche Rechtsprechung sowie an europäisches Recht angepasst. Das Steueränderungsgesetz 2001 führt insgesamt zu Mehreinnahmen in Höhe von 87 Mio. € im Entstehungsjahr. Als wichtiger Punkt ist zudem die Änderung des Investitionszulagengesetzes zu nennen:

- Erhöhung des Fördersatzes von 15 % auf 22 % und der Förderobergrenze von 1 200 DM auf 1 200 € für Investitionen zur Modernisierung

von Mietwohnungen in Altbau und denkmalgeschützten Beständen der 50er-Jahre in Sanierungs-, Erhaltungs- und Kerngebieten für den Zeitraum 2002 bis 2004.

- Änderung des Selbstbehalts von bisher jährlich 5 000 DM pro Anspruchsberechtigten auf 50 € pro Quadratmeter Wohnfläche, bezogen auf den Zeitraum von 2002 bis 2004 für nach dem 31. Dezember 2001 begonnene Investitionen.
- Streichung der Investitionszulage für selbstgenutzte Wohnungen ab dem Jahr 2002 bei alternativer Förderung durch Zuschüsse zu den Instandsetzungs- und Modernisierungskosten im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Stadtumbau Ost“.
- Verlängerung der Härteausgleichsregelung im Wohngeldgesetz in den neuen Bundesländern bis 31. Dezember 2004.

6 Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts (Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz – UntStFG)

Die Bundesregierung hat mit der Steuerreform 2000 in Deutschland eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung eingeleitet. Damit wurde der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder konkurrenzfähig, sodass gute Voraussetzungen für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze gegeben sind. Auf der Basis der neu geschaffenen Strukturen soll nunmehr eine Feinjustierung vorgenommen werden. Mit dem Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz verfolgt die Bundesregierung das Ziel, weitergehende Erleichterungen für Umstrukturierungen insbesondere von mittelständischen Unternehmen zu schaffen, das Steuerrecht stärker an der internationalen Verflechtung der Wirtschaft auszurichten und die gleichmäßige Besteuerung zu gewährleisten. Weiterhin werden durch Begrenzungen von Gestaltungsmöglichkeiten die kommunalen Steuereinnahmen abgesichert und

durch einige Klarstellungen Rechtssicherheit bei der Anwendung der Gesetze geschaffen.

Wesentliche Maßnahmen des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes:

Um die Generationenfolge bei Personenunternehmen zu erleichtern, ist es zukünftig in bestimmten Fällen auch dann steuerlich unschädlich Sonderbetriebsvermögen zurückzubehalten, wenn Anteile an einem Unternehmen unentgeltlich übertragen werden bzw. wenn unentgeltlich natürliche Personen in ein Einzelunternehmen als Mitunternehmer aufgenommen werden.⁶ In diesen Fällen müssen die vom bisherigen Betriebsinhaber (Mitunternehmer) zurückbehaltenen Wirtschaftsgüter weiterhin zum Betriebsvermögen der Mitunternehmerschaft gehören. Somit müssen beispielsweise zum Sonderbetriebsvermögen gehörende Grundstücke, die etwa der Altersvorsorge des übertragenden Unternehmers dienen sollen, nicht mit übertragen werden. Weiterhin darf der Rechtsnachfolger den übernommenen Mitunternehmeranteil über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren nicht veräußern oder aufgeben (§ 6 Abs. 3 EStG).

Zugunsten der mittelständischen Wirtschaft wurden die in § 6 Abs. 5 EStG geregelten Möglichkeiten, Wirtschaftsgüter im Rahmen von Mitunternehmerschaften steuerneutral zum Buchwert zu übertragen, überarbeitet und weiterentwickelt. Die damit eingeräumten Erleichterungen der Umstrukturierung von Personenunternehmen sollen jedoch nicht zur Vorbereitung einer Veräußerung genutzt werden können. Zur Verhinderung von Gestaltungsmissbräuchen bei Übertragungsvorgängen innerhalb einer Mitunternehmerschaft ist deshalb die Einführung einer dreijährigen Sperrfrist vorgesehen. Der Fristlauf beginnt mit der Abgabe der Steuererklärung des Übertragenden für den Veranlagungszeitraum, in dem die Übertragung des Wirtschaftsgutes erfolgt ist.

⁶ Gewinne aus der Veräußerung eines Teils eines Mitunternehmeranteiles gelten als laufende Gewinne und fallen damit nicht unter die Steuerbegünstigung der §§ 16, 34 EStG.

Zur weiteren Förderung des Mittelstandes wurde eine Reinvestitionsrücklage für Personenunternehmen hinsichtlich der Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften eingeführt. Das damit verbundene Entlastungsvolumen liegt bei 650 Mio. €. Nach § 6b Abs. 10 EStG können die Gewinne aus Beteiligungsveräußerungen auf andere Beteiligungen, Gebäude und abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter übertragen werden. Damit wird die Liquidität bei Personenunternehmen durch eine steuerliche Entlastung der Veräußerungsgewinne gestärkt. Personenunternehmen werden nicht auf die Investition in neue Beteiligungen beschränkt, sondern können die Gewinne steuerlich unbelastet reinvestieren. Der übertragbare Gewinn wird auf den Höchstbetrag von 500 000 € begrenzt. Diese Summe können Personenunternehmen innerhalb von zwei Jahren aus erzielten Verkaufsgewinnen steuerfrei in Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und in bewegliche Wirtschaftsgüter investieren. Für Gebäude gilt eine vierjährige Frist.

Darüber hinaus wurde die Gesellschafterbezogenheit der Rücklage nach § 6b EStG wieder eingeführt. Damit ist es wieder zulässig, bei der Personengesellschaft entstandene Veräußerungsgewinne – soweit sie auf den jeweiligen Steuerpflichtigen entfallen – auch auf die Anschaffungs-/Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern im Sonderbetriebsvermögen des Steuerpflichtigen bei der betreffenden Personengesellschaft oder im Einzelunternehmen des Steuerpflichtigen zu übertragen. Umgekehrt können auch im Einzelunternehmen oder im Sonderbetriebsvermögen des Steuerpflichtigen realisierte Veräußerungsgewinne auf die von der betreffenden Personengesellschaft angeschafften/hergestellten Wirtschaftsgüter übertragen werden, soweit sie anteilig auf den Steuerpflichtigen entfallen.

§ 16 Abs. 3 EStG wurde dahin gehend geändert, dass eine Realteilung auch bei Zuteilung von Einzelwirtschaftsgütern steuerneutral durchgeführt

werden kann. Für die Veräußerung der im Zuge einer Realteilung zum Buchwert übertragenen Grundstücke und wesentlichen Betriebsgrundlagen wurde ebenfalls eine dreijährige Sperrfrist zur Verhinderung von Missbräuchen eingeführt. Die Gewinnrealisierung soll künftig nur bezüglich des übertragenen Wirtschaftsguts eintreten.

Weitere Maßnahmen sind:

- Umstrukturierungen von Kapitalgesellschaften im grenzüberschreitenden Bereich werden dadurch erleichtert, dass stille Reserven einer inländischen Betriebsstätte im Rahmen einer Verschmelzung im Ausland nur dann aufgedeckt werden müssen, wenn dem deutschen Fiskus ansonsten deren Besteuerungsmöglichkeit genommen wird (§ 12 Abs. 2 KStG).
- Gestaltungen im Zusammenhang mit § 8b KStG a. F. werden durch ein Verbot der Teilwertabschreibung verhindert (§ 34 Abs. 4 KStG).
- Im Bereich der verbundenen Unternehmen werden die Voraussetzungen der gewerbesteuerlichen Organschaft vollständig an die Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft angepasst (§ 2 Abs. 2 Satz 2 und 3 GewStG).
- Bei der Gewerbesteuer wurde die bisherige Verwaltungspraxis zur so genannten Mehrmütterorganschaft für alle offenen Fälle festgeschrieben. Ab 2003 wird eine Mindestbeteiligung von 25 v. H. eingeführt.
- Gestaltungsmöglichkeiten zur Umgehung der Gewerbesteuer über die Veräußerung von Mitunternehmeranteilen durch eine Körperschaft werden verhindert (§ 7 Satz 2 GewStG).
- Dividendeneinnahmen aus Streubesitz (unter 10 %) unterliegen künftig der Gewerbesteuerpflicht (§ 8 Nr. 5 GewStG). Die Maßnahme dient der Sicherung der Gemeindefinanzen. Veräußerungsgewinne bleiben steuerfrei.

Bei der Außensteuer kommt es insbesondere zu Erleichterungen bei der Hinzurechnungsbesteuerung:

- So soll bei mehrstufigen Konzernen künftig eine Hinzurechnungsbesteuerung nur noch im Falle tatsächlich passiver Tätigkeiten stattfinden.
- Der Hinzurechnungsbetrag wird im Rahmen der Einkommensermittlung des Anteilseigners berücksichtigt.
- Um Steuersparmodelle zu verhindern, soll für eine Hinzurechnungsbesteuerung bei Einkünften mit Kapitalanlagecharakter die Mindestbeteiligungsquote künftig auf 1 % herabgesetzt werden.

Schließlich enthält das Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz Klarstellungen, die sich aus der Diskussion insbesondere zum Systemwechsel nach dem Steuersenkungsgesetz als notwendig erwiesen haben.

7 Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz – StVBG)

Der Umsatzsteuerbetrug hat in Deutschland mittlerweile ganz erhebliche Ausmaße angenommen, sodass steuerehrliche Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und Arbeitsplätze bedroht sind. Deutschland gilt in der EU für Hinterzieher der Umsatzsteuer als besonders attraktiv, da die Regelungen zum Vorsteuerabzug liberaler sind als in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. Zudem erschwert der föderale Aufbau der Steuerverwaltung bisher eine stringente Verfolgung von Steuerstraftaten. Das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz sieht daher im Wesentlichen folgende Maßnahmen vor:

- Mithilfe zeitnaher umsatzsteuerlicher Informationen über die Tätigkeitsaufnahme von Unternehmen werden die Finanzbehörden in die Lage versetzt, die systematisch für Umsatzsteuerbetrügereien eingesetzten so genannten Briefkastenfirmen früher zu erkennen und zu bekämpfen.

- Vorsteuererstattungen können im Einvernehmen mit dem Steuerpflichtigen von Sicherheitsleistungen wie z. B. Bankbürgschaften abhängig gemacht werden. Bei verfahrensbedingt langwierigen Prüfungen der Vorsteuerabzugsberechtigung können damit Liquiditätsprobleme bei den Unternehmen gemindert werden.
- Darüber hinaus wird das Risiko eines Steuerausfalles für den Fiskus über die Erweiterung von Haftungstatbeständen reduziert: Jeder Unternehmer, der in so genannte Karussellgeschäfte verwickelt ist und davon Kenntnis hatte, soll in Anspruch genommen werden können. Dabei wird ausschließlich auf vorsätzliches Handeln abgestellt.
- Die so genannte „Allgemeine Nachschau“ nur für den Bereich der Umsatzsteuer erlaubt den Finanzämtern unangemeldet vor Ort Ermittlungen durchzuführen. Die Vorschrift ist erforderlich, da die der Steuerverwaltung bisher zu Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht ausreichen, um speziell kurzlebige betrügerische Firmen, die noch nicht auffällig geworden sind, zu identifizieren.
- Es sind strafrechtliche und -prozessuale Regelungen vorgesehen, die gegen die Geldwäsche gezieltere und effektivere Maßnahmen ermöglichen.
- Der Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden der EU wird weiter vereinfacht. Angesichts des EU-Binnenmarktes lässt es sich im Bereich der Umsatzsteuer nicht mehr rechtfertigen, dass bei Weitergabe von steuerlich relevanten Informationen an Steuerbehörden anderer Mitgliedstaaten anders verfahren wird, als dies zwischen deutschen Finanzämtern der Fall ist. Nunmehr wird ein ungehinderter Austausch von Auskünften im Rahmen zwischenstaatlicher Amtshilfe möglich sein. Die Pflicht zur Anhörung von Beteiligten vor Weitergabe der Informationen wird für den Bereich der Umsatzsteuer abgeschafft.
- Das Bundesamt für Finanzen wird beauftragt, die umsatzsteuerlichen Ermittlungen

der Bundesländer zu koordinieren. Aufgabe des Bundesamtes wird ferner sein, zur Identifizierung prüfungswürdiger Sachverhalte Informationen zusammenzuführen und auszuwerten. Dazu gehört auch die Unterstützung der Landesfinanzverwaltungen bei der Umsatzbesteuerung des elektronischen Handels. Das Bundesamt wird dazu das Dienstleistungsangebot im Internet beobachten und seine Ergebnisse den Landesfinanzbehörden mitteilen.

- Ferner erhält die Finanzverwaltung ab 1. Januar 2002 das Recht, auf elektronisch geführte Buchführungsunterlagen der Unternehmen im Rahmen von Betriebsprüfungen vor Ort online zuzugreifen. Für die Betriebsprüfer ändert sich ausschließlich das Informationsmedium, nicht aber der Informationsumfang. In Anpassung der Rechtsgrundlagen an die technische Entwicklung stellt die Regelung lediglich die Überprüfbarkeit der zunehmend papierlosen Buchführungswerke sicher. Gleichzeitig werden für die Umsatzsteuer unter bestimmten Voraussetzungen auch elektronische Abrechnungen als Rechnung anerkannt.

Fundstellen der einzelnen Gesetzesänderungen:

- Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310)
- Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001 (BGBl. I S. 2074)
- Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 (BGBl. I S. 2267)
- Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3436)
- Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2001 – StÄndG 2001) vom 22. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3794)
- Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts (Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz – UntStFG) vom 24. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3858)
- Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz – StVBG) vom 27. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3922)

Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik – Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte

**Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium der Finanzen
– Kurzfassung –**

In der öffentlichen Diskussion werden schon seit längerem die Abkehr von einer kurzfristig orientierten Haushaltspolitik und die Hinwendung zu einer langfristig angelegten nachhaltigen Finanzpolitik gefordert. Dazu zwingen nicht nur das bereits erreichte hohe Niveau der Staatsverschuldung und die wachsenden Zinsausgaben. Sorge bereiten insbesondere die dramatisch zunehmenden Finanzierungslasten, die sich künftig aus der Überalterung der Bevölkerung für die öffentlichen Haushalte ergeben werden. In dem vorliegenden Gutachten wird untersucht, welche Ansätze es gibt, um die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zu überprüfen, und welche haushaltspolitischen Möglichkeiten bestehen, sie in der Haushaltsplanung zu verankern.

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Umwelt- und Ressourcenökonomik. Im Rahmen der Finanzpolitik bedeutet Nachhaltigkeit, dass die haushaltspolitische Handlungsfähigkeit dauerhaft gesichert bleibt und die Finanzpolitik ihren Beitrag dazu leistet, die Grundlagen für eine wachsende Wirtschaft zu erhalten. Es stellt sich die Frage, ob die gegenwärtige Finanzpolitik diese Bedingungen erfüllt oder ob in Zukunft Finanzierungslücken auftreten, die durch Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen geschlossen werden müssen.

Es gibt verschiedene Indikatoren, um die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zu überprüfen.

Erste Einsichten vermittelt schon das jährliche Finanzierungsdefizit. Allerdings ist es als alleiniger Maßstab für die Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ungeeignet, vor allem weil es seiner Natur nach zu kurzfristig angelegt und zudem auch manipulationsanfällig ist. Als Indikatoren für Nachhaltigkeit sind vor allem das Konzept der so genannten „fiscal sustainability“ der OECD und die Methode der Generationenbilanzierung entwickelt worden. Beide Ansätze basieren auf einer längerfristigen Projektion der Haushaltsentwicklung, weisen aber in ihrer Ausgestaltung erhebliche Unterschiede auf.

Beim OECD-Konzept wird die Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben über einen bestimmten Zeitraum, beispielsweise über dreißig bis vierzig Jahre, betrachtet. Dabei wird grundsätzlich angenommen, dass die gegenwärtige Finanzpolitik fortgesetzt wird. Die Finanzpolitik ist nach diesem Ansatz nachhaltig, wenn ihre langfristige Beibehaltung zur Folge hat, dass die Schuldenstandsquote am Ende des Betrachtungszeitraums – trotz bevorstehender fiskalischer Mehrbelastungen – ihre heutige Höhe nicht übersteigt. Eine Finanzpolitik, welche diese Bedingungen bei langfristig zunehmenden Ausgaben oder sinkenden Einnahmen nicht einhält, ist dementsprechend nicht nachhaltig. Die so genannte Nachhaltigkeitslücke zeigt an, in welchem Umfang der Haushalt konsolidiert werden muss, um die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik wieder herzustellen.

Berechnungen zeigen, dass in den meisten Staaten teilweise beträchtliche Nachhaltigkeitslücken bestehen. Dies weist auf einen erheblichen mittelfristigen Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten hin. Im Falle Deutschlands müssten zunächst auf mehrere Jahre lang Primärüberschüsse herbeigeführt und ein Abbau der staatlichen Schuldenstandsquoten erzielt werden, damit die bereits ab etwa dem Jahr 2010 zu erwartenden verschärften fiskalischen Belastungen aufgefangen werden können.

Allerdings ist bei der Interpretation der Ergebnisse Vorsicht geboten, da derartige Nachhaltigkeitsindikatoren verschiedene Probleme aufweisen. So ist die Prognose der Entwicklung von öffentlichen Einnahmen und Ausgaben über einen längeren Zeitraum mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Problematisch ist auch, wie man die Fortsetzung der gegenwärtigen Finanzpolitik in den Projektionen definiert. Gleichwohl ist der Beirat der Auffassung, dass das OECD-Konzept einen wichtigen Beitrag zur Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zu liefern vermag.

Das Konzept der Generationenbilanzierung erfasst ebenfalls die zukünftige Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt. Der Analysezeitraum reicht dort sogar um ein Vielfaches über den im OECD-Konzept betrachteten Zeitraum hinaus. Charakteristisch für diesen Ansatz ist, dass Steuerzahlungen (einschließlich Sozialversicherungsabgaben) und öffentliche Ausgaben den einzelnen Generationen zugerechnet und die Nettosteuerzahlungen jeder Generation als Differenz zwischen ihren Steuerzahlungen und den empfangenen Leistungen ermittelt werden. Nachhaltigkeit liegt vor, wenn die Nettosteuerzahlungen aller Generationen ausreichen, die Verpflichtungen aus der Staatschuld zu finanzieren. Auch dieses Konzept weist bei der empirischen Umsetzung auf beträchtliche Nachhaltigkeitslücken hin, die anhand zweier alternativer Indikatoren dargestellt werden. In der so genannten basisjahrbezogenen Version gibt die Nachhaltigkeitslücke – ganz ähnlich dem OECD-Konzept – den gesamten Konsolidierungsbedarf an. In der so genannten generationsbezogenen Version wird hingegen davon ausgegangen, dass nur die

zukünftigen Generationen zur Deckung der Nachhaltigkeitslücke herangezogen werden.

Die Methode der Generationenbilanzierung wirft zusätzliche Probleme auf. Zunächst einmal ist die generationenspezifische Zurechnung von öffentlichen Ausgaben alles andere als einfach. Schon beim Kindergeld stellt sich beispielsweise die Frage, ob man es den Eltern oder den Kindern zurechnen sollte. Die generationenbezogene Version muss sich zudem den Vorwurf gefallen lassen, dass sie den Konsolidierungsbedarf, gravierend wie er ohnehin schon ist, noch zusätzlich dramatisiert, indem die Finanzpolitik trotz steigender Ausgaben und zunehmender Finanzierungslücken über einen sehr langen Zeitraum als konstant angenommen wird und das Schließen der Nachhaltigkeitslücke allein den zukünftigen Generationen aufgebürdet wird. Auch erscheint der außergewöhnlich lange Analysezeitraum als solcher mehr als problematisch. Aufgrund dieser Schwächen hält der Beirat den OECD-Ansatz insgesamt für das besser geeignete Instrument der Nachhaltigkeitsanalyse.

Bei allen Unterschieden weisen jedoch beide Ansätze auf die Existenz beträchtlicher Nachhaltigkeitslücken hin. Um diese Probleme im öffentlichen Bewusstsein deutlich zu machen und so die Chancen für eine langfristig orientierte Finanzpolitik zu verbessern, hält der Beirat regelmäßige Berichte zur Nachhaltigkeit der Finanzpolitik für erforderlich. Die Ergebnisse sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und Bund und Länder verpflichtet werden, dazu Stellung zu nehmen.

Das Gutachten wurde im Dezember 2001 in der Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 71 veröffentlicht.

Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für 2003 (Vierter Existenzminimumbericht)

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 1995 hat die Bundesregierung alle zwei Jahre über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern zu berichten.

Der nachfolgend abgedruckte Vierte Existenzminimumbericht stellt in einer Übersicht die für das Jahr 2003 statistisch belegten Mindestbeträge für die sächlichen Existenzminima und die dafür im Einkommensteuerrecht durch das Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 (Grundfreibetrag für Alleinstehende in Höhe von 7 426 €) und das Zweite Familienförderungsgesetz vom 16. August 2001 (Freibetrag für das sächliche Existenzminimum eines Kindes in Höhe von 3 648 €) festgelegten steuerlichen Freibeträge in Euro gegenüber.

Der Bericht weist statistisch nach, dass auch im Veranlagungsjahr 2003 den verfassungsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums entsprochen wird.

Da für ein Kind – über das sächliche Existenzminimum hinaus – auch der Betreuungs- und der Erziehungsbedarf von der Einkommensteuer zu verschonen sind, wird im Bericht zusätzlich auf den hierfür im Zweiten Familienförderungsgesetz ab 1. Januar 2002 vorgesehenen neuen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf in Höhe von 2 160 € eingegangen. Zusammen mit dem Freibetrag für das sächliche

Existenzminimum in Höhe von 3 648 € ergibt sich insoweit für jedes Kind ein Gesamtfreibetrag von 5 808 €.

1	Anlass des Berichts	51
2	Rechtliche Ausgangslage	51
3	Ermittlung des Sozialhilfebedarfs	52
4	Berechnungsmodus für das steuerfrei zu stellende Existenzminimum von Erwachsenen	53
5	Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern	55
6	Übersicht der für das Jahr 2003 steuerfrei zu stellenden Existenzminima	57

1 Anlass des Berichts

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 1995 hat die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vorzulegen (vergleiche Drucksache 13/1558 vom 31. Mai 1995 und Plenarprotokoll 13/42 vom 2. Juni 1995). Gegenstand des Vierten Existenzminimumberichts ist – wie bei den bisherigen Berichterstattungen (vergleiche Erster Bericht vom 2. Februar 1995 Drucksache 13/381, Zweiter Bericht vom 17. Dezember 1997 Drucksache 13/9561 und Dritter Bericht vom 4. Januar 2000 Drucksache 14/1926) – die Darstellung der maßgebenden Beträge¹ für die Bemessung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima.

2 Rechtliche Ausgangslage

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vergleiche BVerfGE 87, 153 ff.) muss dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld von seinem Erworbenen zumindest soviel verbleiben, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Abs. 1 GG – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum).

¹ Bei den Berechnungen wird durchgehend von aufgerundeten monatlichen Euro-Beträgen ausgegangen.

Die Höhe des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem in der Rechtsgemeinschaft anerkannten Mindestbedarf ab; diesen einzuschätzen ist Aufgabe des Gesetzgebers. Soweit der Gesetzgeber jedoch im Sozialhilferecht den Mindestbedarf bestimmt hat, den der Staat bei einem mittellosen Bürger im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge durch Staatsleistungen zu decken hat, darf das von der Einkommensteuer zu verschonende Existenzminimum diesen Betrag jedenfalls nicht unterschreiten.

Demnach ist der im Sozialhilferecht anerkannte Mindestbedarf die Maßgröße für das einkommensteuerliche Existenzminimum (vergleiche BVerfGE 87, 153 [169 bis 171]). Das gilt sinngemäß auch für die Ermittlung des sächlichen Existenzminimums eines Kindes (vergleiche BVerfGE 82, 60 [93, 94]). Da die Leistungsfähigkeit von Eltern über den existenziellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf hinaus generell durch den Betreuungs- und den Erziehungsbedarf eines Kindes gemindert wird, ist dieser Bedarf im Steuerrecht – zusätzlich zum sächlichen Existenzminimum – von der Einkommensteuer zu verschonen (vergleiche BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 f.]).

Die Leistungen im Sozialhilferecht werden nach der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfe in besonderen Lebenslagen unterteilt, wobei sich Art, Form und Maß der Leistungen nach den Besonderheiten des Einzelfalls, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen richten (vergleiche § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 BSHG).

Hilfe zum Lebensunterhalt kann durch laufende und einmalige Leistungen gewährt werden. Laufende Leistungen werden vor allem durch die regionalen Regelsätze bestimmt und umfassen darüber hinaus – unter dem Vorbehalt der Angemessenheit – die jeweiligen tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung. Einmalige Leistun-

gen können gewährt werden, wenn ein sozialhilferechtlicher Bedarf besteht, der nicht aus den laufenden Leistungen bestritten werden kann (vergleiche § 21 Abs. 1a BSHG). Nach § 23 BSHG werden im Sozialhilferecht auch Mehrbedarfszuschläge für bestimmte Gruppen von Hilfesuchenden gewährt; dieser Mehrbedarf ist jedoch gruppenbezogen und steht den Steuerpflichtigen nicht generell zu.

Da auf dem Wohnungsmarkt ein beachtliches Preisgefälle für existenznotwendige Aufwendungen besteht, ist es dem Gesetzgeber nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung in diesem Sonderfall nicht verwehrt, sich bei der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Betrages hinsichtlich der Wohnkosten an einem unteren Wert zu orientieren, wenn er zugleich zur ergänzenden Deckung des Bedarfs nach dem Einzelfall bemessene Sozialleistungen, wie etwa Wohngeld, zur Verfügung stellt (vergleiche BVerfGE 87, 153 [172]).

Im Einkommensteuerrecht wird der existenzsichernde – anders als der erwerbssichernde – Aufwand in typisierender Form berücksichtigt. Die wegen der Abwicklung im Massenverfahren notwendige Generalisierung ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Im Rahmen einer solchen Typisierung ist das steuerliche Existenzminimum aber so zu bemessen, dass die steuerlichen Freibeträge in allen Fällen den existenznotwendigen Bedarf abdecken, kein Steuerpflichtiger also infolge der Besteuerung seines Einkommens darauf angewiesen ist, seinen existenznotwendigen Bedarf durch Inanspruchnahme von Staatsleistungen zu sichern (vergleiche BVerfGE 99, 246 [261]).

3 Ermittlung des Sozialhilfebedarfs

Grundlage der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums ist nach den oben genannten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der sozialhilferechtliche Mindestbedarf.

Der notwendige Lebensunterhalt im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz umfasst insbesondere den Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens und setzt sich dabei aus den folgenden Komponenten zusammen:

- **Regelsätze**, die die laufenden Leistungen für Ernährung, hauswirtschaftlichen Bedarf einschließlich der Haushaltsenergie sowie für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens umfassen,
- **einmalige Leistungen**, die solche Bedarfspositionen abdecken, die nicht regelmäßig monatlich in gleicher Höhe anfallen,
- **Kosten der Unterkunft** (Bruttokaltmiete und vergleichbare Aufwendungen für Haus- oder Wohnungseigentum) sowie
- **Heizkosten** (abzüglich der im Regelsatz enthaltenen Kosten für Warmwasserbereitung).

4 Berechnungsmodus für das steuerfrei zu stellende Existenzminimum von Erwachsenen

4.1 Die Regelsätze, und damit auch der Eckregelsatz für den Haushaltsvorstand bzw. den Alleinstehenden, werden von den zuständigen Landesbehörden festgesetzt. Ausgehend vom Eckregelsatz werden, unter Anwendung der in § 2 Abs. 3 der Verordnung zur Durchführung des § 22 BSHG (Regelsatzverordnung) festgelegten prozentualen Relationen, die Regelsätze für weitere Haushaltsangehörige (beispielsweise 80 % für einen Erwachsenen) abgeleitet.

Den nachfolgenden Berechnungen liegt das für 2003 geschätzte arithmetische Mittel auf der Basis der in 2001 gültigen Regelsätze für die Länder des früheren Bundesgebietes zugrunde.

Ausgegangen wurde daher vom durchschnittlichen Regelsatz für 2001 von 284 €/Monat für Alleinstehende und von 511 €/Monat für Ehepaare.

Jeweils zum 1. Juli 2002 und 2003 erhöhen sich die Regelsätze um den Vomhundertsatz, um den sich der aktuelle Rentenwert in der Rentenversicherung verändert (vergleiche § 22 Abs. 6 BSHG); nach derzeitigem Stand betragen die Erhöhungen rund 2,3 % bzw. 2,1 %. Somit ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Regelsatzsteigerung in 2002 und 2003 von jeweils 2,2 %.

Demzufolge wird für 2003 ein Regelsatzniveau bei Alleinstehenden von 3 564 € (297 €/Monat) und bei Ehepaaren von 6 420 € (535 €/Monat) berücksichtigt.

4.2 Einmalige Leistungen werden gewährt, wenn der sozialhilferechtlich notwendige Bedarf konkret besteht. Mit ihnen sind bestimmte Aufwendungen abzudecken, die in der Regel in der tatsächlich anfallenden Höhe vom Sozialhilfeträger zu übernehmen sind. Beispielsweise werden einmalige Leistungen zur Instandsetzung von Bekleidung, Wäsche und Schuhen in nicht kleinem Umfang und deren Beschaffung von nicht geringem Anschaffungspreis, zur Beschaffung von Brennstoffen für Einzelheizungen, zur Instandsetzung von Hausrat in nicht kleinem Umfang, zur Instandhaltung der Wohnung, zur Beschaffung von Gebrauchsgütern von längerer Gebrauchsdauer und von höherem Anschaffungswert sowie zur Wahrnehmung besonderer Anlässe gewährt.

Um Orientierungswerte über die Praxis der Gewährung einmaliger Leistungen zu gewinnen, hat das Statistische Bundesamt in den Jahren 1981² und 1991³ Sondererhebungen bei den örtlichen Sozialhilfeträgern durchgeführt. Da die

² Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt für den Zeitraum September 1981 bis August 1982; Fachserie 13, Reihe S. 7, April 1984.

³ Bechthold/Bihler/Deininger, Einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 21 BSHG im Jahr 1991, in: Wirtschaft und Statistik 2/1993, S. 113 ff.

laufende Sozialhilfestatistik eine Bestimmung der Relation einmaliger Leistungen zu den für Erwachsene und Kinder unterschiedlichen Regelsätzen nicht erlaubt, bilden die Sondererhebungen des Statistischen Bundesamtes die derzeit verlässlichste Grundlage einer Berechnung. Hiernach wurden für Alleinstehende 16 %, für erwachsene Haushaltsangehörige 17 % und für Kinder 20 % des jeweiligen Regelsatzes gewährt.

Durch verbesserte und kostenmindernde Abgrenzungen und Konkretisierungen von laufenden und einmaligen Leistungen – so auch durch die Neufassung des § 21 BSHG – sind Einsparungen bei der Sozialhilfe erreicht worden. Dies entspricht der Zielsetzung des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (vergleiche Drucksache 12/4401 vom 4. März 1993, S. 47 f.), einen bedeutenden Ausgabenblock der kommunalen Haushalte an einer entscheidenden Stelle zu konsolidieren. Unter Berücksichtigung dieser Einsparungen werden deshalb bei Alleinstehenden 15 % und bei erwachsenen Haushaltsangehörigen 16 % des jeweiligen Regelsatzes gewährt. Die Relation von 20 % bei Kindern bleibt unverändert.

Daher werden für 2003 an einmaligen Leistungen für Alleinstehende 540 € (45 €/Monat) und für Ehepaare 1 008 € (84 €/Monat) in Ansatz gebracht.

4.3 Die Maßstäbe für die berücksichtigungsfähigen Kosten der Unterkunft sind entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum vom Gesetzgeber zu bestimmen. Dies ist im Sozialhilferecht geschehen. Nach § 3 Abs. 1 der Regelsatzverordnung werden laufende Leistungen für die Unterkunft in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gewährt; soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf so lange anzuerkennen, als es nicht

möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken. Das Sozialhilferecht reagiert insofern auf vorübergehende Sondersituationen, die kein Maßstab für die steuerliche Berücksichtigung angemessener Wohnkosten bei der Bemessung des Existenzminimums sein können. Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft beurteilt sich einerseits nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalles, insbesondere nach der Anzahl der Familienangehörigen, ihrem Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand, sowie andererseits nach der Zahl der vorhandenen Räume, dem örtlichen Mietenniveau und den Möglichkeiten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt.

Auf dieser Grundlage wird für die steuerliche Bemessung des Existenzminimums, unter Berücksichtigung der im Steuerrecht notwendigen Typisierung, für Alleinstehende eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 30 m² und für Ehepaare ohne Kinder eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 60 m² und jeweils einfacher Ausstattung (ohne Sammelheizung und/oder ohne Bad/Duschraum) als angemessen angesehen. Zudem wird das noch immer über dem Bundesdurchschnitt liegende Mietenniveau des früheren Bundesgebietes zugrunde gelegt.

Die hierfür maßgeblichen Quadratmetermieten – Mietzuschuss an Hauptmieter – sind aus der Wohngeldstatistik 1999 abgeleitet worden⁴. Danach betrug die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche für Wohnungen bis 40 m² 5,97 € und für Wohnungen von 40 bis 60 m² 4,55 €. Diese Quadratmetermieten werden mit einer jährlichen Mietsteigerung von 1,5 % für 2000 und 2001 sowie von 2 % für 2002 und 2003 fortgeschrieben und betragen danach in 2003 monatlich 6,40 € bzw. 4,88 €.

Hieraus ergeben sich für 2003 zu berücksichtigende Bruttokaltmieten von 2 304 € (192 €/Mo-

⁴ Statistisches Bundesamt: Tabelle 6 der Arbeitstabellen zum Wohngeld (nicht veröffentlicht).

nat) für Alleinstehende und von 3 516 € (293 €/Monat) für Ehepaare.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass Bezieher niedriger Einkommen zur Abdeckung ihrer Wohnkosten nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes (WoGG) Anspruch auf Wohngeld haben; die zum 1. Januar 2001 in Kraft getretene Wohngeldnovelle beinhaltet allgemeine Leistungsverbesserungen. Wohnkosten, die die im steuerfrei gestellten Existenzminimum berücksichtigten Beträge übersteigen, werden durch Wohngeld abgedeckt, soweit Höchstbeträge, die in Abhängigkeit von Haushaltsgröße, Ausstattung, Mietenstufe und Baualter festgelegt sind, nicht überschritten werden (vergleiche § 8 WoGG).

4.4 Die Heizkosten berechnen sich auf der Basis der in der EVS 1998 ausgewiesenen Aufwendungen für Heizung und Warmwasser im früheren Bundesgebiet. Danach betrugen die monatlichen durchschnittlichen Ausgaben für Heizung und Warmwasser von Alleinstehenden 44 € und von kinderlosen Ehepaaren 57 €. Da aber die Kosten für die Warmwasserbereitung in den Leistungen enthalten sind, die mit den Regelsätzen abgegolten werden, wird eine Pauschale von 25 % in Abzug gebracht. Somit verbleiben monatliche Beträge von 33 € für Alleinstehende und 43 € für Ehepaare.

Diese Werte werden für den Zeitraum von 1999 bis 2003 mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerung von 6% unter der Berücksichtigung fortgeschrieben, dass im absoluten Betrag der Einkommens- und Verbrauchsstichproben auch Heizkosten von Wohnungen erfasst sind, deren Wohnfläche und Ausstattung über das Maß hinausgeht, welches bei der Ermittlung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums zugrunde gelegt ist. Außerdem sind die Schritte der ökologischen Steuerreform und ihre Auswirkungen berücksichtigt; ferner wird von einem relativ stabilen Euro-/Dollarkurs ausgegangen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der gestiegenen Heizölkosten für Anspruchsberech-

tigte im Winter 2000/2001 ein einmaliger Heizkostenzuschuss in Höhe von 2,56 € pro Quadratmeter Wohnfläche gewährt wurde (vergleiche Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses vom 23. Dezember 2000, BGBl. I 2000 S. 1846).

Für 2003 ergeben sich folglich Heizkosten von 540 € (45 €/Monat) für Alleinstehende und von 696 € (58 €/Monat) für Ehepaare.

5 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern

5.1 Dem sächlichen Existenzminimum von Kindern liegen die gleichen Komponenten zugrunde wie dem Existenzminimum von Erwachsenen. Für jedes Kind einer Familie wird das Existenzminimum gleich hoch angesetzt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss dem Gesetzgeber zugestanden werden, die steuerliche Entlastung für einen Einkommensbetrag in Höhe des sächlichen Existenzminimums der Kinder für alle Altersstufen und im ganzen Bundesgebiet einheitlich festzulegen (BVerfGE 91, 93 [111 f.]).

Der sozialhilferechtliche **Regelsatz** für Kinder ist altersabhängig und regional verschieden. Daher werden die altersabhängigen Unterschiede durch die Berechnung eines gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes berücksichtigt und den regionalen Unterschieden wird durch die Ableitung von dem für Alleinstehende angesetzten Betrag, bei dem diese Unterschiede berücksichtigt sind, Rechnung getragen.

Entsprechend der nachfolgenden Übersicht 1 wird der durchschnittliche Regelsatz für ein Kind mit 64,72 % des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes ermittelt. Dieser Anteil wurde als gewichteter Durchschnitt der nach Alter gestaffelten Regelsätze für Kinder errechnet, d. h. es wurde ein Durchschnitt von 18 Kindern gebildet, die je einem Jahrgang von unter 1 Jahr bis unter 18 Jahren angehören.

Übersicht 1: Berechnung des gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes eines Kindes

7 Kinder	bis unter 7 Jahren	x	50 %	=	350 %
7 Kinder	von 7 bis unter 14 Jahren	x	65 %	=	455 %
4 Kinder	von 14 bis unter 18 Jahren	x	90 %	=	360 %
18 Kinder zusammen					= 1 165 %
Durchschnittssatz je Kind					= 64,72 %

Der so gebildete Durchschnittsregelsatz für Kinder entspricht auch der Berechnung der Bund-/Länder-Kommission, die das Bundesverfassungsgericht im Beschluss vom 29. Mai 1990 (BVerfGE 82, 60) herangezogen hat. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht ebenfalls von dieser Rechenmethode aus (vergleiche Schriftenreihe Bd. 15, 1992, S. 10, Rz. 4.).

Dieser Ansatz geht im Übrigen auch mit § 32 des Einkommensteuergesetzes konform – wonach im Regelfall lediglich Kinder bis unter 18 Jahren berücksichtigt werden – und gewährleistet dadurch eine typisierende Betrachtung.

Somit ergibt sich für 2003 bei Kindern ein durchschnittlicher Regelsatz von 2 316 € (193 €/Monat).

Die **einmaligen Leistungen** betragen nach den Ausführungen unter Punkt 4.2 für Kinder 20 % des Regelsatzes; für 2003 sind daher 468 € (39 €/Monat) zu berücksichtigen.

Bei der Berechnung der **Kosten der Unterkunft** wird für ein Kind im Rahmen der steuerrechtlichen Typisierung eine Wohnfläche von 12 m² als angemessen angesehen. Der statistisch ermittelte individuelle Wohnflächenbedarf von Kindern in Wohnungen von allen Familienhaushalten (Mieter und Eigentümern) beträgt nach einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 1988 pro Kind bei einer 1-Kind-Familie 15 m² sowie bei einer 2- und 3-Kind-Familie jeweils 11 m².

Die bei kinderlosen Ehepaaren in Ansatz gebrachte monatliche Bruttokaltmiete von 4,88 € pro Quadratmeter Wohnfläche wird auch für Kinder zugrunde gelegt (vergleiche Punkt 4.3). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Alleinerziehende mit einem Kind nicht schlechter gestellt werden als Zweipersonenhaushalte.

Danach ergibt sich für 2003 bei Kindern eine steuerfrei zu stellende Bruttokaltmiete von 708 € (59 €/Monat).

Die **Heizkosten** für Kinder werden entsprechend dem Verhältnis der Heizkosten eines kinderlosen Ehepaares zu dessen Bruttokaltmiete in Ansatz gebracht (20 %; vergleiche Punkte 4.3 und 4.4), da in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben die Heizkosten nicht kindbezogen erfasst sind.

Demzufolge werden für 2003 bei Kindern Heizkosten von 144 € (12 €/Monat) berücksichtigt.

5.2 Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 f.]) wird die im Steuerrecht maßgebliche Leistungsfähigkeit der Eltern über den existenziellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf des Kindes hinaus generell durch den **Betreuungsbedarf** gemindert. Dieser Bedarf ist deshalb im Steuerrecht – zusätzlich zum sächlichen Existenzminimum – von der Einkommensteuer zu verschonen.

Darüber hinaus ist im Einkommensteuerrecht auch der **Erziehungsbedarf** – zusätzlich zum sächlichen Existenzminimum – zu berücksichtigen. Hierzu zählen die allgemeinen Kosten, die Eltern aufzubringen haben, um ihrem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt (BVerfGE 99, 216 [242]).

Die Bemessung des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs erfolgt unabhängig davon, ob im Einzelfall entsprechende konkrete Auf-

wendungen anfallen. Der Gesetzgeber orientierte sich dabei an Beträgen, die im Steuerrecht verankert waren (vergleiche Bundestagsdrucksachen 14/1513, S. 14 und 14/6160, S. 13).

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 2000 im Rahmen der ersten Stufe der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs die steuerliche Berücksichtigung des Kinderbetreuungsbedarfs geändert. Dabei wurde ein **Betreuungsfreibetrag** von jährlich 1 546 € für jedes Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres eingeführt (vergleiche Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999, BGBl. I 1999 S. 2552).

Zum 1. Januar 2002 erfolgt die fristgerechte Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zur Berücksichtigung des Erziehungsbedarfs für ein Kind. Hierbei wird der bisherige Betreuungsfreibetrag um eine Erziehungskomponente erweitert. An die Stelle des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs tritt bei volljährigen Kindern der Ausbildungsbedarf, sodass der neue **Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf** von jährlich 2 160 € sowohl für minderjährige als auch für volljährige Kinder in Anspruch genommen werden kann. Darüber hinaus können Erwerbstätige mit Kindern unter 14 Jahren bis zu 1 500 € der nachgewiesenen und 1 548 € übersteigenden Betreuungskosten steuerlich geltend machen. Zur Abgeltung des Sonderbedarfs volljähriger Kinder, die sich in Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, kann außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag von jährlich 924 € abgezogen werden; dieser Freibetrag vermindert sich jedoch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes, soweit diese 1 848 € übersteigen, sowie um die von dem Kind als Ausbildungshilfe aus öffentlichen Mitteln oder Förderungseinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel erhalten, bezogenen Zuschüsse (vergleiche Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I 2001 S. 2074).

6 Übersicht der für das Jahr 2003 steuerfrei zu stellenden Existenzminima

6.1 Die in diesem Bericht – auf der Basis des derzeit verfügbaren Zahlenmaterials – für das Veranlagungsjahr 2003 errechneten Beträge für das **sächliche Existenzminimum** von Alleinstehenden, Ehepaaren und Kindern werden in der nachfolgenden Übersicht 2 zusammengefasst dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Gegenüberstellung mit den entsprechenden im Einkommensteuerrecht für diesen Zeitraum bereits festgelegten steuerlichen Freibeträgen.

Übersicht 2: Darstellung der in 2003 steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminima¹ und der entsprechenden steuerlichen Freibeträge (in €)

	Alleinstehende	Ehepaare	Kinder
Regelsatz	3 564	6 420	2 316
einmalige Leistungen	540	1 008	468
Kosten der Unterkunft	2 304	3 516	708
Heizkosten	540	696	144
sächliches Existenzminimum	6 948	11 640	3 636
steuerlicher Freibetrag	7 426	14 853	3 648

¹ Bei den Berechnungen ist durchgehend von aufgerundeten monatlichen Euro-Beträgen ausgegangen worden.
² Grundfreibetrag für Alleinstehende: vergleiche Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000, BGBl. I 2000 S. 1433; Freibetrag für das sächliche Existenzminimum eines Kindes: vergleiche Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I 2001 S. 2074.

Die oben genannten Existenzminima stellen statistisch belegte Mindestbeträge dar. Höhere steuerliche Freibeträge sind im Wege politischer Entscheidungen möglich. Nach § 32a Abs. 5 EStG beträgt der Grundfreibetrag für zusammen veranlagte Ehepaare das Zweifache des Betrages für Alleinstehende.

6.2 Die **steuerliche Freistellung** eines Einkommensbetrages in Höhe des **sächlichen Existenzminimums zuzüglich des Betreuungs- und**

Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs eines Kindes wird durch die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG oder durch Kindergeld bewirkt. Die Summe dieser Freibeträge für Kinder beträgt jährlich 5808 € (vergleiche Übersicht 3).

6.3 Abschließend kann festgestellt werden, dass auch im Jahr 2003 den **verfassungsrechtlichen Anforderungen** hinsichtlich der steuerlich zu verschonenden Existenzminima entsprochen wird.

Übersicht 3: Freibeträge für das sächliche Existenzminimum und den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes für 2003 (in €)

Freibetrag für das sächliche Existenzminimum	3 648
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	2 160
Summe dieser Freibeträge für Kinder	5 808

Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes

1	Aufgaben und Tätigkeit des Kassenwesens	59
2	Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes	60

1 Aufgaben und Tätigkeit des Kassenwesens

Die Aufgaben bei der Leistung und der Annahme von Zahlungen des Bundes werden nach § 79 Bundeshaushaltsordnung (BHO) von Bundeskassen wahrgenommen. Sie sind bei den Oberfinanzdirektionen eingerichtet und dem Oberfinanzpräsidenten unmittelbar unterstellt. Die Zuständigkeit richtet sich grundsätzlich nach dem Territorialprinzip. Dienststellen innerhalb bestimmter Gebiete werden von einer Bundeskasse betreut. Ausnahmen von diesem Prinzip bestehen in der Regel nur, wenn Aufgaben bundesweit zentralisiert wurden. So gibt es z. B. das zentrale Darlehensverfahren der Bundeskasse in Düsseldorf, das zentrale Verfahren „Mieten und Pachten“ der Bundeskasse Trier und der zentralisierte Aufgabenbereich Wohnungsbauprämie bei der Bundeskasse Berlin.

Zu den Aufgaben einer Bundeskasse gehören neben den Zahlungsgeschäften für alle Bundesbehörden insbesondere die Buchführung über geleistete und angenommene Zahlungen und die Rechnungslegung nach Abschluss der Bücher für das abgelaufene Haushaltsjahr (§ 70 ff. BHO). Diese Aufgaben werden mit dem IT-Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (so genanntes HKR-Verfahren) wahrgenommen.

Mit dem Zahlungsüberwachungsverfahren (ZÜV) werden Forderungen des Bundes überwacht (§ 34 BHO). Durch vergebene Kassenzeichen werden Einzahlungen zu bestehenden Forderungen maschinell zugeordnet. Manuelle

Tätigkeiten bei den Bundeskassen auf der Einnahmeseite können so bei Angabe des erforderlichen Kassenzeichens reduziert werden. Um die Wirtschaftlichkeit bei den Bundeskassen weiter zu erhöhen, werden derzeit die Dienststellen des Bundes verstärkt zur Teilnahme an diesem modernen Zahlungsüberwachungsverfahren aufgefordert. Der Bundesrechnungshof und die zuständigen parlamentarischen Gremien des Deutschen Bundestages unterstützen dieses Verfahren und haben um eine rasche und vollständige Umstellung gebeten.

Auch auf der Ausgabenseite wird durch den verstärkten Einsatz automatisierter Verfahren die manuelle Buchhaltung weiter zurückgeführt. Durch Schnittstellen zum HKR-Verfahren können Zahlungs- und Buchungsdaten ohne Medienbrüche übernommen werden. Die Verfahren der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) besitzen im Regelfall ebenfalls die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Übernahme der Datenbestände.

Durch verbesserte technische Rahmenbedingungen und in Realisierung befindliche Verbesserungen im Zahlungsverkehr (z. B. Elektronischer Schalter zur Deutschen Bundesbank) kann die Effizienz der Aufgabenerfüllung bei den Bundeskassen noch weiter gesteigert werden. Weitere begleitende Automationsschritte sind dabei Voraussetzung für die Straffung der Kassenstruktur.

Den Bundeskassen sind Zahlstellen nachgeordnet, die ebenfalls Zahlungen des Bundes leisten dürfen (§ 70 BHO). Die Aufgaben der Buchführung und Rechnungslegung werden jedoch stets von den Kassen ausgeführt. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) sind Bundeswehrkassen eingerichtet, die die Kassengeschäfte dieses Ressorts wahrnehmen.

Die Aufgaben einer Zentralkasse werden von der Bundeshauptkasse (BHK) wahrgenommen. Die Bundeshauptkasse ist organisatorisch beim

Bundesamt für Finanzen angegliedert und untersteht, wie alle Bundeskassen, der Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Über die BHK erfolgen die Abrechnungen mit den einzelnen Bundeskassen und zwischen den Bundeskassen. Neben weiteren koordinierenden Aufgaben für die Bundeskassen wird das Hauptkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank von der Bundeshauptkasse geführt und betreut.

Der zentrale „Elektronische Schalter“ der Bundesverwaltung ist bei der BHK eingerichtet. Die Kassenmittel des Bundes werden täglich über die Deutsche Bundesbank auf dem Hauptkonto des Bundes zusammengezogen. Dies erst ermöglicht ein optimales Liquiditätsmanagement des Bundes. Außerdem wird die Systempflege für das HKR-Verfahren, für das Zahlungsüberwachungsverfahren, das zentrale Darlehensverfahren, das zentrale Verfahren „Mieten und Pachten“ und die Betreuung der dezentralen Kassenprogramme verantwortlich von der Bundeshauptkasse wahrgenommen.

2 Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes

Mit der Haushaltsreform 1969 wurde das Kassenwesen des Bundes neu geregelt. Die Kassengeschäfte wurden vorher innerhalb des jeweiligen Ressorts wahrgenommen (Ressortkassensystem). Nach Abschluss dieser Reform wurden die Kassengeschäfte aller Ressorts nur noch von den Bundeskassen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen wahrgenommen. Lediglich beim Bundesministerium der Verteidigung wurde davon abgesehen.

Das Kassensystem des Bundes ist seit der deutschen Einheit 1990 in Bewegung. Unmittelbar nach der deutschen Einheit wurde die Bundeskasse Berlin-Ost errichtet. Mitte 1995 wurde in Halle/Saale eine weitere Bundeskasse eingerichtet, die zusammen mit der Bundeskasse Berlin-Ost die Kassengeschäfte des Bundes

in den fünf neuen Ländern bisher wahrgenommen hat.

Die nun anstehende Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes umfasst zwei Schwerpunkte, die durch Kabinettsbeschluss der Bundesregierung festgelegt wurden:

- weitere Automation der Kassengeschäfte bei gleichzeitiger Reduzierung der Kassenstandorte und Verringerung des Kassenpersonals;
- Integration und Übernahme der Kassengeschäfte der Bundeswehrekassen durch die Bundeskassen nach flächendeckender Einführung des HKR-Verfahrens im Geschäftsbereich des BMVg.

Die grundsätzlichen Entscheidungen zur Umsetzung dieses Beschlusses erfolgten im Mai 2000, für das BMF wurden die künftigen Standorte der Kassen – Halle/Saale, Kiel, Trier und Weiden – festgelegt. Der Beschluss zur Überleitung der Kassenaufgaben der Bundeswehrekassen wurde vom Bundesministerium der Verteidigung im Mai 2001 getroffen.

Im Januar 2001 wurde das Grobkonzept zum fachlichen und organisatorischen Ablauf der Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes auf den Weg gebracht. Entsprechend den dort gemachten Vorgaben sollen bis 2004 sämtliche Kassenaufgaben der bisherigen Bundeskassen unter Einbeziehung der Kassenaufgaben der Bundeswehrekassen von zunächst acht Bundeskassen wahrgenommen werden. Bis 2008 soll dann die Anzahl der Kassenstandorte weiter auf vier reduziert werden.

Die Feinkonzepte und damit die konkreten Vorgaben bei der Aufgabenverlagerung wurden von den Oberfinanzdirektionen erarbeitet und vom BMF genehmigt. Dabei wurde den fachlichen, organisatorischen und personalwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen. Die Personalvertretungen wurden beteiligt. Vereinbart wurde, dass der Personalabbau bei den

abgebenden und der Personalaufbau bei den aufnehmenden Bundeskassen sozialverträglich gestaltet wird. Vor dem Hintergrund, dass überwiegend Bedienstete des mittleren Dienstes oder vergleichbare Angestellte von der Straffung der Kassenorganisation betroffen sind, ist dem Personal der aufzulösenden Bundeskassen grundsätzlich eine heimatnahe Weiterverwendung zugesagt worden.

Erforderliche Festlegungen für die Übernahme der Kassenaufgaben der Bundeswehrkassen durch die Bundeskassen werden jeweils durch Ressortvereinbarung BMF/BMVG getroffen. Die konkreten Projekte werden in einer Arbeitsgruppe unter Leitung der OFD Koblenz bei Beteiligung des BMF, des Bundesamtes für Wehrverwaltung, der betroffenen Oberfinanzdirektionen und Bundeskassen abgestimmt.

Im Jahr 2000 führten 17 Bundeskassen (Personalbestand: 1 505 Beschäftigte) und 11 Bundeswehrkassen (Personalbestand: 512 Beschäftigte) die Kassengeschäfte aus. Die regionale Zuständigkeit ergibt sich aus folgender Übersicht:

Bundesland	Bundeskasse(n)
Baden-Württemberg	Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart
Bayern	München, Nürnberg
Berlin	Berlin
Brandenburg	Berlin
Bremen	Bremen
Hamburg	Hamburg
Hessen	Frankfurt
Mecklenburg-Vorpommern	Berlin
Niedersachsen	Hannover
Nordrhein-Westfalen	Bonn, Düsseldorf, Münster
Rheinland-Pfalz	Koblenz mit Außenstelle Trier
Saarland	Saarbrücken
Sachsen	Halle/Saale
Sachsen-Anhalt	Halle/Saale
Schleswig-Holstein	Kiel
Thüringen	Halle/Saale

Die 11 Bundeswehrkassen Bonn, Düsseldorf, Hannover, Kiel, Koblenz, Landsberg, Oldenburg, Regensburg, Stadtallendorf, Strausberg und Stuttgart erfüllen die Kassenaufgaben im Bereich des BMVG.

Bereits im Jahr 1998 wurden die Bundeskasse Berlin-Ost und Berlin-West zur Bundeskasse Berlin zusammengeführt. Im ersten Halbjahr 2001 wurden die Bundeskassen Hamburg und Saarbrücken vollständig aufgelöst, die Bundeskasse Trier neu errichtet und die „Bundeskasse Nürnberg“ in „Bundeskasse Weiden“ mit vorläufigem Sitz in Nürnberg umbenannt. Außerdem wurden die Bundeskassen Hannover, Frankfurt, Koblenz, Düsseldorf, Münster, München, Freiburg und Karlsruhe aufgelöst und als Außenstellen der Bundeskassen Halle/Saale, Trier, Bonn, Weiden und Stuttgart errichtet. Daneben bestehen noch die Bundeskassen Bremen, Kiel und Berlin.

Um die flächendeckende Anwendung des HKR-Verfahrens im Bereich der Bundeswehr zu erproben, wurde am Standort Kiel die Zusammenarbeit der Bundeskasse Kiel mit der Bundeswehrkasse Kiel in einem Pilotprojekt getestet. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass das HKR-Verfahren mit geringen Ergänzungen alle Anforderungen im Bereich der Bundeswehr erfüllen kann. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Mitarbeiter der Bundeswehrkassen, alle Mittelbewirtschafter und Titelverwalter über das HKR-Verfahren, seine Nutzung und Bedienung geschult werden.

Bis 2004 sollen die Kassenaufgaben der Außenstellen und der Bundeswehrkassen vollständig zu den vier Zukunftskassen verlagert werden. Die Bundeskassen Bremen, Berlin, Bonn und Stuttgart werden aufgelöst und als Außenstellen der Bundeskassen Halle/Saale, Kiel, Trier und Weiden errichtet. Unter Berücksichtigung noch notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen werden weitere ausgewählte Aufgaben zentralisiert, um den angestrebten Einsparungseffekt zu erreichen.

fekt und eine optimale Betreuung der Mittelbewirtschaftler durch die jeweilige Bundeskasse zu sichern.

Die Kassenaufgaben der Bundeswehrkassen werden grundsätzlich wie folgt verlagert:

Bundeswehrkassen	zur Bundeskasse
Hannover Oldenburg Stadtallendorf	Halle/Saale
Kiel Strausberg	Kiel
Düsseldorf Bonn Koblenz	Trier
Stuttgart Regensburg Landsberg	Weiden

Im Jahr 2008 bestehen neben der Bundeshauptkasse noch die o. g. vier Bundeskassen mit jeweils ca. 250 Beschäftigten. Es ergibt sich folgende regionale Zuständigkeit:

Bundeskasse	für die Bundesländer
Weiden	Baden-Württemberg und Bayern
Kiel	Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, und Schleswig-Holstein
Halle/Saale	Bremen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Trier	Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland

Durch die Neuorganisation des Kassenwesens des Bundes werden ca. 1 000 Beschäftigte bei den ehemals 17 Bundeskassen und 11 Bundeswehrkassen freigesetzt. Neben den reduzierten Personalkosten entfallen durch die Verringerung der Kassenstandorte im Bereich des BMF und BMVg Sach- und Unterhaltungskosten. Beim BMVg entfallen Betreuungs- und Weiterentwicklungskosten für das bisherige DV-Verfahren. Durch die Weiterentwicklung der DV-Verfahren bei den Bundeskassen und auf der Bewirtschaftenseite wird in Zukunft eine weitere Effizienzsteigerung und Verringerung des jetzigen Kassenpersonals möglich sein.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	68
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	100
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	120
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	125

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	68
2.	Arbeitsmarkt	70
2.1	Bundesrepublik Deutschland	70
2.2	Früheres Bundesgebiet	72
2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	74
3.	Produzierendes Gewerbe	76
3.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	76
3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	76
3.1.2	Früheres Bundesgebiet	78
3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	80
3.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	82
3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	82
3.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	84
3.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	86
3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	86
3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	88
4.	Privater Konsum	90
5.	Außenwirtschaft	92
6.	Preise	94
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	94
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise	96
7.	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001	98
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	98
7.2	Preise	98
7.3	Außenwirtschaft	99
7.4	Einkommensverteilung	99

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1.	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	100
2.	Gewährleistungen	100
3.	Bundeshaushalt 1997 bis 2002	101
4.	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002	102
5.	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen – Haushaltssoll 2002	104
6.	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	108
7.	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001	110
8.	Steuer- und Abgabenquoten	112
9.	Entwicklung der öffentlichen Schulden	113
10.	Steueraufkommen nach Steuergruppen	114

11.	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	115
12.	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	116
13.	Steuerquote im internationalen Vergleich	117
14.	Abgabenquote im internationalen Vergleich	118
15.	Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002	119

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1.	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001	120
2.	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2001	120
3.	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	121
4.	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, November 2001	122

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

*1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	125
*2.	Arbeitsmarkt	126
*2.1	Früheres Bundesgebiet	126
*2.2	Neue Länder und Berlin-Ost	127
*3.	Produzierendes Gewerbe	128
*3.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	128
*3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	128
*3.1.2	Früheres Bundesgebiet	130
*3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	132
*3.2	Auftragseingang der Industrie	134
*3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	134
*3.2.1.1	Werte	134
*3.2.1.2	Volumen	135
*3.2.2.	Früheres Bundesgebiet	136
*3.2.2.1	Werte	136
*3.2.2.2	Volumen	137
*3.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	138
*3.2.3.1	Werte	138
*3.2.3.2	Volumen	139
*3.3	Umsatz der Industrie	140
*3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	140
*3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	141
*3.4	Lage in der Bauwirtschaft	142
*3.4.1	Bundesrepublik Deutschland	142
*3.4.2	Früheres Bundesgebiet	143
*3.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	144
*4.	Löhne und Gehälter	145

*5.	Außenwirtschaft	146
*5.1	Einfuhr nach Warengruppen	146
*5.2	Ausfuhr nach Warengruppen	147
*5.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	148
*5.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	149
*5.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	150
*5.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	150
*5.7	Handelsbilanzsaldo	150
*5.8	Leistungsbilanzsaldo	151
*5.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	151
*6.	Preise	152
*7.	Zinssätze	153

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	1999	2000				2001		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,1
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen, in Preisen von 1995) ³⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,7	- 0,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,1
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 1,3
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 0,4	+ 1,2	+ 0,8	- 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	0	- 0,6
Ausrüstungen	+ 0,7	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,0	- 0,5	- 0,9	- 3,2	- 1,8
Bauten	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,7	- 3,3	- 0,6	0
Sonstige Anlagen	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,7
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	+ 0,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,9	- 1,2	0	- 0,8
Exporte	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1
Importe	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 5,1	- 3,9	+ 1,2	- 2,2
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 0,1	+ 1,1
Preisentwicklung ³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,6
Inlandsnachfrage	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Private Konsumausgaben	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	- 0,9	- 0,1	+ 0,8	+ 0,6	- 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,6

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

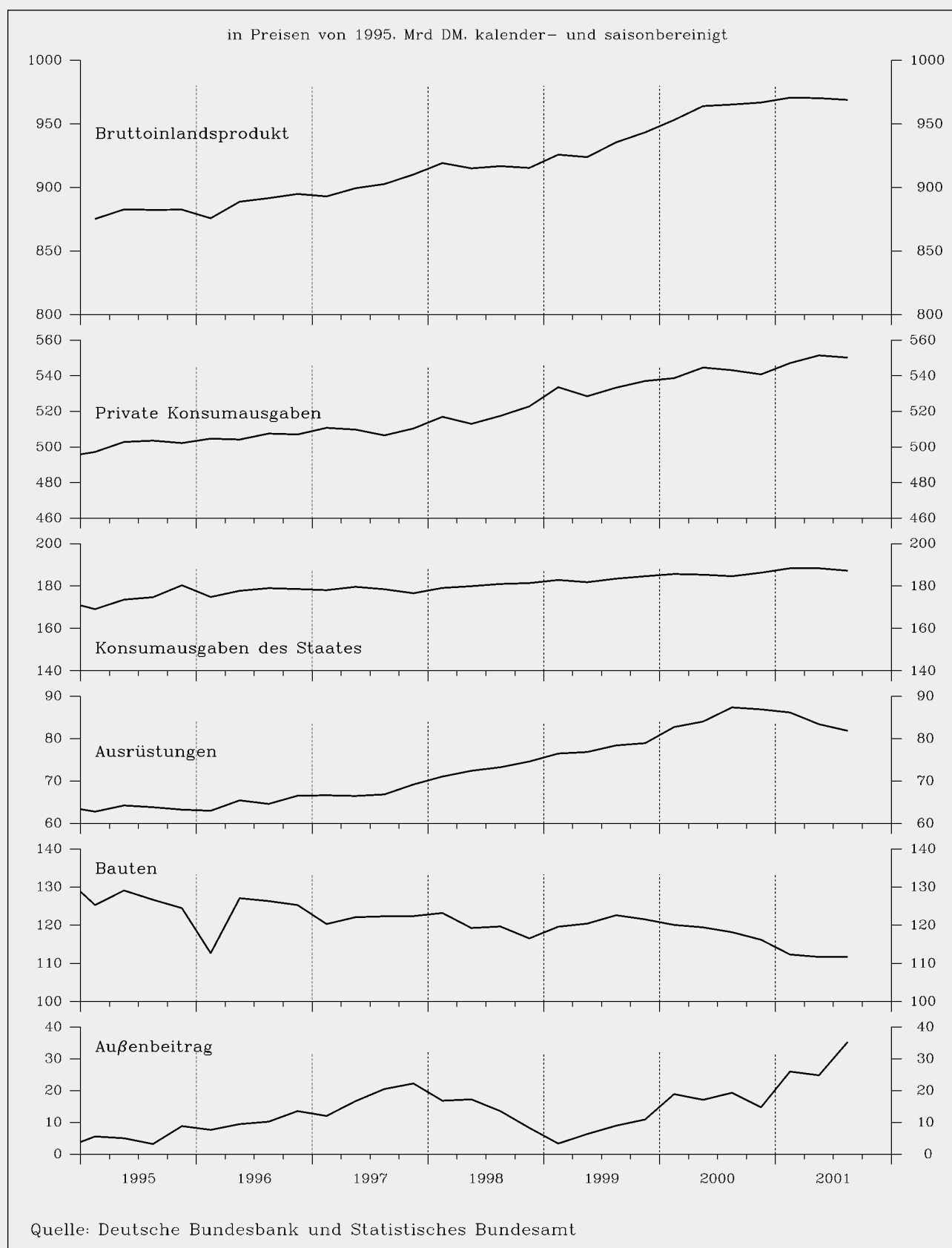
⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹	39 240	39 151	38 988	39 188	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 611	3 645	3 809	3 725	3 789	3 964
Zugänge an Arbeitslosen	587	580	603	554	584	601
Abgänge an Arbeitslosen	661	545	439	571	521	427
Arbeitslosenquote (in % ²)	8,9	8,9	9,3	9,0	9,2	9,6
Kurzarbeiter	66	70	70	140	169	175
Offene Stellen	491	468	454	443	408	389
	Veränderungen in 1.000 ³					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2 0 0 1					
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 72	.	.	- 52	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 17	+ 63	+ 175	+ 114	+ 144	+ 155
Zugänge an Arbeitslosen	- 25	+ 30	+ 17	- 33	+ 4	- 1
Abgänge an Arbeitslosen	- 54	- 51	- 94	- 90	- 25	- 12
Kurzarbeiter	+ 26	+ 29	+ 6	+ 74	+ 99	+ 106
Offene Stellen	- 42	- 35	- 18	- 49	- 60	- 65
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴					
	2 0 0 1					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 764	38 765	38 753	38 734	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 863	3 865	3 889	3 918	3 937	3 943
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,3	9,4	9,5	9,5	9,5
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)					
	2 0 0 1					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 3	+ 1	- 12	- 19	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 12	+ 2	+ 24	+ 29	+ 19	+ 6
Offene Stellen ⁵	- 1	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

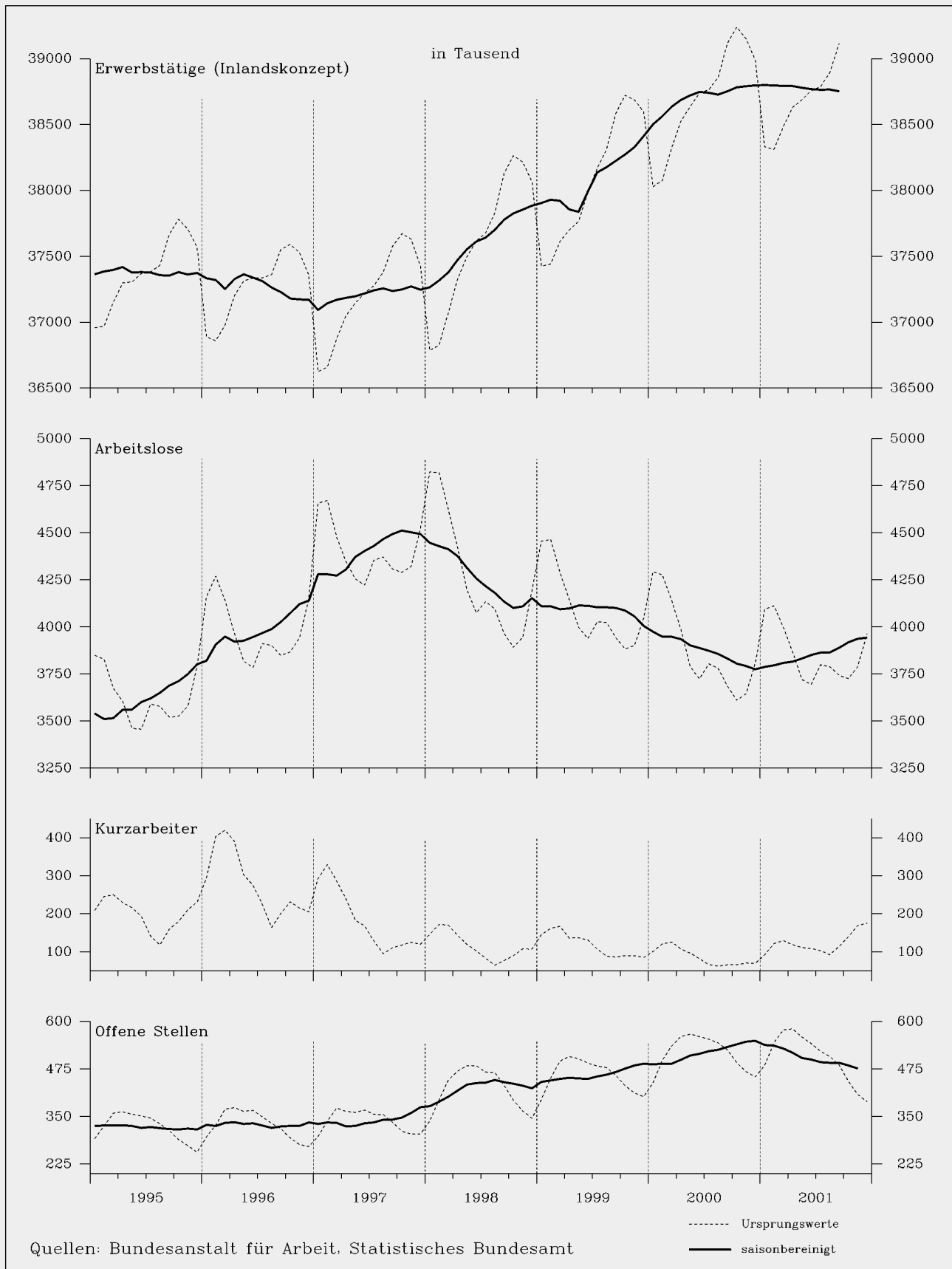
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 342	2 360	2 454	2 413	2 468	2 584
Zugänge an Arbeitslosen	401	393	397	390	409	409
Abgänge an Arbeitslosen	441	375	303	399	354	293
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,1	7,2	7,4	7,2	7,4	7,7
Kurzarbeiter	48	52	53	114	142	147
Offene Stellen	432	413	405	380	348	334
	Veränderungen in 1.000 ³					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2 0 0 1					
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 9	+ 55	+ 116	+ 70	+ 108	+ 130
Zugänge an Arbeitslosen	- 4	+ 19	0	- 11	+ 16	+ 12
Abgänge an Arbeitslosen	- 19	- 46	- 61	- 42	- 21	- 11
Kurzarbeiter	+ 24	+ 28	+ 5	+ 66	+ 89	+ 94
Offene Stellen	- 37	- 31	- 14	- 53	- 65	- 71
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴					
	2 0 0 1					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 488	2 495	2 510	2 522	2 542	2 553
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,4	7,4	7,5	7,5	7,6	7,6
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)					
	2 0 0 1					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 11	+ 7	+ 15	+ 12	+ 20	+ 11
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet



2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 268	1 285	1 355	1 313	1 321	1 380
Zugänge an Arbeitslosen	186	187	206	164	175	192
Abgänge an Arbeitslosen	220	170	136	172	167	134
Arbeitslosenquote (in % ²)	16,1	16,3	17,2	16,8	16,9	17,6
Kurzarbeiter	18	18	17	26	28	29
Offene Stellen	59	54	50	63	59	55
	Veränderungen in 1.000 ³					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2 0 0 1					
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 8	+ 8	+ 58	+ 44	+ 36	+ 24
Zugänge an Arbeitslosen	- 21	+ 12	+ 17	- 22	- 12	- 13
Abgänge an Arbeitslosen	- 34	- 5	- 33	- 48	- 4	- 1
Kurzarbeiter	+ 2	+ 2	+ 1	+ 9	+ 9	+ 12
Offene Stellen	- 5	- 4	- 4	+ 4	+ 5	+ 6
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴					
	2 0 0 1					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 375	1 370	1 379	1 396	1 395	1 390
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,5	17,5	17,6	17,8	17,8	17,7
Offene Stellen	66	65	67	67	69	71
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)					
	2 0 0 1					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 1	- 5	+ 9	+ 17	- 1	- 5
Offene Stellen	0	- 1	+ 2	0	+ 2	+ 2

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 1				
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./ Nov. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 2,0	- 1,5	- 1,2	- 1,8	- 2,8
Industrie ³	+ 1,9	- 1,5	- 1,6	- 1,6	- 3,1
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,7	- 1,1	- 0,3	- 0,8	- 1,3
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,6	- 0,5	- 2,6	- 2,3	- 4,0
- Konsumgüterproduzenten	+ 3,3	- 4,1	- 1,8	- 2,2	- 5,0
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,6	- 8,2	- 4,3	- 1,6	- 9,2
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,0	- 3,1	- 1,2	- 2,3	- 3,9
Energie ⁴	+ 1,5	- 0,6	- 2,3	- 1,9	- 3,5
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 1,2	- 2,0	+ 5,4	- 3,5	+ 2,6
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 1				
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.- Nov. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,9	- 2,3	- 3,3	- 4,8	- 0,3
Industrie ³	+ 0,3	- 1,6	- 3,3	- 4,5	+ 1,1
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,7	- 2,3	- 3,4	- 4,8	0
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,6	- 0,5	- 2,0	- 3,8	+ 3,2
- Konsumgüterproduzenten	+ 1,6	- 2,5	- 5,2	- 5,7	- 0,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,1	- 1,8	- 8,4	- 5,3	+ 0,8
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,6	- 2,6	- 4,3	- 5,8	- 1,0
Energie ⁴	- 1,4	- 1,5	- 2,9	- 3,7	- 3,3
Bauhauptgewerbe ⁵	- 10,4	- 9,0	- 3,1	- 9,4	- 10,8
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollausslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2000	2001			
	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

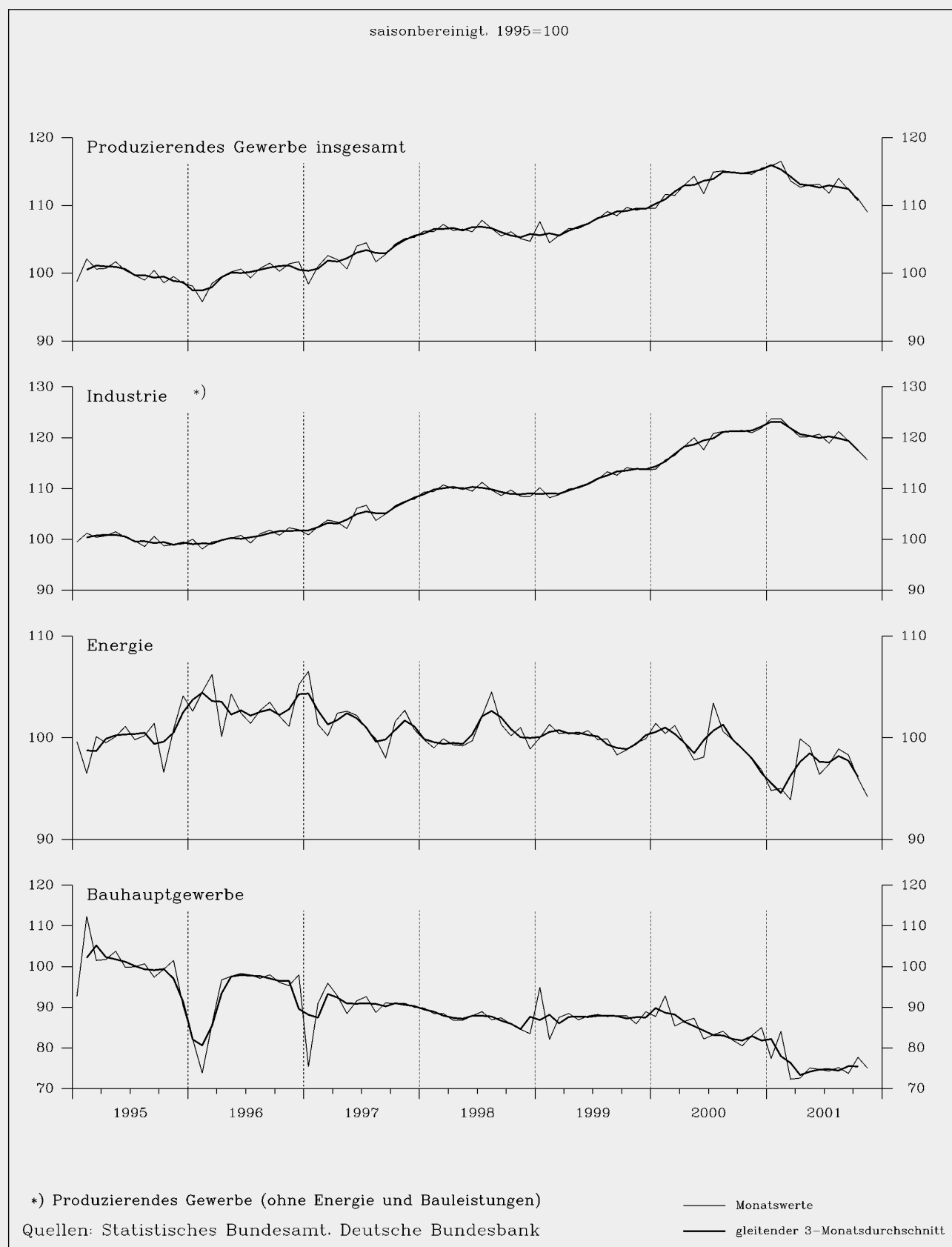
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 1				
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./ Nov. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 1,7	- 1,3	- 1,3	- 1,8	- 2,8
Industrie ³	+ 1,7	- 1,3	- 1,7	- 1,7	- 3,1
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,4	- 1,0	- 0,4	- 0,6	- 1,2
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,6	- 0,4	- 2,8	- 2,5	- 4,2
- Konsumgüterproduzenten	+ 2,8	- 3,6	- 2,0	- 2,0	- 4,8
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,0	- 8,0	- 4,7	- 0,7	- 8,9
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,5	- 2,4	- 1,3	- 2,4	- 3,7
Energie ⁴	+ 1,5	- 0,6	- 2,3	- 1,9	- 3,6
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 0,9	- 2,0	+ 5,5	- 3,5	+ 2,6
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 1				
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.- Nov. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,2	- 2,4	- 3,5	- 5,0	- 0,4
Industrie ³	- 0,5	- 2,0	- 3,6	- 4,8	+ 0,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,5	- 2,6	- 3,7	- 4,9	- 0,3
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,1	- 0,9	- 2,4	- 4,1	+ 3,0
- Konsumgüterproduzenten	+ 0,9	- 2,9	- 5,7	- 5,8	- 1,2
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,8	- 2,0	- 9,3	- 5,0	+ 0,2
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,2	- 3,1	- 4,7	- 5,9	- 1,5
Energie ⁴	- 1,7	- 1,7	- 3,1	- 4,0	- 3,6
Bauhauptgewerbe ⁵	- 9,2	- 7,5	- 2,0	- 8,5	- 9,4
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollausslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe⁸	87,7	87,8	87,0	85,6	84,6
	2000	2001			
	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	62,0	60,8	58,8	59,2	59,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

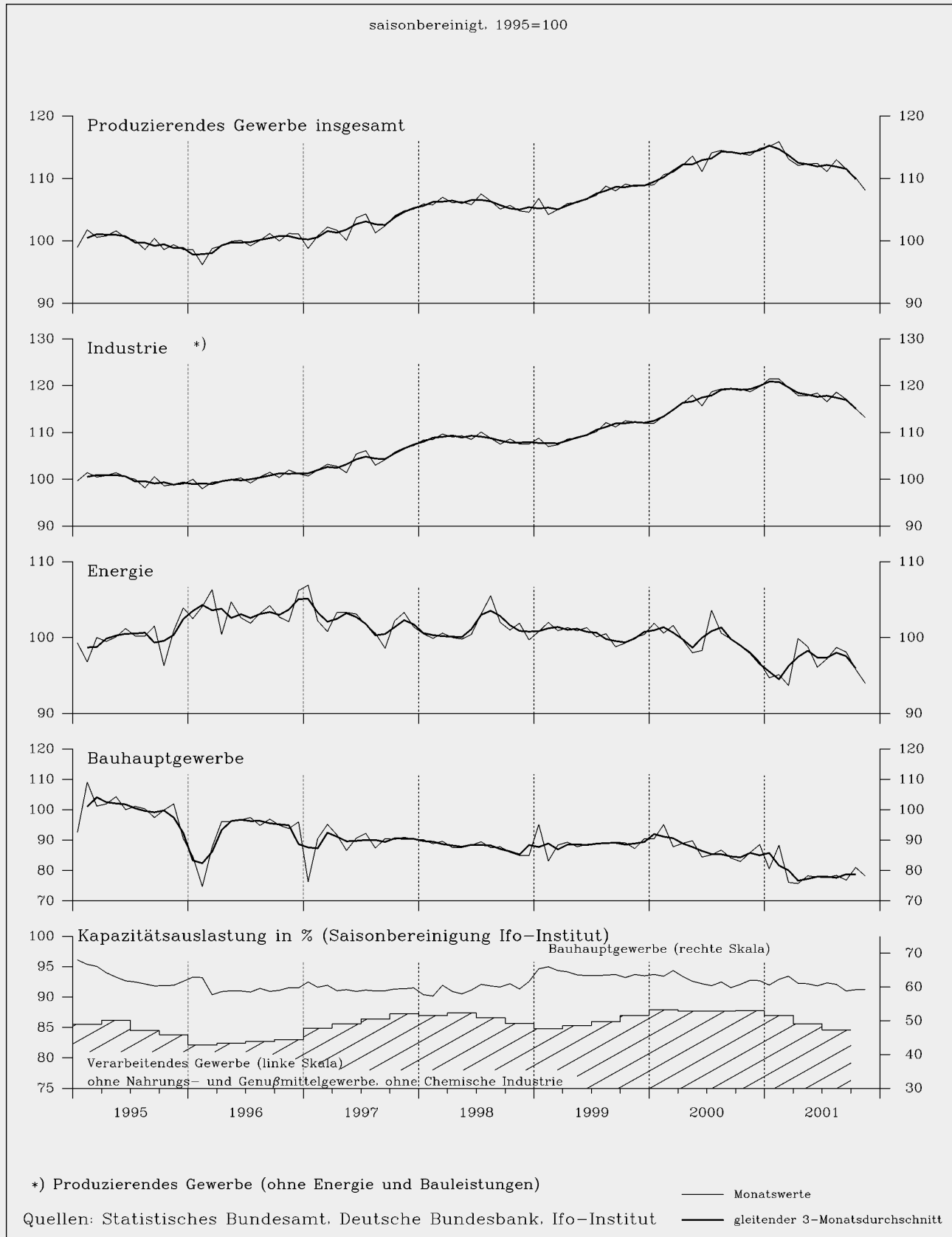
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 1				
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./Nov. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 4,2	- 3,4	+ 0,7	- 2,1	- 2,1
Industrie ³	+ 4,9	- 4,2	- 0,1	- 1,6	- 3,0
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,2	- 2,6	- 0,8	- 1,9	- 3,0
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,6	- 2,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5
- Konsumgüterproduzenten	+ 8,4	- 8,5	- 0,2	- 3,8	- 6,5
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 16,6	- 10,0	- 0,2	- 11,5	- 10,9
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 6,9	- 8,2	- 0,1	- 2,4	- 5,6
Energie ⁴	+ 2,1	- 1,2	- 2,3	- 1,4	- 3,6
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 2,4	- 1,9	+ 5,8	- 4,1	+ 2,7
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 1				
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.-Nov. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 2,4	- 1,1	- 0,7	- 4,1	0
Industrie ³	+ 8,2	+ 3,0	+ 1,4	- 2,1	+ 4,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,9	+ 1,9	+ 0,2	- 3,3	+ 3,9
- Investitionsgüterproduzenten	+ 10,3	+ 6,3	+ 4,7	+ 2,1	+ 6,9
- Konsumgüterproduzenten	+ 8,4	+ 1,5	+ 0,1	- 4,7	+ 4,2
. Gebrauchsgüterproduzenten	+ 10,9	+ 0,3	+ 5,2	- 9,4	+ 9,6
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 8,0	+ 1,8	- 0,8	- 3,8	+ 3,2
Energie ⁴	+ 0,9	+ 0,2	- 1,9	- 1,1	- 0,5
Bauhauptgewerbe ⁵	- 15,0	- 15,3	- 7,5	- 13,2	- 16,3
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollausslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	85,0	84,3	82,8	82,4	81,2
	2000	2001			
	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	63,6	65,3	66,8	66,1	66,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

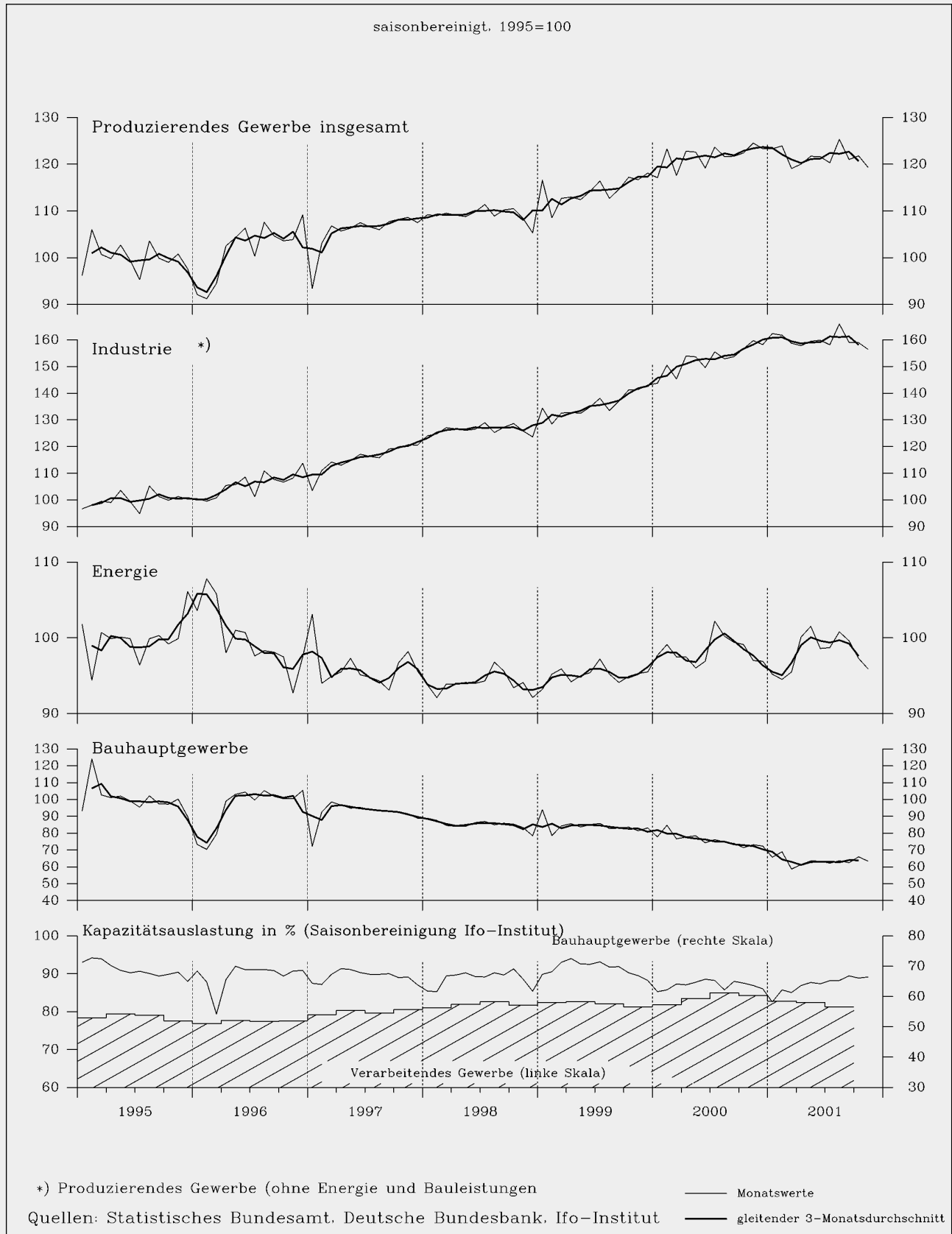
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./Nov. ^p	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./Nov. ^p
Industrie insgesamt ³	- 4,2	- 0,5	+ 0,6	- 2,3	- 4,1	- 0,4	+ 0,9	- 2,1
Inland	- 3,5	- 1,3	- 0,7	- 3,3	- 3,3	- 1,4	- 0,4	- 3,2
Ausland	- 5,0	+ 0,7	+ 2,0	- 0,9	- 5,0	+ 0,7	+ 2,2	- 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,1	+ 0,1	- 1,2	- 2,5	- 3,9	+ 0,3	- 1,0	- 2,2
Inland	- 1,0	- 2,8	- 1,0	- 3,7	- 0,7	- 2,6	- 0,9	- 3,4
Ausland	- 9,1	+ 4,9	- 1,3	- 0,7	- 8,7	+ 4,9	- 0,9	- 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 3,8	- 2,2	+ 1,9	- 3,1	- 3,5	- 2,4	+ 2,3	- 3,1
Inland	- 6,0	- 1,0	- 0,8	- 4,4	- 5,7	- 1,2	- 0,5	- 4,2
Ausland	- 1,5	- 3,4	+ 4,4	- 2,0	- 1,6	- 3,6	+ 4,8	- 2,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 6,1	+ 5,5	+ 0,4	+ 2,4	- 6,1	+ 5,2	+ 0,3	+ 2,1
Inland	- 3,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,7	- 3,4	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,4
Ausland	- 11,4	+ 13,1	- 1,2	+ 5,7	- 11,5	+ 12,9	- 1,3	+ 5,3
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.-Nov. ^p	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.-Nov. ^p
Industrie insgesamt ³	- 9,4	- 5,8	- 8,7	- 1,2	- 9,8	- 6,1	- 8,7	- 2,4
Inland	- 8,2	- 3,8	- 8,6	- 2,1	- 8,7	- 4,3	- 8,7	- 3,2
Ausland	- 10,9	- 8,0	- 8,8	- 0,2	- 11,2	- 8,2	- 8,7	- 1,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 13,3	- 7,1	- 10,1	- 3,5	- 12,5	- 5,7	- 8,6	- 4,6
Inland	- 9,3	- 5,8	- 10,0	- 3,0	- 8,7	- 4,7	- 8,7	- 4,1
Ausland	- 19,1	- 9,2	- 10,4	- 4,3	- 18,3	- 7,5	- 8,3	- 5,5
Investitionsgüterproduzenten	- 7,2	- 6,7	- 9,5	- 0,3	- 8,1	- 8,2	- 10,5	- 1,4
Inland	- 7,4	- 3,6	- 9,6	- 2,1	- 8,6	- 5,5	- 10,7	- 3,0
Ausland	- 6,8	- 9,4	- 9,5	+ 1,4	- 7,7	- 10,5	- 10,2	+ 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,6	- 0,2	- 5,9	0	- 6,9	- 1,5	- 7,2	- 1,5
Inland	- 7,7	0	- 5,4	- 0,7	- 9,1	- 1,5	- 6,6	- 2,4
Ausland	- 0,8	- 0,6	- 7,1	+ 1,6	- 2,1	- 1,7	- 8,4	+ 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	- 7,0	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,0	- 8,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,6
Inland	- 7,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,2	- 8,4	+ 0,4	- 0,3	- 1,4
Ausland	- 6,7	+ 10,6	+ 9,8	+ 9,0	- 7,2	+ 10,2	+ 9,0	+ 7,8
Nachrichtlich: Konsumgüterproduzenten ⁴	- 6,2	+ 1,8	- 2,4	+ 1,2	- 7,3	+ 0,4	- 3,6	- 0,3
Inland	- 7,3	+ 0,9	- 2,6	- 0,3	- 8,8	- 0,7	- 4,1	- 2,0
Ausland	- 3,0	+ 3,0	- 2,2	+ 4,0	- 3,9	+ 1,9	- 3,4	+ 2,8
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	1999	2000				2001		
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

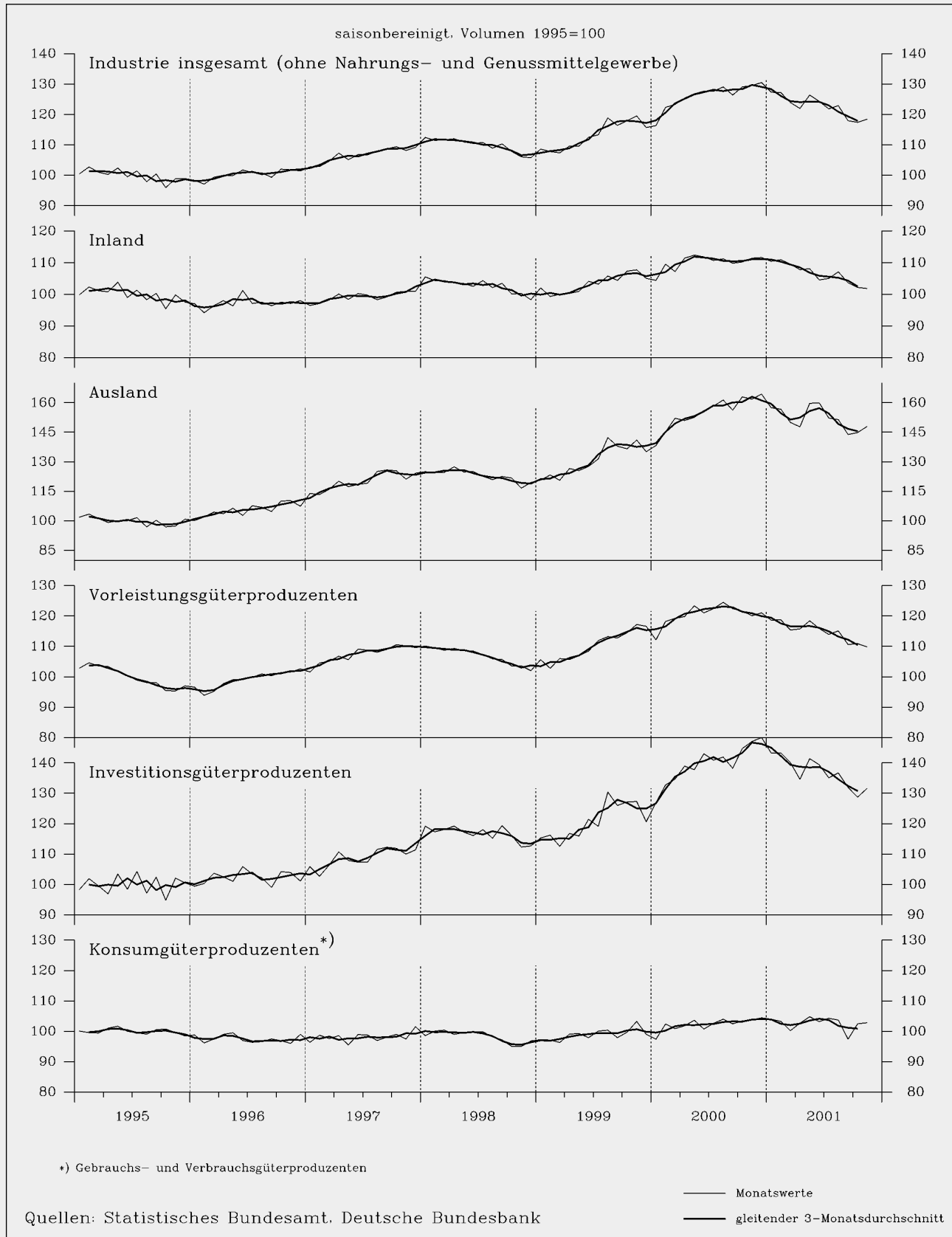
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./ Nov. ^p	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Okt./ Nov. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 5,0	+ 0,5	+ 1,1	- 1,5	- 4,8	+ 0,4	+ 1,1	- 1,4
Inland	- 4,1	- 0,9	- 0,1	- 2,9	- 3,9	- 0,9	0	- 2,9
Ausland	- 6,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 0,3	- 6,1	+ 2,3	+ 2,7	+ 0,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,3	+ 0,2	- 0,7	- 2,4	- 4,0	+ 0,3	- 0,6	- 2,0
Investitionsgüterproduzenten	- 5,3	- 0,5	+ 2,8	- 1,9	- 5,2	- 0,7	+ 2,9	- 2,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 6,0	+ 5,7	+ 0,7	+ 2,8	- 6,2	+ 5,7	+ 0,4	+ 2,4
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 7,3	- 11,1	- 5,9	- 10,7	+ 7,4	- 10,8	- 5,8	- 10,3
Inland	+ 2,8	- 4,5	- 5,3	- 5,8	+ 3,0	- 4,5	- 5,1	- 5,5
Ausland	+ 16,9	- 23,1	- 7,7	- 20,3	+ 17,1	- 22,9	- 7,6	- 20,0
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,5	- 0,3	- 4,9	- 4,0	- 2,1	- 0,5	- 4,5	- 3,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 21,3	- 22,8	- 7,8	- 18,7	+ 21,5	- 22,4	- 7,9	- 18,2
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 5,1	+ 0,2	- 3,7	- 4,3	- 4,7	0	- 3,9	- 4,3
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.- Nov. ^p	Sept.	Okt.	Nov. ^p	Jan.- Nov. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 10,8	- 6,4	- 8,8	- 1,8	- 11,2	- 6,7	- 8,7	- 3,0
Inland	- 9,2	- 4,3	- 8,9	- 2,7	- 9,7	- 4,9	- 9,0	- 3,7
Ausland	- 12,7	- 8,7	- 8,5	- 0,8	- 13,1	- 8,7	- 8,4	- 2,0
Vorleistungsgüterproduzenten	- 14,3	- 8,1	- 10,7	- 4,3	- 13,6	- 6,8	- 9,1	- 5,5
Investitionsgüterproduzenten	- 9,2	- 7,3	- 9,3	- 0,7	- 10,1	- 8,6	- 10,2	- 1,7
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,6	+ 0,2	- 5,4	- 0,1	- 6,9	- 1,2	- 6,7	- 1,7
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	- 7,5	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,6	- 8,6	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,2
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 6,3	+ 1,7	- 2,0	+ 1,0	- 7,6	+ 0,5	- 3,3	- 0,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 11,1	+ 3,3	- 7,8	+ 6,6	+ 10,3	+ 3,1	- 7,9	+ 5,1
Inland	+ 2,4	+ 2,2	- 4,9	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,8	- 5,4	+ 1,8
Ausland	+ 33,3	+ 6,1	- 13,8	+ 15,1	+ 32,4	+ 6,5	- 13,6	+ 13,6
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,0	+ 3,6	- 4,2	+ 6,3	- 0,2	+ 5,1	- 2,5	+ 5,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 29,7	+ 2,6	- 12,3	+ 6,9	+ 27,2	+ 0,7	- 14,0	+ 5,2
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,7	- 4,5	- 11,3	+ 1,4	- 7,7	- 6,1	- 12,9	- 0,5
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 4,2	+ 12,4	+ 2,9	+ 10,9	+ 2,5	+ 10,5	+ 1,4	+ 8,9
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 1,9	+ 1,6	- 6,1	+ 4,9	- 3,7	- 0,1	- 7,7	+ 3,0
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	1999	2000				2001		
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{7b}	2,8	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,2	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,4	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,7	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1,8	2,2	1,8	2,0	1,9	2,0	2,3	1,8
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,6	3,8	3,5	4,1	4,0	4,4	4,2	3,6
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

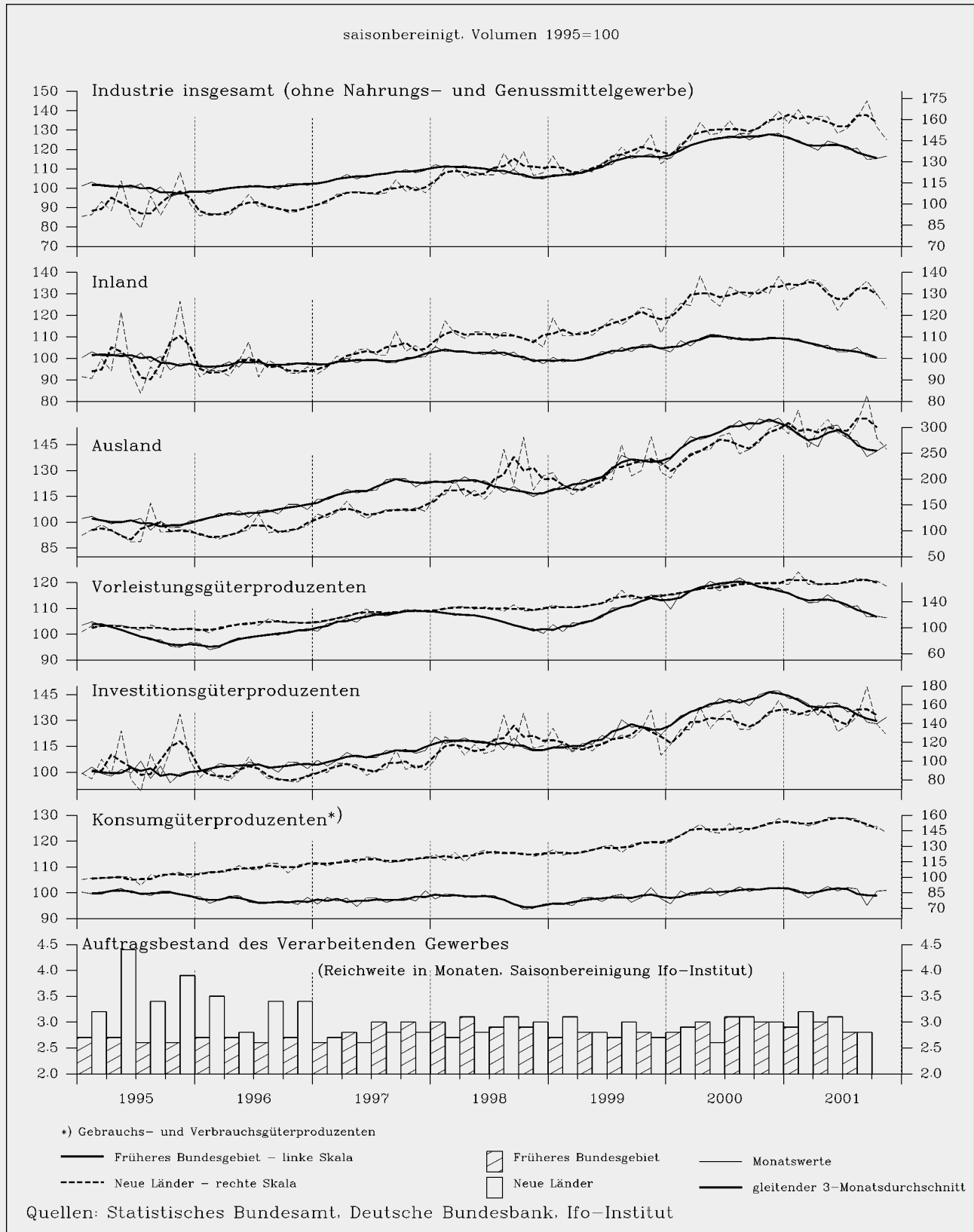
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Aug.	Sept.	Okt.	Sept./ Okt.	Aug.	Sept. ^P	Okt. ^P	Sept./ Okt. ^P
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 3,5	- 5,2	+ 1,0	- 3,0	+ 3,5	- 5,1	+ 0,8	- 3,1
Hochbau	+ 2,1	- 2,5	- 1,1	- 2,0	+ 2,3	- 2,5	- 1,4	- 2,1
Wohnungsbau	+ 3,0	- 0,2	- 1,5	+ 0,4	+ 2,8	- 0,2	- 1,1	+ 0,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 1,5	- 3,6	- 1,0	- 3,3	+ 2,0	- 3,7	- 1,5	- 3,4
- Gewerblicher Hochbau	+ 3,8	- 4,1	- 9,9	- 7,1
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 7,3	- 1,8	+ 38,0	+ 12,6
Tiefbau	+ 5,2	- 8,4	+ 3,8	- 4,3	+ 5,1	- 8,5	+ 3,9	- 4,4
Straßenbau	+ 7,4	- 5,8	+ 0,4	- 2,3	+ 7,3	- 5,9	+ 0,5	- 2,2
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 3,8	- 9,8	+ 5,8	- 5,5	+ 4,0	- 10,0	+ 5,8	- 5,6
- Gewerblicher Tiefbau	- 1,7	- 3,4	+ 11,3	+ 1,2
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	+ 9,0	- 15,1	+ 0,6	- 11,2
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Aug.	Sept.	Okt.	Jan.- Okt.	Aug.	Sept. ^P	Okt. ^P	Jan.- Okt. ^P
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 2,0	- 8,7	- 4,0	- 4,9	+ 2,5	- 8,1	- 3,4	- 4,6
Hochbau	+ 0,2	- 12,4	- 5,9	- 7,3	+ 1,0	- 11,4	- 5,2	- 6,6
Wohnungsbau	- 17,2	- 13,6	- 15,4	- 16,4	- 16,3	- 12,6	- 14,6	- 15,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 12,4	- 11,6	0,0	- 1,4	+ 13,4	- 10,8	+ 0,9	- 0,7
- Gewerblicher Hochbau	+ 17,0	- 12,3	- 7,9	- 1,3
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 3,9	- 8,5	+ 28,4	- 1,3
Tiefbau	+ 4,2	- 3,7	- 1,9	- 1,5	+ 4,2	- 3,5	- 1,3	- 1,7
Straßenbau	+ 6,9	- 2,6	+ 7,9	+ 0,2	+ 6,6	- 2,7	+ 8,0	- 0,8
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 2,4	- 4,4	- 6,3	- 2,4	+ 2,8	- 3,9	- 5,8	- 2,2
- Gewerblicher Tiefbau	- 3,2	- 5,4	+ 4,9	- 5,4
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	+ 7,5	- 3,5	- 15,1	+ 0,1
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000				2001			
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

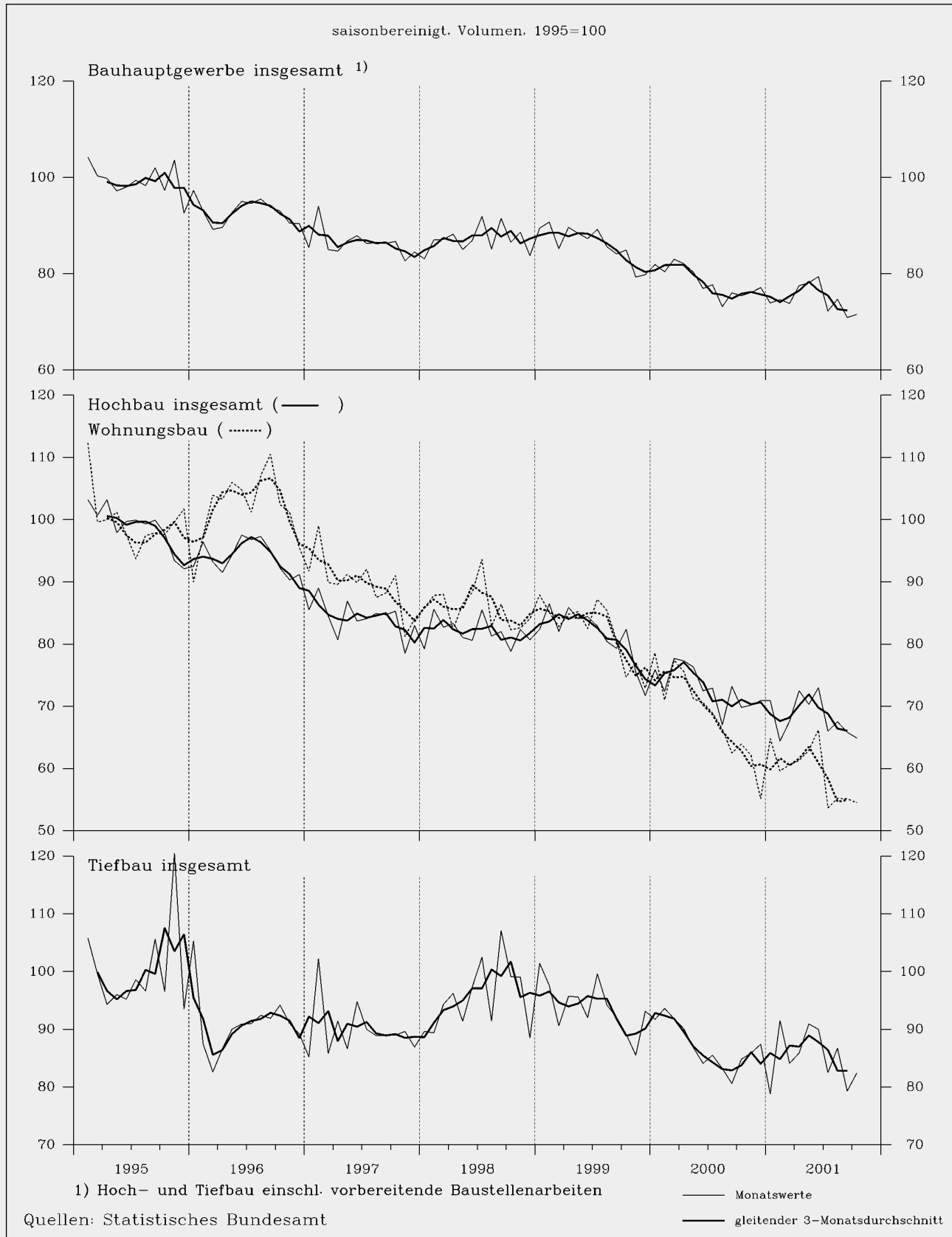
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Aug.	Sept.	Okt.	Sept./ Okt.	Aug.	Sept. ^p	Okt. ^p	Sept./ Okt. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 3,9	- 3,2	- 0,3	- 1,4	+ 4,2	- 3,3	- 0,4	- 1,4
Hochbau	+ 1,2	+ 0,5	- 2,4	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7	- 2,6	0
Wohnungsbau	+ 1,5	+ 2,3	- 5,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,4	- 5,5	+ 0,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 1,1	- 0,4	- 0,7	- 0,2	+ 1,3	- 0,2	- 1,2	- 0,2
Tiefbau	+ 7,9	- 8,4	+ 3,0	- 3,5	+ 8,2	- 8,6	+ 3,0	- 3,5
Straßenbau	+ 9,1	- 5,0	- 1,5	- 1,6	+ 9,0	- 4,9	- 1,7	- 1,6
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 7,4	- 10,2	+ 5,5	- 4,4	+ 7,7	- 10,3	+ 5,5	- 4,4
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 1,5	- 11,4	+ 5,3	- 8,3	+ 1,7	- 11,4	+ 5,5	- 8,1
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Aug.	Sept.	Okt.	Jan.- Okt.	Aug.	Sept. ^p	Okt. ^p	Jan.- Okt. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 6,6	- 7,2	- 3,3	- 1,8	+ 6,8	- 6,8	- 3,1	- 1,8
Hochbau	+ 4,6	- 9,8	- 5,2	- 3,5	+ 5,2	- 9,2	- 4,8	- 3,2
Wohnungsbau	- 14,6	- 10,7	- 17,7	- 11,2	- 13,9	- 10,0	- 17,1	- 10,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 17,6	- 9,2	+ 2,8	+ 1,3	+ 18,2	- 8,8	+ 3,2	+ 1,7
Tiefbau	+ 9,0	- 3,2	- 0,7	+ 0,7	+ 8,9	- 3,3	- 0,7	+ 0,2
Straßenbau	+ 14,8	0,0	+ 11,0	+ 0,7	+ 13,8	- 0,6	+ 10,6	- 0,7
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 5,8	- 5,1	- 5,7	+ 0,6	+ 6,2	- 4,8	- 5,4	+ 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 10,7	- 13,9	- 6,8	- 14,7	- 9,4	- 12,7	- 5,3	- 13,4
Hochbau	- 14,2	- 22,8	- 9,0	- 21,0	- 12,6	- 21,2	- 7,2	- 19,4
Wohnungsbau	- 25,5	- 23,4	- 4,4	- 31,6	- 24,1	- 21,9	- 2,6	- 30,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 5,4	- 22,2	- 11,6	- 12,0	- 3,7	- 20,8	- 9,8	- 10,2
Tiefbau	- 7,3	- 5,1	- 5,1	- 7,5	- 6,3	- 4,0	- 3,9	- 6,5
Straßenbau	- 8,9	- 8,6	+ 0,6	- 1,4	- 8,3	- 7,8	+ 1,7	- 0,9
Tiefbau ohne Straßenbau	- 6,1	- 2,5	- 8,5	- 11,1	- 4,9	- 1,4	- 7,2	- 9,8

Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000				2001			
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,7	2,6	2,7	2,5	2,8	2,7	2,4	2,5
Hochbau	2,5	2,5	2,6	2,5	2,8	2,7	2,3	2,5
Tiefbau	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8	2,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	2,0	1,8	1,9	1,7	2,0	2,0	2,0	1,9
Hochbau	2,0	1,6	1,9	1,7	2,0	2,0	2,0	2,1
Tiefbau	1,9	2,1	1,9	1,8	1,9	2,1	2,0	1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

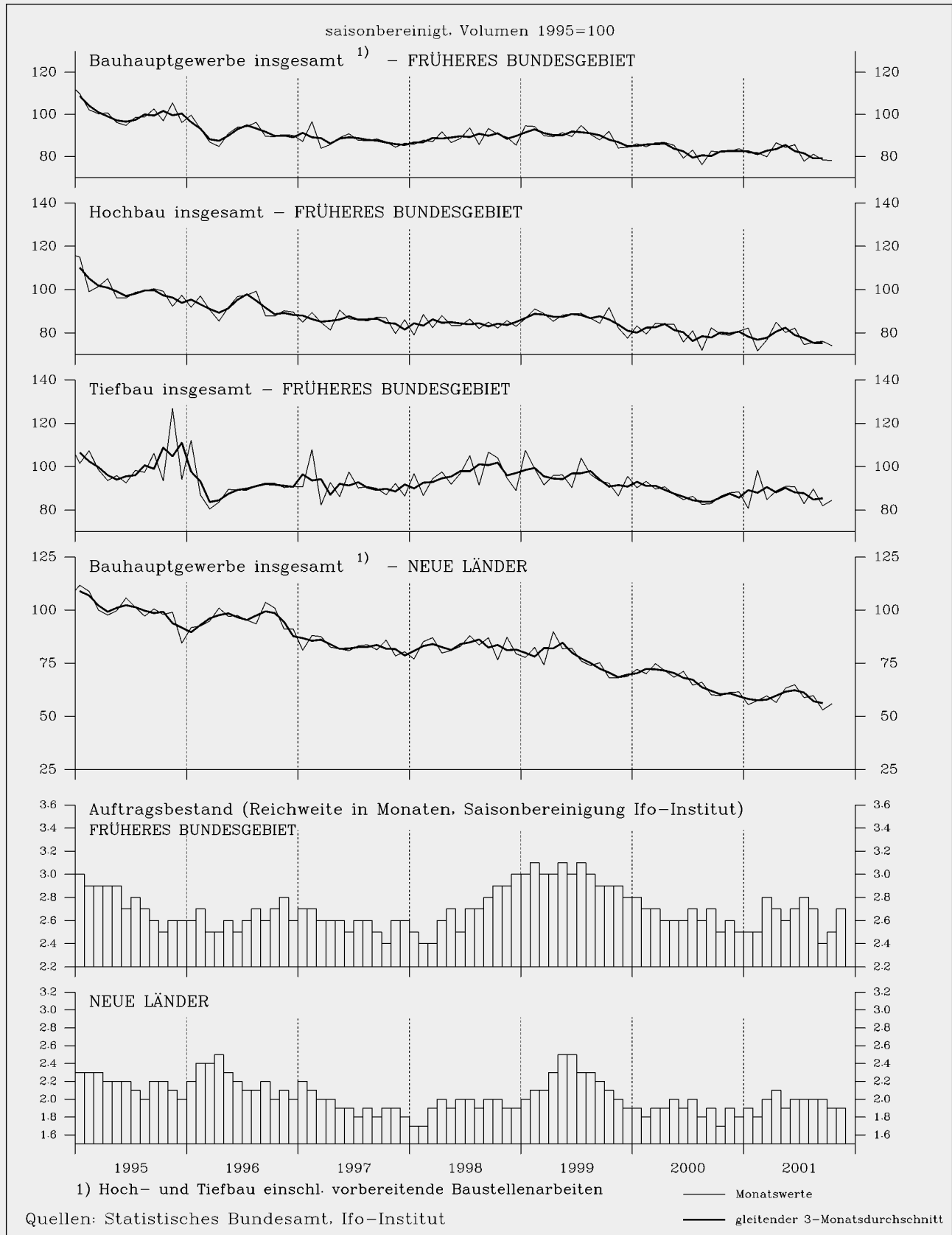
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Sept.	Okt.	Nov.	Okt./ Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Okt./ Nov.
Einzelhandel insgesamt	+ 0,5	- 2,4	+ 1,1	- 1,6	+ 0,3	- 2,2	+ 1,1	- 1,5
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 0,5	- 3,2	+ 2,0	- 2,4	- 0,6	- 3,0	+ 2,0	- 2,3
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2 0 0 1							
	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.- Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.- Nov.
Einzelhandel (EH) insgesamt	- 0,2	+ 4,3	+ 1,8	+ 2,2	- 1,3	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,6
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 0,7	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,2	- 1,8	+ 1,0	- 0,4	+ 0,3
EH mit Waren verschiedener Art ^{3 4}	+ 1,9	+ 5,8	+ 5,9	+ 4,5	- 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,6
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 2,5	+ 7,5	+ 8,8	+ 5,6	- 1,3	+ 3,5	+ 5,2	+ 2,5
Sonstige Waren verschiedener Art	- 1,4	- 4,3	- 8,6	- 2,4	- 2,4	- 5,5	- 9,9	- 3,3
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 6,4	+ 2,1	- 1,4	- 0,1	- 9,9	- 1,6	- 4,6	- 3,2
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,8	+ 6,7	+ 1,7	+ 4,5	+ 2,1	+ 5,5
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 1,8	- 1,9	- 5,1	- 1,8	- 2,5	- 2,6	- 6,1	- 2,6
darunter: Bekleidung	+ 6,2	- 4,6	- 0,4	- 0,5	+ 5,8	- 5,1	- 1,1	- 0,9
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 4,8	0	- 5,2	- 1,4	- 6,6	- 1,8	- 6,9	- 2,9
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 7,3	- 3,6	- 5,5	- 5,2	- 6,0	- 2,3	- 4,1	- 4,0
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 7,8	+ 0,7	- 1,4	- 3,6	- 8,3	+ 0,3	- 2,0	- 4,1
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 5,1	- 0,7	- 6,9	- 1,8	- 5,1	- 1,1	- 7,3	- 2,4
Antiquitäten und Gebrauchsgüter ³	+ 14,5	- 16,1	- 17,8	+ 0,3	+ 13,8	- 16,7	- 18,6	- 0,4
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 8,4	- 0,2	- 3,0	+ 1,6	- 3,0	+ 6,0	+ 4,7	+ 1,1
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	+ 1,8	+ 11,4	+ 5,6	+ 2,7	+ 0,7	+ 9,8	+ 4,4	+ 1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Warensortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

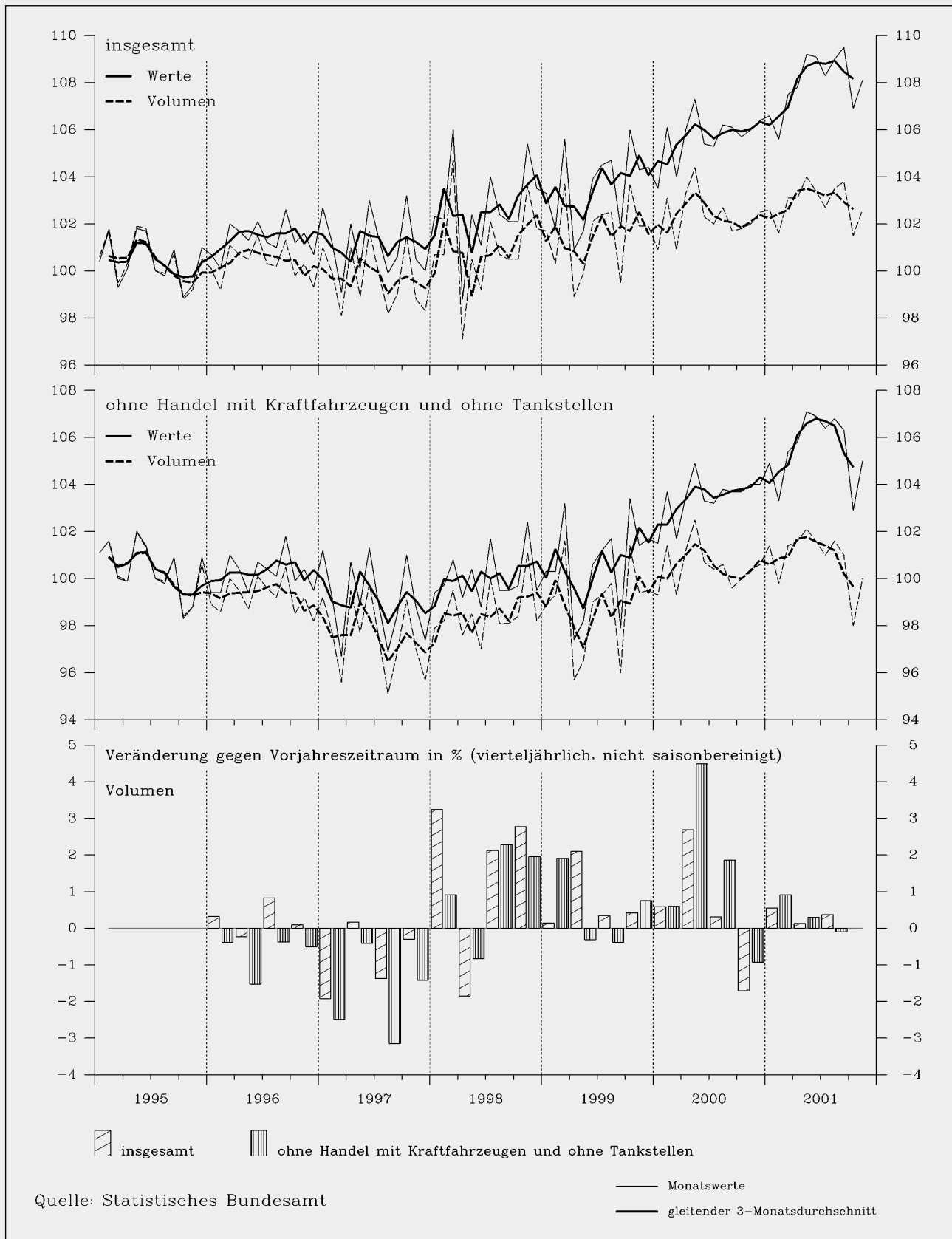
⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



5. Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. DM					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Okt.	Nov.	Jan.- Nov.	Okt.	Nov.	Jan.- Nov.
Einfuhr	97,8	101,9	958,3	94,3	94,8	998,5
Ausfuhr	111,1	111,2	1070,7	111,9	106,3	1150,8
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 13,3	+ 9,3	+112,4	+ 17,6	+ 11,5	+152,3
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 1,7	- 0,7	- 10,5	- 0,5	- 1,2	- 11,2
Dienstleistungen	- 8,5	- 6,1	- 81,5	- 6,9	- 6,5	- 87,1
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 1,9	- 1,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,8	- 2,6
laufenden Übertragungen	- 5,8	- 5,6	- 48,8	- 5,4	- 5,3	- 48,7
Leistungsbilanz	- 0,9	- 4,2	- 27,1	+ 9,1	+ 0,3	+ 2,8
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹					
	2 0 0 1					
	2.Vj.	3.Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.- Nov.
	in Mrd. DM					
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 6,4	+ 20,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 2,1	+ 39,9
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 1,2	- 0,6	- 0,6
Dienstleistungen	+ 0,8	- 2,4	- 0,5	+ 1,6	- 0,4	- 5,6
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 6,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,9	- 3,8
laufenden Übertragungen	- 2,1	+ 1,2	- 1,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1
Leistungsbilanz	- 2,0	+ 19,3	+ 2,7	+ 10,0	+ 4,4	+ 29,9
	in %					
Einfuhr	+ 7,9	+ 0,1	- 3,5	- 3,6	- 7,0	+ 4,2
Ausfuhr	+ 9,3	+ 7,2	+ 1,3	+ 0,7	- 4,5	+ 7,5
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)					
	2 0 0 1					
	Werte			Volumen ³		
	Okt.	Nov.	Okt. / Nov.	Aug.	Sept.	Aug. / Sept.
Einfuhr	- 2,8	+ 1,9	- 1,0	0	+ 1,6	- 0,2
Ausfuhr	+ 0,3	- 5,1	- 4,5	+ 4,5	- 2,6	+ 3,7

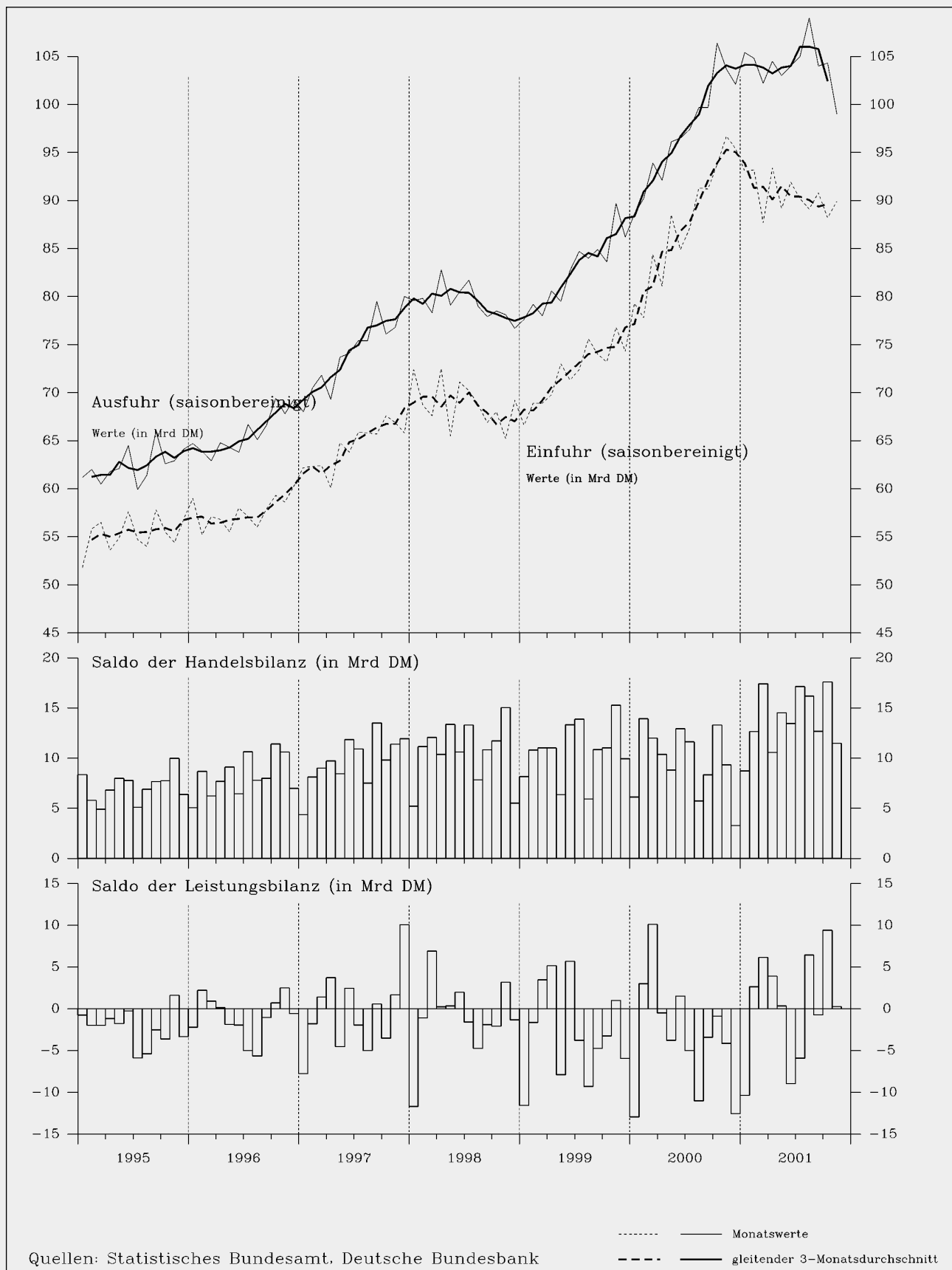
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

5. Außenwirtschaft



6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 1					
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾						
Insgesamt	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7
Waren	- 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2
- Verbrauchsgüter	- 0,8	- 0,7	0	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,5
darunter:						
Nahrungsmittel	+ 0,1	- 0,6	+ 0,6	+ 6,6	+ 5,4	+ 5,3
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	+ 0,2	- 2,7	+ 2,2	+ 8,4	+ 4,1	+ 4,0
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
- Langlebige Gebrauchsgüter	0	+ 0,1	0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Dienstleistungen	- 0,2	0	+ 0,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	- 0,9	- 0,3	.	+ 0,6	+ 0,1	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	- 1,7	- 0,7	.	- 0,7	- 1,6	.
- Energie	- 3,9	- 1,3	.	- 0,5	- 2,3	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,2	- 0,1	.	- 1,0	- 1,1	.
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	0	.	+ 1,2	+ 1,1	.
Konsumgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,2	.	+ 2,6	+ 2,2	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,2	- 0,1	.	+ 2,1	+ 1,8	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,2	.	+ 2,8	+ 2,3	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾						
Insgesamt	- 1,8	- 0,2	.	+ 1,9	+ 0,6	.
Pflanzliche Produkte	- 2,8	+ 0,3	.	+ 5,2	+ 4,0	.
Tierische Produkte	- 1,2	- 0,4	.	+ 0,4	- 0,9	.
Baupreise ³⁾	2 0 0 1					
	Mai	Aug.	Nov.	Mai	Aug.	Nov.
Wohngebäude	0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,4
Straßenbau	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 1,2	+ 0,4	- 0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt.

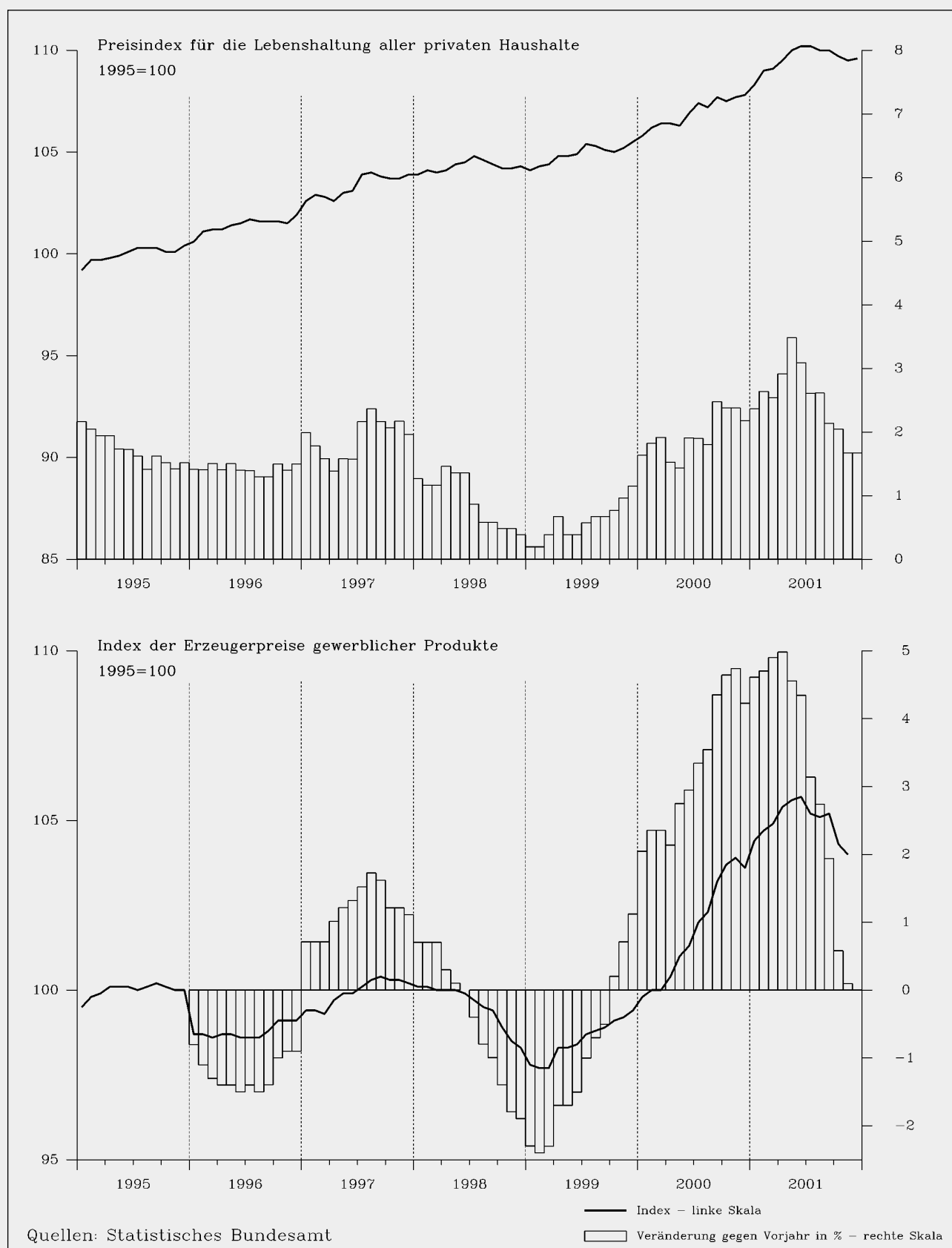
¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 1					
	Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.
Weltmarktpreise für Rohstoffe ¹⁾						
Insgesamt	- 12,1	- 6,9	- 0,8	- 25,6	- 31,9	- 21,5
- Nahrungs- und Genußmittel	- 2,4	+ 3,7	+ 1,2	- 9,5	- 3,9	- 2,5
- Industrie-Rohstoffe	- 2,5	+ 0,1	- 1,6	- 14,1	- 15,3	- 18,2
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 16,2	- 10,7	- 0,7	- 30,6	- 39,4	- 24,9
Entwicklung des Außenwertes der DM						
Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar ²⁾	- 0,6	- 2,0	.	+ 5,9	+ 3,7	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	0	- 1,4	.	+ 7,8	+ 5,5	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	- 1,6	- 0,5	.	- 5,6	- 6,6	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	- 0,4	0	.	+ 0,7	- 0,5	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 1,8	- 0,6	.	- 6,4	- 7,3	.
- Rohstoffe und Halbwaren	- 7,4	- 2,8	.	- 21,2	- 24,3	.
- Fertigwaren	- 0,1	0	.	- 1,1	- 1,1	.
Ausfuhrpreise insgesamt	- 0,3	- 0,1	.	- 0,8	- 0,9	.
Terms of Trade	+ 1,4	+ 0,5	.	+ 5,0	+ 6,1	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

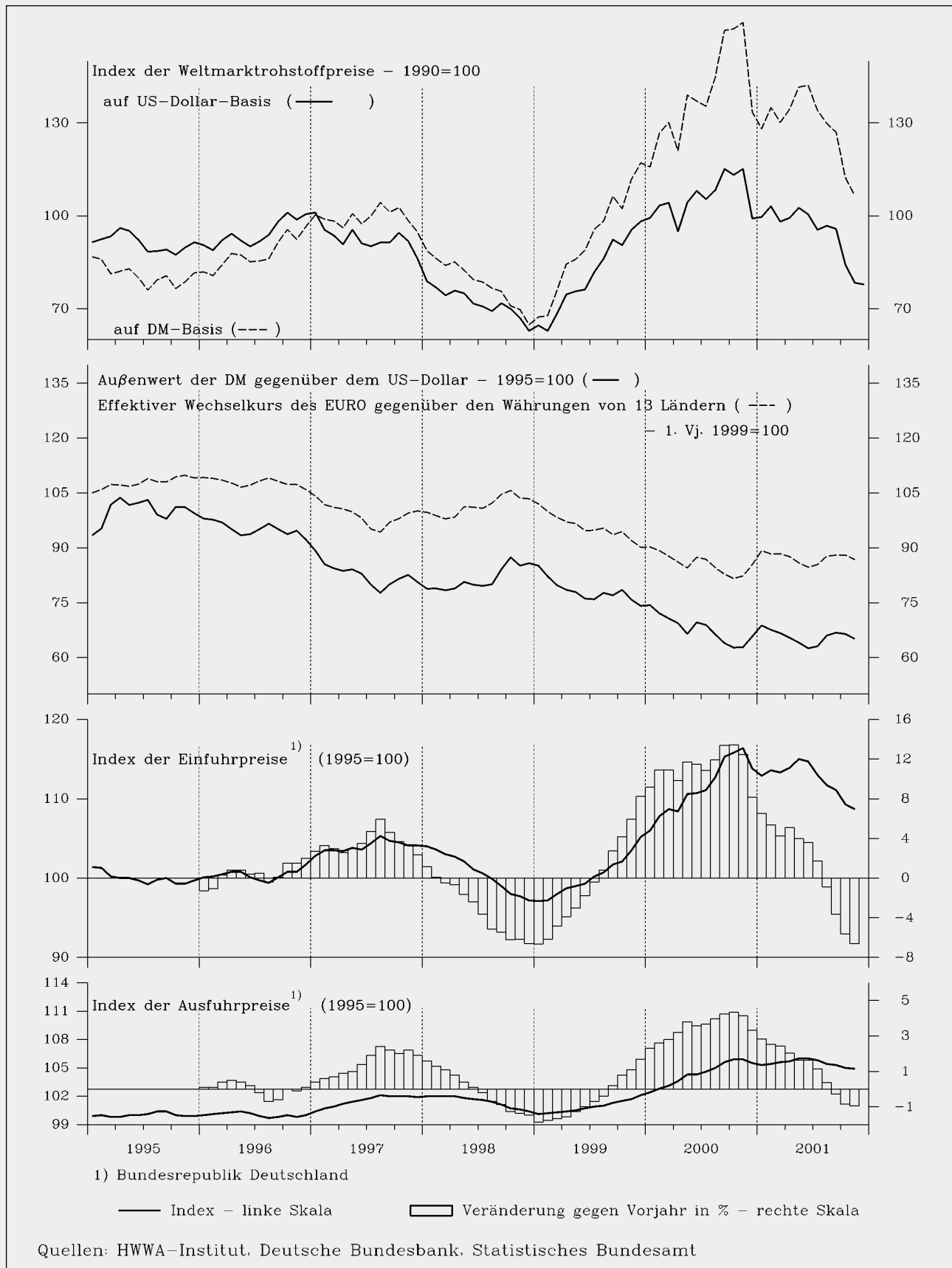
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise



7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	51,3	2,6	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	3,0	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,4	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,7	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,6	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	4,0	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	4,4	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	4,3	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	4,1	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,9	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 ⁵	38,8	0,1	51,7	3,9	7,4	0,6	0,4	1,2	20,4
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,5	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	4,1	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte Veränderung in % p. a.	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3}	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6
2001 ⁵	1,3	0,0	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1

¹ Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 ¹	6,1	3,0	29,58	- 3,42	35,1	33,7	1,4	- 0,2
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

¹ Erste vorläufige Ergebnisse.

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote unbereinigt ¹	Lohnquote bereinigt ²	Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto) ³	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 ⁴	1,4	0,1	1,9	72,7	73,4	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1. Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand 30. November 2001	Zunahme Mio. DM	Abnahme Mio. DM	Stand 31. Dezember 2001 ²
Anleihen ³	831 928	0	0	831 928
Bundessobligationen	239 779	37	0	239 816
Bundesschatzbriefe ⁴	51 601	110	88	51 622
Bundesschatzanweisungen	108 011	19 073	9 241	117 843
Unverzinsliche Schatzanweisungen	38 096	0	0	38 096
Finanzierungsschätze ⁵	3 253	145	192	3 206
Schuldscheindarlehen ⁶	90 177	1 117	3 693	87 602
Medium Term Notes Treuhand	1 870	0	0	1 870
Gesamte umlaufende Schuld⁷	1 364 714	20 481	13 214	1 371 981

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 30. November 2001	Stand 31. Dezember 2001 ²
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	226 491	258 363
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	506 079	482 458
langfristig (mehr als 4 Jahre)	632 144	631 160
Gesamte umlaufende Schuld⁷	1 364 714	1 371 981

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

³ Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

⁴ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁵ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

⁶ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblasttilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens.

⁷ Einschließlich Eigenbestände.

2. Gewährleistungen

	Soll in Mrd. DM 2001	Dezember 2001	in Mrd. DM Dezember 2000
Ausfuhr	230	200,9	207,5
Internationale Finanzinstitute	65	61,9	61,9
Kapitalanlagen	65	51,1	47,4
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	151	134,2	89,0

3. Bundeshaushalt 1997 bis 2002

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1997 Ist Mrd. DM	1998 Ist Mrd. DM	1999 Ist Mrd. DM	2000 Ist Mrd. DM	2001 Soll Mrd. DM	2001 Soll Mrd. €	2002 Soll Mrd. €
1. Ausgaben	441,9	456,9	482,8	478,0	477,0	243,9	247,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,2	- 0,2	1,5
2. Einnahmen	378,4	400,3	431,5	431,3	433,2	221,5	223,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	0,4	5,8	7,8	- 0,1	0,4	0,4	1,0
darunter:							
Steuereinnahmen	331,1	341,5	376,3	388,8	384,6	196,6	199,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 1,1	- 1,1	1,3
3. Finanzierungsdefizit	- 63,5	- 56,6	- 51,3	- 46,7	- 43,8	- 22,4	- 23,7
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits							
4. Bruttokreditaufnahme (-)	252,6	243,3	281,8	292,8	335,0	171,3	179,4
5. Tilgungen (+)	188,9	186,8	230,7	246,3	291,3	148,9	158,3
6. Nettokreditaufnahme	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 43,7	- 22,4	- 21,1
7. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 2,7
8. Finanzierungsdefizit	- 63,4	- 56,6	- 51,3	- 46,7	- 43,8	- 22,4	- 23,7
in % der Ausgaben	14,3	12,4	10,6	9,8	9,2	9,2	9,6
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben	56,4	57,1	56,0	55,1	58,0	29,7	25,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,6	5,2	5,2	- 15,8
darunter:							
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: November 2001.

4. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Soll	2002 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 836	26 653	26 963	26 517	27 002	27 132
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 647	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 498	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 149	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 355	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 527	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 829	3 922
Laufender Sachaufwand	19 469	19 719	20 432	20 822	16 926	16 069
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 593	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 654	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	7 679	7 147
Zinsausgaben	27 308	28 720	41 087	39 149	39 369	38 887
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	39 369	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	39 369	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	39 324	38 841
an Ausland	4	3	3	3	4	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	122 632	128 618	129 156	126 846	130 949	138 443
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 492	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 862	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	248	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 380	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	117 457	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 984	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	19 554	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	77 331	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	668	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 919	2 965
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	214 246	220 532
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 224	6 925	7 110	6 732	7 181	6 803
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 916	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	840	787
Grunderwerb	331	394	314	373	425	430
Vermögensübertragungen	16 417	18 339	17 831	19 506	18 269	14 351
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	17 662	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 678	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 584	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	94	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 984	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	6 137	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 847	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	608	446
an Verwaltungen	154	18	-6	0	0	0
Länder	0	0	-6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	608	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	202	196
Ausland	173	156	203	284	239	250

noch 4. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Soll	2002 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	7 064	4 645	4 290	4 835	4 806	4 334
Darlehensgewährung	6 345	3 964	3 661	4 205	4 123	3 699
an Verwaltungen	570	516	487	197	176	147
Länder	562	510	485	195	175	147
Gemeinden	9	6	1	1	1	1
an andere Bereiche	5 775	3 448	3 174	4 008	3 947	3 552
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	4 429	2 130	1 981	2 998	2 894	2 564
Ausland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 054	988
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	719	681	629	630	683	634
Inland	13	3	1	19	39	52
Ausland	706	678	628	611	644	583
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	0	0	0	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	29 705	29 909	29 231	31 072	30 257	25 487
Globale Mehr-/Minderausgaben	-1	0	0	0	-616	1 481
Ausgaben zusammen	225 950	233 619	246 869	244 405	243 886	247 500
Abschluss der Ausgaben						
Summe Ausgaben	225 950	233 619	246 869	244 405	243 886	247 500
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	214 246	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	30 257	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	-1	0	0	0	-616	1 481
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	0	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	226 124	233 774	247 009	244 539	243 886	247 500
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	29 649	25 041

5. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 634	43 553	24 825	12 367	0	6 361
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 944	8 068	447	674	0	6 947
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	105 997	104 599	169	402	0	104 027
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
3 Gesundheit und Sport	1 012	631	239	197	0	195
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	922	2	3	0	917
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 316	692	24	124	0	544
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 459	4 200	62	356	0	3 782
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

noch 5. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 081	1 108	1 402	1 571	4 031
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2 876	89	2 787	0	2 868
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 398	14	1 380	4	1 028
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	381	204	176	0	375
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 153	0	983	170	1 153
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	623	4	616	3	623
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 259	3	1 056	2 201	3 259
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

noch 5. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 893	1 014	1 229	0	651
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	17 510	12 866	27	283	0	12 555
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	42 108	322	436	38 887	2 463
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	247 500	220 532	27 132	16 069	38 887	138 443

noch 5. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 072	5 254	1 818	1	7 072
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	4 645	128	4 132	384	4 633
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 487	6 803	14 351	4 334	25 041

6. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611 ^{1/2}
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 45	- 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245 ^{1/2}	247 ^{1/2}
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22 ^{1/2}	- 23 ^{1/2}
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182 ^{1/2}	187
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 19 ^{1/2}	- 12 ^{1/2}
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 2	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60 ^{1/2}
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 5	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	- ^{1/2}
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	1 ^{1/2}	1
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- ^{1/2}	1 ^{1/2}
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	^{1/2}	1
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	1	^{1/2}
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	4	- 1
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 3	2 ^{1/2}
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	2 ^{1/2}
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	1 ^{1/2}
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	- 1	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 1	^{1/2}
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 2 ^{1/2}	^{1/2}

noch 6. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Anteil in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 2
darunter:							
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1	- 1/2
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7 1/2	- 7
darunter:							
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9 1/2
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 9 1/2	- 6 1/2
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1 1/2	- 2
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 8 1/2	- 7
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	- 1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29 1/2	28 1/2
darunter:							
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11 1/2
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9 1/2	9 1/2
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.

¹ Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.

² Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: November 2001.

7. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Ist-Ergebnisse								
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	82,3	156,9	275,4	289,8	380,2	401,8	427,2	457,5	471,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	8,6	12,7	2,4	5,2	0,0	0,0	6,3	7,1	3,0
Einnahmen	83,4	123,8	239,4	269,7	332,1	348,6	387,8	390,5	420,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	17,9	0,2	- 0,7	12,7	0,0	0,0	11,3	0,7	7,7
Finanzierungssaldo	1,2	- 33,1	- 36,0	- 20,0	- 48,0	- 53,2	- 39,3	- 66,9	- 50,6
darunter :									
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0 ²	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,5
Rücklagenbewegung	-	- 2,4	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehl- beträge	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	12,8	25,4	40,1	41,3	43,2	48,7	51,5	52,7	52,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	12,4	5,9	2,1	3,0	0,0	0,0	5,7	2,4	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben	2,2	5,2	32,3	32,1	34,2	39,6	43,8	45,8	53,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	14,3	23,1	4,0	- 0,6	0,0	0,0	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben	14,0	25,5	33,4	36,2	39,2	61,5	65,8	65,1	61,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	11,0	0,4	8,4	0,0	0,0	7,0	- 1,1	- 6,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen¹	78,6	119,2	220,3	247,1	258,8	317,9	352,9	356,0	379,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	18,7	0,5	1,5	12,2	0,0	0,0	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte ³	115,8	253,1	899,0	924,8	1 048,8	1 165,5	1 331,5	1 499,2	1 645,1
darunter:									
Bund	45,2	107,1	475,2	490,5	542,2	586,0	606,7	685,3	712,5

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand: November 2001.

noch 7. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2001	2002
			Ist-Ergebnisse				Soll	Soll	Entwurf
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. €	Mrd. €
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	464,7	455,6	441,9	456,9	482,8	478,0	477,0	243,9	247,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,4	- 2,0	- 3,0	3,45,7	- 1,0	- 0,2	- 0,2	1,5	
Einnahmen	414,1	377,0	378,4	400,3	431,5	439,3	433,2	221,5	223,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,5	- 9,0	0,4	5,8	7,8	1,8	- 1,4	- 1,4	1,1
Finanzierungssaldo	- 50,5	- 78,5	- 63,4	- 56,6	- 51,3	- 46,5	- 43,9	- 22,4	- 23,7
darunter :									
Nettokreditaufnahme	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 43,7	- 22,3	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,4	- 0,2	0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 2,7
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehl- beträge	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	52,9	52,9	52,5	52,1	52,7	51,9	52,8	27,0	27,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	0,5	- 0,0	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,6	1,80,4		
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,1	11,1	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	16,0	16,0	15,8
Zinsausgaben	49,7	50,9	53,4	56,2	80,4	76,6	77,0	39,4	38,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,8	0,6	0,6	- 1,2
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	16,1	16,1	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	59,2	59,2	56,0
Investive Ausgaben	66,5	61,0	56,4	57,1	56,0	55,0	58,0	29,6	25,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	8,8	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	5,3	5,3	- 15,7
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	12,2	12,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	36,6	36,6	32,7
Steuereinnahmen¹	366,1	338,6	331,1	341,5	376,3	388,8	384,6	196,6	199,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,4	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 1,1	- 1,1	1,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	80,6	80,6	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,8	88,8	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	43,8	43,8	42,7
Nettokreditaufnahme	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 43,7	- 22,3	- 21,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,8	17,2	14,4	12,4	11,8	10,6	10,1	10,1	9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	75,4	75,4	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	49,7	49,7	50,2
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte ³	1 976,1	2 093,6	2 188,7	2 255,9	2 313,9	2 343,4	2 366,6	1 210,0	1 250,0
darunter:									
Bund	754,3	833,2	899,1	954,4	1385,3	1399,6	1369,1	700,0	717,0

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand: November 2001.

8. Steuer- und Abgabenquoten^{1, 2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3, 4}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁵	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁵	22,6	42,3	21,8	40,3
1998 ⁵	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ⁵	24,2	43,3	22,9	40,9
2000 ⁵	24,6	43,3	23,1	40,7
2001 ⁶	23	41 1/2	21 1/2	39
2002 ⁶	23 1/2	42	22	39 1/2

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.

⁶ Schätzung, Stand: November 2001.

9. Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶	2002 ⁶
Schulden (Mrd. €) ¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West) ³	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost) ³	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West) ⁴	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen ⁵	56,3	58,3	60	63
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,9	59,7	58	57 ¹ / ₂
Länder (West) ³	22,9	23,2	24 ¹ / ₂	25
Länder (Ost) ³	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West) ⁴	5,8	5,6	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
Sonderrechnungen ⁵	4,8	4,9	5	5
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,9	59,2	58 ¹ / ₂	58 ¹ / ₂
Bund	35,9	35,3	34	33 ¹ / ₂
Länder (West) ³	13,7	13,7	14 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂
Länder (Ost) ³	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,5	3,3	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen ⁵	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Projektion auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.

Stand: November 2001.

10. Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen ^{1,2}			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
		„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,6	50,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,4	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,3	36,5	53,7	46,3
1971	88,2	47,9	40,3	54,3	45,7
1972	100,7	56,3	44,4	55,9	44,1
1973	114,9	67,1	47,9	58,4	41,6
1974	122,5	73,8	48,7	60,3	39,7
1975	123,7	72,9	50,9	58,9	41,1
1976	137,1	82,3	54,8	60,1	39,9
1977	153,1	95,1	58,0	62,1	37,9
1978	163,2	98,2	64,9	60,2	39,8
1979	175,3	103,0	72,3	58,8	41,2
1980	186,6	109,3	77,4	58,5	41,5
1981	189,3	108,6	80,7	57,4	42,6
1982	193,6	112,1	81,6	57,9	42,1
1983	202,8	115,2	87,6	56,8	43,2
1984	212,0	120,9	91,1	57,0	43,0
1985	223,5	132,2	91,4	59,1	40,9
1986	231,3	137,4	93,9	59,4	40,6
1987	239,6	141,8	97,8	59,2	40,8
1988	249,6	148,5	101,0	59,5	40,5
1989	273,8	163,1	110,8	59,6	40,4
1990	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001 ³	448,9	221,3	227,6	49,3	50,7
2002 ³	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2002 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹ Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979), Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätzuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

² Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuer; Teesteuer, Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³ Steuerschätzung vom 8. bis 9. November 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des zweiten Gesetzes zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz.

Stand: November 2001.

11. Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000*	2001*	2002	2003
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,5	- 2,7	- 2,2
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,4	0,1	- 0,2	- 0,2	0,1
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,0	1,6	2,0
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,1	- 0,4	0,3	0,8
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,6	- 0,4	0,1	- 0,2	0,0
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 2,0	- 1,6
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	2,4	1,8	1,8
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,5	- 1,2	- 1,2	- 0,9
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	1,8	6,1	4,4	2,8	3,2
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	1,3	0,5	1,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,2	- 1,5	- 0,2	- 0,4	0,4
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,5	- 1,8	- 2,0	- 1,6	- 1,4
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	6,9	4,8	2,9	2,3
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	4,1	3,9	1,6	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,9	1,2	0,4	0,5
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 5,0	- 0,8	- 1,1	- 1,4	- 1,0
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,5	- 0,9	- 0,6
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 4,2	- 7,6	- 6,5	- 5,9	- 5,6
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	- 0,3	- 3,6	- 3,4

Quelle: EU-KOM: Herbstprognose 2001, November 2001.

* für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.

Stand: November 2001.

12. Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,3	60,0	61,0	60,6
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	110,3	107,0	103,9	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,1	43,2	42,5	40,0
Griechenland	27,7	59,8	89,0	108,7	102,7	99,8	98,5	95,1
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,7	58,0	57,3	55,6
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,6	57,1	57,3	56,6
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	38,6	34,3	30,8	27,1
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,5	108,2	106,9	103,4
Luxemburg	9,3	9,6	4,5	5,6	5,3	5,3	5,2	4,9
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	56,1	51,8	48,9	45,3
Österreich	36,4	49,5	57,5	68,5	63,1	62,3	61,2	58,7
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,7	53,5	53,5	53,3
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	42,7	42,0	41,7
Schweden	39,6	61,6	42,1	76,6	55,7	52,7	50,5	48,2
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,8	39,3	37,2	34,8
Eurozone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,2	68,8	68,4	66,7
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,4	62,5	61,8	59,9
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	129,7	140,8	152,5	–
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,4	55,2	54,2	–

Quelle: EU-KOM: Herbstprognose 2001, November 2001; Japan und USA für 1995 bis 2002: IWF-World Economic Outlook (Dezember 2001).
Stand: Dezember 2001.

13. Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

14. Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

15. Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	- 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	- 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	- 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	- 1,01	- 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	- 16,34	13,80	- 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	- 6,90	11,11	- 36,67	384,21	- 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 70,00	- 52,38	- 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	- 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	- 0,65	- 3,70	11,96	3,97	- 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	- 8,80	- 27,92
MwSt-Eigenmittel	- 5,97	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	- 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

Bemerkungen:

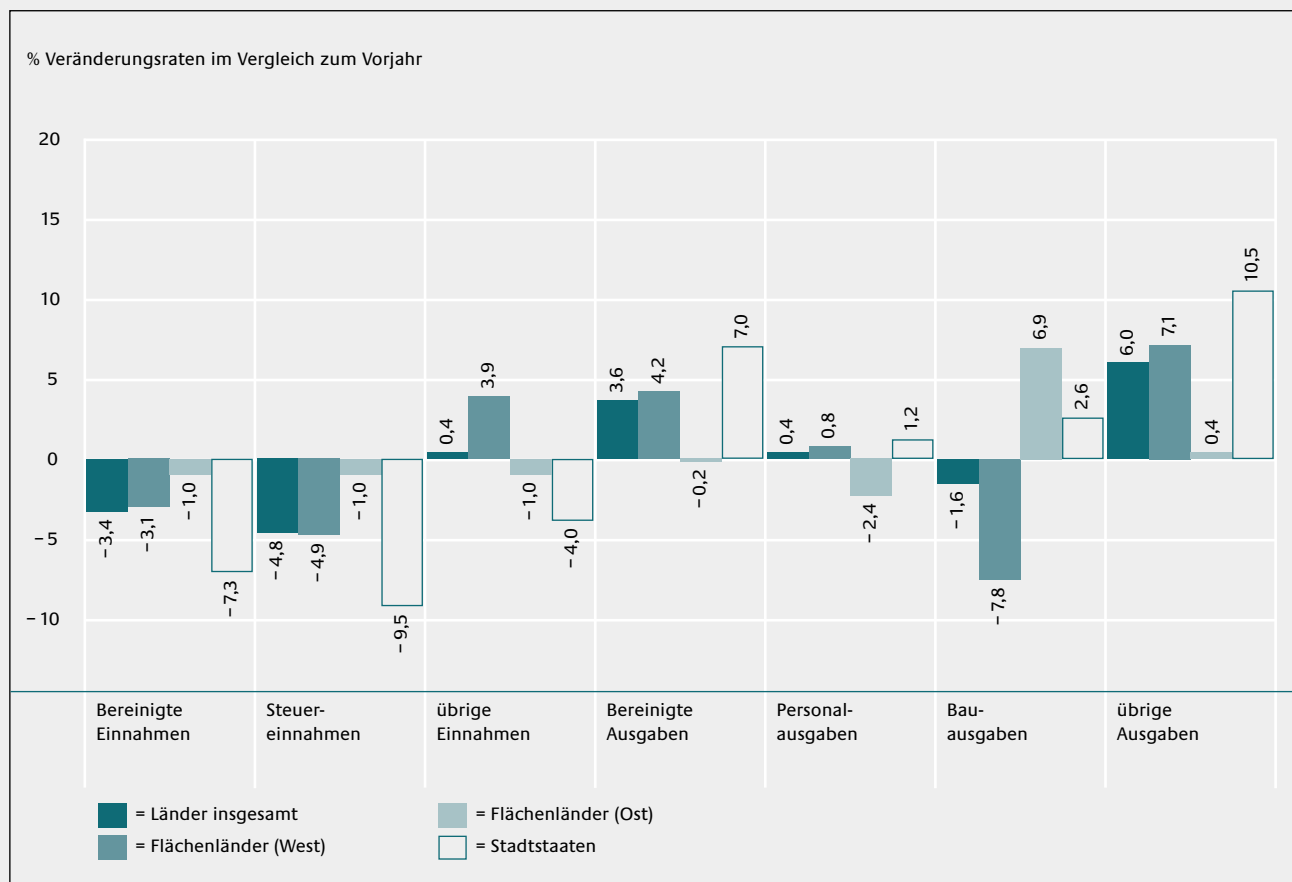
1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.
2002 Haushaltsentwurf des Rates.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1. Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001

in Mio. DM	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	315 887	270 736	98 437	84 211	60 832	48 021	462 532	391 741
Steuereinnahmen	251 076	209 988	48 879	44 763	34 069	27 891	334 023	282 643
übrige Einnahmen	64 811	60 748	49 558	39 448	26 764	20 129	128 509	109 098
Bereinigte Ausgaben	344 080	305 314	103 723	90 688	69 847	65 903	505 026	450 677
Personalausgaben	136 196	126 211	27 380	25 014	22 727	22 144	186 303	173 369
Bauausgaben	5 788	4 207	3 305	2 740	2 069	1 520	11 162	8 467
übrige Ausgaben	202 095	174 896	73 038	62 934	45 051	42 239	307 560	268 841
Finanzierungssaldo	- 28 188	-34 577	- 5 285	- 6 477	- 9 015	- 17 882	- 42 487	- 58 936

2. Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2001



3. Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

– Mio. DM –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	November 2000			Oktober 2001			November 2001		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder ³	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	363 554	405 493	737 811	334 687	357 596	664 372	362 870	391 741	722 822
111	darunter: Steuereinnahmen	327 960	296 825	624 785	293 190	258 490	551 681	320 326	282 643	602 969
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	191 326	60 021	251 347	226 323	75 023	301 346	243 094	83 485	326 579
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	443 921	434 948	847 633	401 551	399 996	773 636	444 756	450 677	863 644
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	47 754	172 740	220 494	42 805	150 576	193 381	48 831	173 369	222 200
122	Bauausgaben	9 083	8 608	17 691	7 671	7 199	14 870	8 909	8 467	17 376
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–624	–624	–	537	537	–	536	536
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	146 943	59 573	206 516	260 532	53 986	314 518	284 890	57 439	342 329
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 80 367	– 29 455	– 109 822	– 66 864	– 42 400	– 109 264	– 81 887	– 58 936	– 140 823
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	44 565	– 2 627	41 938	39 308	19 835	59 143	33 420	24 618	58 038
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	880	880	–	–	–	–	–	0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 2 297	– 2 297	–	– 2 248	– 2 248	–	– 2 248	– 2 248
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	16 267	15 816	32 083	20 165	14 838	35 003	20 424	20 147	40 571
32	Vorschüsse	–	9 217	9 217	–	19 124	19 124	–	17 784	17 784
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	14 202	14 202	–	19 252	19 252	–	18 630	18 630
34	Saldo (31–32+33)	16 267	20 801	37 068	20 165	14 966	35 131	20 424	20 993	41 417
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 19 535	– 12 697	– 32 232	– 7 392	– 9 847	– 17 238	– 28 042	– 15 574	– 43 616
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	19 535	14 846	34 381	7 392	9 292	16 684	28 042	13 952	41 994
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	190	190	–	1 250	1 250	–	638	638
56	Zusammen	19 535	15 036	34 571	7 392	10 542	17 934	28 042	14 590	42 632
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	2 339	2 339	0	695	696	0	– 984	– 984
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	2 949	2 949	–	4 276	4 276	–	4 461	4 461
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 280	2 280	–	4 106	4 106	–	3 570	3 570

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: November 2001.

4. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, November 2001

– Mio. DM –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	48 357,6	55 221,9⁹	15 686,6	29 282,9	10 847,7	34 664,2	69 981,9	17 883,3	5 460,0
111	darunter: Steuereinnahmen	36 990,2	43 337,0	8 666,5	23 623,7	5 647,3	24 744,9	57 164,8	11 911,0	3 326,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	951,7	–	920,2	1 022,2	–	671,9	339,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	8 174,8	2 640,07	3 488,8	8 175,3	1 557,3	5 538,9	17 227,0	4 410,9	830,3
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	55 488,3	58 657,6⁹	17 123,9	34 873,5	12 087,2	38 064,1	79 622,1	21 193,8	5 776,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	23 488,2	26 079,3	4 577,0	12 556,8	3 540,6	13 871,8 ³	32 827,7 ³	9 024,9	2 514,5
122	Bauausgaben	824,6	1 432,0	564,4	606,9	360,8	450,4	166,9 ⁴	392,4	108,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	3 928,6	3 362,4	–	6 022,7	–	–	621,4	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 138,7	2 687,0 ⁸	2 842,9	7 572,6	954,3	3 393,8	13 030,5	3 334,1	946,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 7 130,7	– 3 435,7⁹	– 1 437,3	– 5 590,6	– 1 239,5	– 3 399,9	– 9 640,2	– 3 310,5	– 317,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	3 943,5	349,2	775,1	1 081,3	602,0	2 186,1	4 196,1	1 162,9	– 107,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	376,3	– 2 626,3	–	1,6	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 307,8	– 2 100,1	473,2	115,0	176,7	417,6	10 380,5	2 839,1	391,1
32	Vorschüsse	2 202,2	2 446,6	– 200,6	– 223,4	0,3	2 574,2	7 018,2	823,7	3,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	884,0	10 259,8	–	1 054,2	267,3	2 810,1	– 442,2	3,1	56,4
34	Saldo (31–32+33)	1 989,6	5 713,1	673,8	1 392,6	443,7	653,5	2 920,1	2 018,5	443,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 821,3	0,3	11,6	– 3 115,0	– 193,8	– 560,3	– 2 524,0	– 129,1	19,0
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	1 450,0	–	54,8	2 568,2	130,0	– 19,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	495,0	143,0	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	1 945,0	143,0	54,8	2 568,2	130,0	– 19,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	– 821,3 ⁵	0,3	11,6	– 1 170,0 ⁵	– 50,8 ⁵	– 505,5 ⁵	44,2	0,9	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	2 762,6	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	2 810,1	– 451,5	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne Dezember-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 924,3 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 133,0 Mio. DM. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 54 995,1 Mio. DM, die Ausgaben 57 950,6 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 2 955,5 Mio. DM.
Stand: November 2001.

noch 4. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, November 2001

– Mio. DM –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	26 560,6	16 163,6	12 056,7	14 952,4	28 374,2	6 292,7	14 073,4	391 741,0
111	darunter: Steuereinnahmen	14 094,4	8 492,2	8 890,3	7 863,0	13 645,7	2 986,4	11 259,3	282 643,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	2 138,5	1 331,9	139,1	1 193,2	4 680,7	730,3	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	935,4	4 472,1	3 625,1	3 073,3	15 504,3	1 397,0	2 434,5	83 485,0
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	26 349,9	18 003,7	13 809,4	17 123,3	41 290,5	7 358,2	17 973,3	450 677,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	7 564,3	4 958,9	5 847,7	4 373,5	13 541,2	2 329,4	6 273,3	173 369,1
122	Bauausgaben	845,9	455,2	225,2	513,5	346,4	368,7	805,0	8 466,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	719,5	535,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 212,8	3 056,4	2 518,2	1 620,5	5 470,3	1 315,5	2 344,3	57 438,5
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	210,7	– 1 840,1	– 1 752,7	– 2 170,9	– 12 916,3	– 1 065,5	– 3 899,9	– 58 936,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	– 275,2	1 540,2	1 151,6	1 452,8	6 232,7	235,1	92,4	24 617,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	– 2 248,4
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	1 097,2	506,7	572,5	621,8	808,5	419,5	120,1	20 147,2
32	Vorschüsse	1 704,7	306,7	4,3	27,3	–	198,2	898,3	17 784,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	562,5	101,0	497,5	145,6	320,1	352,0	1 758,2	18 629,6
34	Saldo (31–32+33)	– 45,0	301,1	1 065,7	740,1	1 128,6	573,4	980,0	20 992,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 109,5	1,1	464,6	22,0	– 5 555,0	– 257,0	– 2 827,5	– 15 573,9
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	917,4	5 602,5	216,7	3 031,0	13 951,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	638,0
56	Zusammen	–	–	–	917,4	5 602,5	216,7	3 031,0	14 589,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	– 109,5 ⁵	1,1	464,6	939,4	47,5	– 40,3 ⁵	203,5	– 984,3 ⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	143,3	–	–	1 554,7	4 460,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	2,3	320,1	– 187,4	1 076,7	3 570,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne Dezember-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 924,3 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 133,0 Mio. DM. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 54 995,1 Mio. DM, die Ausgaben 57 950,6 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 2 955,5 Mio. DM.
Stand: November 2001.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

*1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2000 1)	2001 1)		
				4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %							
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen							
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,3
Erwerbstätige	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,6
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	9,9	9,8	10,1	8,6	13,6	9,6	8,8
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,2	7,5	7,4	7,1	7,9	7,3	7,3
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	10,5	9,6	9,4	9,0	9,9	9,3	9,1
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts							
in Preisen von 1995							
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,0	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	- 0,4	+ 1,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 1,3	+ 5,4	- 0,3	+ 3,8	+ 3,4	+ 1,0	- 1,2
Baugewerbe	- 0,3	- 2,7	- 6,6	- 6,0	- 9,9	- 7,0	- 5,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 6,1	+ 4,5	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts							
in Preisen von 1995							
Konsum	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,4	- 0,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 6,4	+ 1,5	+ 1,1	- 0,3	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7
Konsumausgaben des Staates	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 2,3	- 4,1	- 0,1	- 2,9	- 3,7	- 4,8
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 8,7	- 3,4	+ 6,9	+ 3,4	- 1,2	- 6,1
Bauten	+ 1,5	- 2,5	- 5,7	- 6,0	- 8,4	- 6,4	- 5,0
Sonstige Anlagen	+ 13,7	+ 8,9	+ 6,0	+ 7,2	+ 5,8	+ 6,9	+ 6,7
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	+ 0,4	- 0,6	+ 1,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,9
Inlandsnachfrage	+ 2,6	+ 2,0	- 0,5	+ 1,2	+ 0,7	- 0,3	- 1,2
Exporte	+ 5,6	+ 13,2	+ 5,1	+ 12,2	+ 8,2	+ 7,2	+ 4,8
Gesamtnachfrage	+ 3,3	+ 4,6	+ 0,9	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 0,3
Importe	+ 8,5	+ 10,0	+ 2,0	+ 11,7	+ 6,4	+ 4,9	+ 0,0
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6
Preisentwicklung							
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7
Inlandsnachfrage	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	- 0,4	+ 1,3	- 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6
Verteilung des Bruttonationaleinkommens							
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5
Volkseinkommen	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 1,4	+ 2,6	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3
dar. private Haushalte	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,6	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,5

1) Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Jahresergebnisse Januar 2002, Vierteljahresergebnisse November 2001.

2) Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

3) Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

4) Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

5) Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.1 Früheres Bundesgebiet

	2001																							
	September		Oktober		November		Dezember		September		Oktober		November		Dezember									
	1 000								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %															
Arbeitsmarkt 1)																								
Arbeitslose insgesamt													2 421,8	2 412,7	2 467,7	2 584,0p	+	1,7	+	3,0	+	4,6	+	5,3p
Männer													1 323,6	1 321,9	1 364,8	1 462,7p	+	2,9	+	4,4	+	6,4	+	7,5p
Frauen													1 098,2	1 090,8	1 102,9	1 121,2p	+	0,1	+	1,3	+	2,3	+	2,6p
Arbeitslosenquote																								
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen													8,0	8,0	8,2	8,6p	–		–		–		–	
Männer													8,2	8,2	8,5	9,1p	–		–		–		–	
Frauen													7,8	7,7	7,8	8,0p	–		–		–		–	
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen													7,2	7,2	7,4	7,7p	–		–		–		–	
Kurzarbeiter insgesamt													89,6	113,8	141,5	146,6p	+	91,2	+	136,0	+	171,7	+	177,8p
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).													236,8	226,3	224,6	199,2p	X		X		X		X	
Offene Stellen insgesamt													417,2	379,9	348,4	334,0p	–	9,5	–	12,2	–	15,7	–	17,5p
Beschäftigte																								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)													5 788	5 761	5 744p	...	–	0,4	–	0,6	–	0,9p	...	
Vorleistungsgüterproduzenten													2 575	2 560	2 550p	...	–	0,4	–	0,7	–	1,0p	...	
Investitionsgüterproduzenten ..													2 025	2 020	2 017p	...	+	1,1	+	0,9	+	0,6	...	
Gebrauchsgüterproduzenten ..													260	259	257p	...	–	2,4	–	3,1	–	3,6	...	
Verbrauchsgüterproduzenten ..													927	924	920p	...	–	2,9	–	2,8	–	2,9p	...	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 7)													
Geleistete Arbeitsstunden 5)																								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)													449 008	477 485	472 444p	...	–	4,8	–	0,4	–	4,7p	...	
Vorleistungsgüterproduzenten													214 867	229 638	226 312p	...	–	5,4	–	0,5	–	4,9p	...	
Investitionsgüterproduzenten ..													150 128	159 076	158 476p	...	–	2,9	+	0,5	–	4,1p	...	
Gebrauchsgüterproduzenten ..													21 511	22 779	22 406p	...	–	8,1	–	1,6	–	7,2p	...	
Verbrauchsgüterproduzenten ..													62 502	65 992	65 250p	...	–	5,9	–	1,9	–	4,7p	...	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)													
darunter:																								
Wohnungsbau Mill. Std. 7)												
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)												
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)												

1) Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

2) Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

4) Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

5) 1 000 Std.

6) Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

7) Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001											
	September	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	1 321,2	1 312,8	1 321,2	1 379,5p	+	1,5	+	3,5	+	2,8	+	1,8p
Männer	637,7	635,1	645,6	697,0p	+	4,0	+	6,6	+	5,9	+	5,0p
Frauen	683,4	677,6	675,6	682,5p	–	0,8	+	0,8	–	0,0	–	1,3p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	18,2	18,1	18,2	19,0p	–		–		–		–	
Männer	17,1	17,0	17,3	18,7p	–		–		–		–	
Frauen	19,4	19,2	19,1	19,3p	–		–		–		–	
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	16,9	16,8	16,9	17,6p	–		–		–		–	
Kurzarbeiter insgesamt	24,2	26,2	27,7	28,9p	+	28,6	+	48,6	+	51,6	+	71,1p
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	77,0	72,6	67,3	55,4p		X		X		X		X
Offene Stellen insgesamt	67,9	62,9	59,1	55,1p	+	6,1	+	6,8	+	8,6	+	11,4p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	635	633	632p	...	+	2,0	+	1,7	+	1,5p		...
Vorleistungsgüterproduzenten	285	285	284p	...	+	2,6	+	2,5	+	2,0p		...
Investitionsgüterproduzenten ..	193	193	192p	...	+	1,9	+	1,8	+	1,6p		...
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26	26	26p	...	+	7,9	+	5,8	+	5,2p		...
Verbrauchsgüterproduzenten ..	130	129	129p	...	–	0,3	–	1,0	–	0,3p		...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 7)
Geleistete Arbeiterstunden 5)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	60 815	63 301	64 668p	...	–	1,9	+	5,3	–	1,0p		...
Vorleistungsgüterproduzenten	28 630	29 894	30 381p	...	–	2,0	+	5,2	–	1,0p		...
Investitionsgüterproduzenten ..	18 063	18 741	19 323p	...	–	1,0	+	7,0	–	0,7p		...
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 606	2 714	2 815p	...	+	2,1	+	12,3	+	0,6p		...
Verbrauchsgüterproduzenten ..	11 516	11 952	12 149p	...	–	4,1	+	1,8	–	1,8p		...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6)
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)

1) Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

2) Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

4) Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

5) 1 000 Std.

6) Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

7) Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	118,0	116,3	+ 0,1	- 1,9	- 3,3	- 4,8	- 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	124,0	122,9	+ 1,4	- 1,0	- 3,3	- 4,5	+ 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	121,1	117,6	+ 0,5	- 2,2	- 3,4	- 4,8	0,0
Investitionsgüterproduzenten.....	136,3	138,6	+ 3,5	0,0	- 2,0	- 3,7	+ 3,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	112,3	111,7	+ 2,6	- 0,1	- 8,4	- 5,3	+ 0,8
Verbrauchsgüterproduzenten.....	110,7	108,0	- 1,0	- 1,0	- 4,3	- 5,8	- 1,0
Energie.....	99,2	102,6	+ 0,1	- 2,9	- 2,9	- 3,7	- 3,3
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	91,2	81,0	- 12,2	- 9,6	- 3,1	- 9,4	- 10,8
Hochbauleistungen.....	86,3	76,6	- 15,3	- 12,8	- 5,4	- 11,1	- 13,2
Tiefbauleistungen.....	100,4	89,2	- 6,9	- 4,0	+ 0,8	- 6,5	- 6,2
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	81,9	77,7	- 6,4	- 9,0	- 4,1	- 4,3	- 7,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	71,9	69,9	- 8,7	- 12,0	- 5,0	- 4,5	- 9,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	68,1	67,7	- 9,5	- 14,4	- 7,5	- 2,6	- 10,0
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	117,5	96,1	- 0,5	+ 18,3	+ 16,8	- 18,4	+ 1,8
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	111,4	100,9	- 1,8	- 3,1	- 1,6	- 4,3	- 3,0
Verarbeitendes Gewerbe.....	124,0	122,9	+ 1,5	- 1,1	- 3,3	- 4,5	+ 1,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	111,2	109,8	- 1,9	+ 0,1	- 5,5	- 6,0	- 1,3
Ernährungsgewerbe.....	110,9	110,2	- 1,8	+ 0,3	- 6,1	- 5,3	- 1,4
Tabakverarbeitung.....	118,7	100,4	- 2,8	- 3,1	+ 8,7	- 19,9	+ 0,4
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	75,6	73,9	- 2,7	- 5,7	- 11,3	- 10,6	- 3,4
Textilgewerbe.....	91,0	88,0	- 1,5	- 3,8	- 7,2	- 10,4	- 2,1
Bekleidungsgewerbe.....	51,0	51,5	- 5,8	- 9,2	- 21,1	- 11,4	- 6,5
Ledergewerbe.....	83,4	82,6	- 4,3	- 9,7	- 10,8	- 6,0	- 5,2
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	111,9	104,6	- 7,2	- 5,7	- 2,6	- 9,7	- 6,2
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe.....	120,5	117,6	- 1,9	- 3,2	- 4,7	- 4,9	- 1,7
Papiergewerbe.....	110,8	107,5	- 2,6	- 3,5	- 3,0	- 3,0	- 1,7
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	122,0	119,2	- 7,8	- 8,1	- 5,2	- 2,7	- 5,1
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	103,5	100,0	+ 1,9	+ 0,2	- 1,3	- 3,2	+ 1,2
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	124,8	122,0	- 1,5	- 3,2	- 5,2	- 5,7	- 1,8
Verlagsgewerbe.....	127,0	124,2	- 2,0	- 4,4	- 9,7	- 8,6	- 3,0
Druckgewerbe.....	122,1	118,7	- 1,4	- 2,5	- 1,8	- 3,9	- 1,1
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	100,4	104,0	+ 0,9	- 4,8	- 2,7	+ 4,6	- 1,2
Chemische Industrie.....	120,2	118,3	- 2,0	- 2,9	- 3,8	- 4,2	- 1,8
Chemische Grundstoffe.....	127,1	128,4	- 3,6	- 3,7	- 4,4	- 1,8	- 3,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	117,8	115,7	+ 8,9	+ 3,8	+ 4,5	- 1,3	+ 6,3
Chemiefasern.....	102,1	87,4	- 8,0	- 15,7	- 10,6	- 15,4	- 10,5
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	122,8	117,9	+ 0,2	- 0,8	- 2,5	- 4,0	+ 0,2
Gummiwaren.....	131,6	127,4	- 0,4	+ 0,5	- 1,4	- 1,8	+ 0,2
Kunststoffwaren.....	119,7	114,6	+ 0,3	- 1,3	- 3,0	- 4,8	+ 0,1

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: *3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von							
Steinen u. Erden.....	100,7	93,6	- 5,9	- 6,2	- 6,2	- 7,4	- 5,4
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	120,5	114,9	- 0,3	- 2,4	- 3,7	- 5,1	+ 0,2
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	92,6	86,2	- 10,9	- 9,3	- 8,0	- 7,7	- 9,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	121,0	116,9	+ 3,0	- 0,9	- 1,0	- 3,9	+ 2,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	113,3	108,0	+ 0,5	- 3,3	- 0,9	- 4,6	+ 0,4
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegerungen (EGKS).....	111,3	109,2	- 3,3	- 7,8	- 1,4	- 0,8	- 1,7
Gießereindustrie.....	126,5	122,1	+ 3,6	0,0	- 2,0	- 3,0	+ 2,6
Metallerzeugnisse.....	125,1	121,5	+ 4,3	+ 0,3	- 1,0	- 3,6	+ 2,9
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	107,7	106,4	- 1,8	- 3,0	- 6,3	- 4,8	- 2,2
Maschinenbau.....	116,6	118,7	+ 3,5	+ 0,3	- 2,0	- 3,8	+ 2,6
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	111,0	109,3	+ 6,0	+ 1,3	- 0,5	- 6,2	+ 2,9
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	85,5	74,1	- 4,1	+ 5,3	- 8,8	- 5,4	- 1,2
Werkzeugmaschinen.....	129,8	124,2	+ 10,6	- 1,4	+ 4,6	- 11,6	+ 5,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte u. -einrichtungen, Elektro- technik, Feinmechanik u. Optik.....	139,1	145,1	+ 6,2	- 1,5	- 10,3	- 6,3	+ 3,2
Büromaschinen, Datenverarbei- tungsgeräte u. -einrichtungen.....	205,7	241,7	- 2,4	- 14,3	- 26,9	- 12,0	- 6,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	125,6	129,8	+ 5,8	+ 1,7	- 4,6	- 2,1	+ 3,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richtentechnik.....	160,1	166,2	+ 12,2	- 2,4	- 20,3	- 13,6	+ 6,1
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Rege- lungstechnik, Optik.....	134,8	139,4	+ 7,1	- 0,2	- 1,7	- 5,6	+ 4,4
Fahrzeugbau.....	156,4	154,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 4,2	- 1,0	+ 5,2
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	163,1	160,6	+ 3,7	+ 2,5	+ 4,1	- 1,3	+ 5,4
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	155,1	153,3	+ 5,3	+ 2,2	+ 2,8	- 4,7	+ 6,4
Sonstiger Fahrzeugbau.....	107,6	107,2	+ 3,3	+ 6,7	+ 5,5	+ 2,3	+ 4,4
Schiffbau.....	92,2	91,4	+ 5,7	+ 7,6	+ 7,5	+ 1,9	+ 5,3
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	132,9	131,6	+ 7,1	+ 9,7	+ 8,4	+ 6,2	+ 7,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst. Erzeugnisse, Recycling.....	107,9	103,5	- 1,2	- 3,6	- 3,0	- 8,0	- 2,2
Möbel.....	96,2	95,5	- 2,5	- 3,6	- 6,2	- 7,8	- 3,1
Recycling.....	237,6	222,9	+ 7,1	- 4,4	- 0,8	- 7,1	+ 4,9
Energieversorgung.....	106,0	110,8	+ 1,5	- 1,0	- 2,6	- 4,2	- 2,5

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	117,0	115,1	+ 0,1	- 2,1	- 3,5	- 5,0	- 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	121,5	120,1	+ 1,3	- 1,5	- 3,6	- 4,8	+ 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,9	114,5	+ 0,2	- 2,7	- 3,7	- 4,9	- 0,4
Investitionsgüterproduzenten.....	134,9	136,4	+ 3,5	- 0,3	- 2,4	- 4,1	+ 3,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	108,8	108,6	+ 1,7	- 0,2	- 9,3	- 5,0	+ 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	107,3	104,5	- 1,6	- 1,6	- 4,7	- 5,9	- 1,5
Energie.....	99,0	102,4	- 0,4	- 3,1	- 3,1	- 4,0	- 3,7
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	95,6	84,1	- 10,9	- 8,0	- 2,0	- 8,5	- 9,4
Hochbauleistungen.....	91,9	81,1	- 13,4	- 10,8	- 3,9	- 9,8	- 11,6
Tiefbauleistungen.....	102,5	89,7	- 6,1	- 3,1	+ 1,0	- 6,2	- 5,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	80,7	76,6	- 8,4	- 10,3	- 5,1	- 5,4	- 9,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	68,8	66,7	- 11,8	- 14,3	- 6,6	- 6,3	- 11,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	64,0	64,0	- 12,9	- 17,3	- 10,0	- 4,2	- 13,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	122,6	97,8	- 1,9	+ 19,4	+ 18,1	- 19,2	+ 1,8
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	118,8	108,1	- 1,1	- 2,5	- 1,7	- 3,6	- 2,5
Verarbeitendes Gewerbe.....	121,2	120,1	+ 1,1	- 1,4	- 3,2	- 5,0	+ 0,7
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	107,0	105,4	- 2,4	- 0,6	- 5,6	- 6,6	- 1,9
Ernährungsgewerbe.....	106,5	105,6	- 2,4	- 0,5	- 6,3	- 5,9	- 2,1
Tabakverarbeitung.....	117,0	100,5	- 3,4	- 3,6	+ 9,0	- 19,9	- 0,1
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	72,1	70,5	- 3,7	- 6,1	- 11,2	- 10,8	- 4,1
Textilgewerbe.....	85,8	82,8	- 2,7	- 4,4	- 6,8	- 10,6	- 2,9
Bekleidungsgewerbe.....	51,0	51,6	- 6,3	- 9,1	- 21,1	- 11,2	- 6,4
Ledergewerbe.....	81,4	80,3	- 5,3	- 10,4	- 11,4	- 6,7	- 5,9
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	102,5	94,8	- 8,1	- 6,3	- 3,4	- 12,0	- 7,1
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe.....	118,1	115,0	- 2,1	- 3,6	- 4,8	- 5,3	- 2,2
Papiergewerbe.....	108,6	105,5	- 3,2	- 3,9	- 3,3	- 3,4	- 2,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	120,7	118,2	- 8,6	- 8,7	- 6,9	- 2,7	- 5,7
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	101,0	97,6	+ 1,1	- 0,2	- 0,5	- 3,8	+ 0,7
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	122,3	119,2	- 1,6	- 3,5	- 5,3	- 6,1	- 2,2
Verlagsgewerbe.....	127,3	123,8	- 2,4	- 4,6	- 10,4	- 9,0	- 3,8
Druckgewerbe.....	118,3	114,8	- 1,1	- 2,7	- 1,3	- 4,2	- 1,1
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	99,8	102,3	+ 1,3	- 5,9	- 1,4	+ 4,6	- 0,6
Chemische Industrie.....	116,8	115,9	- 2,8	- 3,5	- 2,9	- 3,3	- 2,4
Chemische Grundstoffe.....	124,2	127,2	- 4,4	- 4,4	- 2,7	+ 0,3	- 3,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	112,5	111,8	+ 7,3	+ 2,1	+ 2,8	- 1,7	+ 4,6
Chemiefasern.....	101,8	86,5	- 7,1	- 14,6	- 9,3	- 15,0	- 9,9
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	119,6	115,1	- 0,3	- 1,1	- 2,5	- 4,6	- 0,3
Gummiwaren.....	130,1	126,1	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 2,3	- 0,5
Kunststoffwaren.....	115,9	111,1	0,0	- 1,6	- 3,2	- 5,5	- 0,3

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von							
Steinen u. Erden.....	98,4	91,2	- 6,0	- 6,7	- 5,4	- 8,1	- 5,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	113,2	107,5	0,0	- 2,9	- 1,6	- 6,6	+ 0,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	92,5	85,8	- 11,2	- 9,5	- 8,0	- 7,6	- 9,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	117,9	114,1	+ 2,2	- 1,5	- 0,6	- 4,4	+ 1,5
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	112,3	107,5	- 0,1	- 4,0	+ 1,6	- 5,0	+ 0,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegerungen (EGKS).....	107,8	106,7	- 4,2	- 8,3	- 0,8	- 1,7	- 2,0
Gießereiindustrie.....	123,9	120,7	+ 3,0	- 1,4	+ 1,1	- 3,0	+ 1,9
Metallerzeugnisse.....	121,0	117,7	+ 3,4	- 0,3	- 1,6	- 4,1	+ 2,2
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	101,0	100,3	- 2,9	- 3,5	- 8,0	- 5,0	- 3,3
Maschinenbau.....	115,6	117,1	+ 3,3	0,0	- 1,9	- 4,5	+ 2,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	110,0	107,9	+ 5,4	+ 0,7	+ 0,5	- 6,9	+ 2,0
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	85,8	73,9	- 5,2	+ 5,2	- 9,3	- 5,6	- 2,2
Werkzeugmaschinen.....	127,1	118,5	+ 10,3	- 2,3	+ 3,8	- 14,9	+ 4,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte u. -einrichtungen, Elektro- technik, Feinmechanik u. Optik.....	134,4	140,4	+ 5,7	- 2,1	- 10,8	- 7,4	+ 2,5
Büromaschinen, Datenverarbei- tungsgeräte u. -einrichtungen.....	191,9	212,5	0,0	- 13,4	- 27,7	- 15,4	- 5,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	124,4	127,5	+ 5,2	+ 1,1	- 4,6	- 3,4	+ 3,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richtentechnik.....	149,2	157,5	+ 11,2	- 3,4	- 23,1	- 14,7	+ 5,1
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Rege- lungstechnik, Optik.....	128,4	134,8	+ 6,1	- 1,0	- 1,5	- 5,3	+ 3,4
Fahrzeugbau.....	154,7	152,7	+ 3,3	+ 2,3	+ 4,0	- 1,5	+ 4,7
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	160,0	157,9	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,8	- 1,9	+ 4,7
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	154,0	152,5	+ 4,9	+ 1,5	+ 3,0	- 5,3	+ 5,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	110,9	110,5	+ 3,3	+ 7,5	+ 5,7	+ 2,9	+ 4,6
Schiffbau.....	96,4	95,4	+ 5,3	+ 9,5	+ 8,7	+ 3,2	+ 6,0
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	129,8	128,6	+ 6,8	+ 9,6	+ 7,9	+ 5,8	+ 7,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	104,8	100,0	- 2,0	- 4,5	- 3,5	- 9,3	- 3,0
Möbel.....	93,6	92,5	- 3,3	- 4,6	- 6,8	- 9,0	- 4,0
Recycling.....	244,1	226,5	+ 8,1	- 5,6	- 1,3	- 10,0	+ 5,1
Energieversorgung.....	106,3	111,7	+ 2,1	- 1,4	- 2,0	- 4,3	- 2,2

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	129,5	129,7	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 4,1	0,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	166,7	169,5	+ 4,4	+ 4,4	+ 1,4	- 2,1	+ 4,9
Vorleistungsgüterproduzenten.....	172,4	167,1	+ 4,4	+ 3,4	+ 0,2	- 3,3	+ 4,0
Investitionsgüterproduzenten.....	165,4	185,7	+ 4,1	+ 6,6	+ 4,7	+ 2,1	+ 7,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	187,4	177,9	+ 14,0	+ 1,0	+ 5,2	- 9,4	+ 9,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	154,9	153,7	+ 2,8	+ 4,5	- 0,8	- 3,8	+ 3,2
Energie.....	100,4	103,9	+ 3,4	- 0,6	- 1,9	- 1,1	- 0,5
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	75,4	69,9	- 18,2	- 16,1	- 7,5	- 13,2	- 16,4
Hochbauleistungen.....	65,7	60,4	- 23,5	- 21,7	- 12,6	- 16,8	- 21,0
Tiefbauleistungen.....	93,0	87,3	- 9,8	- 7,4	+ 0,1	- 8,0	- 9,1
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	86,7	85,6	+ 3,5	- 2,2	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	88,7	91,8	+ 8,5	- 0,3	+ 4,0	+ 8,8	+ 6,5
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	90,5	92,8	+ 8,1	- 0,2	+ 5,1	+ 9,0	+ 6,7
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	46,1	66,1	+ 21,2	- 2,9	- 30,6	- 3,2	+ 1,6
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	83,1	74,0	- 5,7	- 5,8	- 3,1	- 9,1	- 6,4
Verarbeitendes Gewerbe.....	169,0	172,1	+ 4,4	+ 4,6	+ 1,7	- 2,2	+ 4,9
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	152,1	151,5	+ 0,9	+ 5,2	- 2,1	- 3,2	+ 2,1
Ernährungsgewerbe.....	151,6	151,9	+ 0,8	+ 5,2	- 2,5	- 2,9	+ 1,9
Tabakverarbeitung.....	187,2	121,0	+ 7,7	+ 3,6	+ 27,8	- 27,8	+ 6,4
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	131,5	129,7	+ 6,0	- 1,9	- 9,1	- 14,1	+ 1,4
Textilgewerbe.....	157,9	155,0	+ 7,1	- 0,6	- 8,3	- 13,6	+ 2,5
Bekleidungsgewerbe.....	48,8	50,7	- 3,0	- 10,4	- 16,7	- 19,0	- 6,6
Ledergewerbe.....	107,1	113,0	+ 11,4	+ 1,2	- 3,0	- 7,7	+ 3,9
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	202,5	200,1	- 2,3	- 3,7	+ 1,1	+ 0,9	- 2,1
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe.....	156,2	158,1	+ 0,9	+ 0,5	- 4,1	- 2,3	+ 1,1
Papiergewerbe.....	152,7	147,6	+ 6,7	+ 2,7	+ 3,7	- 1,8	+ 4,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	123,1	113,6	+ 3,7	- 1,0	- 2,5	- 5,3	+ 0,3
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	191,3	191,9	+ 9,6	+ 6,0	+ 9,3	+ 1,1	+ 7,6
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	157,4	161,6	- 0,9	- 0,1	- 6,3	- 2,5	+ 0,1
Verlagsgewerbe.....	115,0	121,5	+ 1,1	- 2,4	- 12,3	- 5,1	+ 0,2
Druckgewerbe.....	227,3	226,9	- 4,6	+ 1,1	- 0,9	- 1,0	- 1,2
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	111,0	137,3	- 1,5	+ 10,7	- 21,2	+ 4,9	- 0,2
Chemische Industrie.....	186,1	169,1	+ 6,0	+ 6,1	- 2,9	- 14,6	+ 4,6
Chemische Grundstoffe.....	172,6	155,0	+ 4,1	+ 3,8	- 9,5	- 20,1	+ 1,5
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	196,3	174,4	+ 22,5	+ 22,0	+ 28,6	- 1,9	+ 22,0
Chemiefasern.....	102,9	101,1	- 18,9	- 29,1	- 25,6	- 21,3	- 19,0
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	186,2	180,4	+ 3,5	+ 3,8	- 1,0	- 2,3	+ 4,8
Gummiwaren.....	183,6	183,7	+ 9,1	+ 15,4	+ 1,9	+ 0,9	+ 12,0
Kunststoffwaren.....	186,7	179,7	+ 2,2	+ 1,4	- 1,6	- 3,0	+ 3,3

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Censu-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von							
Steinen u. Erden.....	121,7	117,0	- 6,1	- 4,0	- 2,8	- 5,3	- 4,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	225,1	226,7	- 2,8	0,0	+ 2,5	+ 3,4	+ 1,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	94,2	90,6	- 10,5	- 7,0	- 5,1	- 10,4	- 9,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	177,5	172,9	+ 9,2	+ 5,8	+ 8,8	- 1,4	+ 8,5
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	175,4	167,4	+ 6,0	+ 4,6	+ 6,2	+ 1,3	+ 7,3
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	205,3	193,0	+ 8,9	+ 1,0	+ 7,8	+ 11,4	+ 7,7
Gießereiindustrie.....	207,9	201,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 13,7	- 2,9	+ 10,6
Metallerzeugnisse.....	178,1	174,6	+ 10,1	+ 6,2	+ 9,6	- 2,1	+ 8,8
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	147,5	147,3	+ 3,3	- 1,4	+ 2,3	- 5,3	+ 2,0
Maschinenbau.....	134,1	157,5	+ 4,9	+ 6,0	+ 9,3	+ 6,7	+ 9,2
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	142,3	159,7	+ 12,8	+ 11,2	- 0,5	+ 3,4	+ 13,4
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	79,6	79,5	+ 18,3	+ 9,4	+ 26,8	- 8,4	+ 13,4
Werkzeugmaschinen.....	177,2	254,3	+ 16,5	+ 12,2	+ 30,7	+ 63,9	+ 24,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräte u. -einrichtungen, Elektro- technik, Feinmechanik u. Optik.....	253,4	293,0	+ 8,7	+ 5,5	+ 3,3	+ 6,2	+ 8,5
Büromaschinen, Datenverarbei- tungsgeräte u. -einrichtungen.....	639,8	1221,9	- 34,1	- 29,0	- 19,7	+ 14,0	- 19,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	161,9	201,3	+ 11,7	+ 16,4	+ 16,3	+ 23,2	+ 15,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richtentechnik.....	393,1	365,8	+ 24,3	+ 12,4	+ 10,7	- 0,1	+ 17,1
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Rege- lungstechnik, Optik.....	239,8	216,8	+ 14,3	+ 6,9	+ 1,4	- 10,3	+ 10,3
Fahrzeugbau.....	182,7	180,2	+ 8,4	+ 15,9	+ 8,8	- 4,3	+ 11,5
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	268,5	264,1	+ 10,2	+ 20,8	+ 10,6	- 3,4	+ 14,7
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	194,6	201,3	+ 8,4	+ 43,8	+ 7,0	- 14,6	+ 22,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	81,5	81,3	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,3	- 7,2	+ 0,8
Schiffbau.....	70,5	71,4	+ 7,0	- 3,6	+ 1,9	- 8,8	+ 0,3
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	363,3	350,1	+ 7,1	+ 11,0	+ 15,2	+ 5,5	+ 9,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	148,8	157,3	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,8	- 0,9	+ 2,3
Möbel.....	137,7	149,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,4	- 2,0	+ 2,3
Recycling.....	217,0	214,0	+ 3,7	0,0	- 0,2	+ 2,7	+ 3,6
Energieversorgung.....	103,9	107,7	+ 2,5	- 1,4	- 1,7	- 3,8	- 2,2

P = Vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.1 Werte

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	125,4	125,9	- 0,4	- 4,7	- 5,8	- 8,7	- 1,2
davon: Inland.....	108,3	107,8	- 3,4	- 4,2	- 3,8	- 8,6	- 2,1
Ausland.....	156,2	158,5	+ 3,3	- 5,4	- 8,0	- 8,8	- 0,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,9	114,6	- 2,1	- 8,2	- 7,1	- 10,1	- 3,5
davon: Inland.....	106,8	104,9	- 2,5	- 6,1	- 5,8	- 10,0	- 3,0
Ausland.....	137,5	134,5	- 1,5	- 11,5	- 9,2	- 10,4	- 4,3
Investitionsgüterproduzenten.....	137,9	142,4	+ 0,1	- 3,1	- 6,7	- 9,5	- 0,3
davon: Inland.....	113,1	114,8	- 5,7	- 3,0	- 3,6	- 9,6	- 2,1
Ausland.....	171,6	180,0	+ 5,8	- 3,3	- 9,4	- 9,5	+ 1,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	115,3	112,7	+ 0,8	- 1,3	- 0,2	- 5,9	0,0
davon: Inland.....	107,2	105,7	+ 1,6	- 3,0	0,0	- 5,4	- 0,7
Ausland.....	138,9	133,1	- 0,9	+ 2,5	- 0,6	- 7,1	+ 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	110,7	106,5	+ 4,9	+ 0,9	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,0
davon: Inland.....	97,6	95,6	+ 1,4	- 1,8	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,2
Ausland.....	151,9	141,0	+ 12,9	+ 6,7	+ 10,6	+ 9,8	+ 9,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	87,9	83,2	+ 0,1	- 2,5	+ 1,3	+ 1,6	- 0,1
Textilgewerbe.....	95,6	94,4	- 2,2	- 6,4	- 6,9	- 6,3	- 3,1
Bekleidungsgewerbe.....	77,3	67,7	+ 5,3	+ 1,3	+ 18,7	+ 20,9	+ 3,8
Ledergewerbe.....	117,8	85,4	+ 12,4	- 1,8	- 7,8	- 3,9	0,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	106,4	104,0	- 5,4	- 5,2	+ 1,6	- 2,3	- 4,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	123,0	125,4	- 2,3	- 2,4	- 0,6	- 2,6	- 0,7
Papiergewerbe.....	121,3	124,1	- 4,8	- 2,7	- 2,3	- 4,2	- 1,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	133,6	136,8	- 13,6	- 7,3	- 8,7	- 10,2	- 7,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	111,5	113,9	+ 5,4	+ 2,0	+ 4,8	+ 2,3	+ 5,5
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	125,6	127,5	+ 1,6	- 1,6	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,5
Chemische Industrie.....	116,1	110,5	+ 0,8	- 4,4	- 4,8	- 8,3	- 0,8
Chemische Grundstoffe.....	118,0	109,5	- 0,6	- 7,5	- 10,4	- 15,8	- 3,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	127,7	125,0	+ 11,2	+ 5,0	+ 8,7	+ 7,6	+ 8,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	122,1	119,6	+ 6,7	- 2,0	- 1,6	- 2,8	+ 1,6
Kunststoffwaren.....	121,4	119,0	+ 0,1	- 2,8	- 1,8	- 3,6	- 0,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	103,2	97,3	- 4,7	- 7,0	- 5,1	- 8,3	- 4,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	114,3	112,4	- 2,5	- 4,2	- 7,0	- 8,9	- 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	111,2	110,7	- 5,4	- 7,5	- 10,5	- 13,0	- 5,6
Gießereiindustrie.....	135,6	130,3	+ 3,2	- 2,2	- 5,3	- 15,0	- 0,2
Metallerzeugnisse.....	116,7	113,7	- 0,2	- 1,6	- 4,2	- 5,6	+ 0,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	101,4	100,3	- 0,5	- 4,0	- 4,2	- 4,9	- 2,3
Maschinenbau.....	115,6	111,2	- 4,0	- 8,9	- 3,5	- 15,0	- 4,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	127,9	136,9	- 5,6	- 15,4	- 16,8	- 12,2	- 7,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	109,6	124,1	- 15,3	- 25,9	- 36,4	- 26,4	- 18,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	117,0	116,7	+ 6,6	- 9,4	- 5,0	- 13,9	- 0,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	144,1	177,2	- 22,6	- 25,2	- 33,7	- 8,5	- 18,0
Optik.....	142,8	142,9	+ 1,6	- 7,2	+ 0,4	- 7,0	+ 0,9
Fahrzeugbau.....	162,6	170,2	+ 5,6	+ 5,1	- 2,1	- 6,2	+ 5,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	179,6	181,4	+ 8,9	+ 6,6	+ 4,7	- 1,1	+ 8,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	69,8	109,2	- 13,1	- 8,5	- 48,5	- 35,8	- 14,3
Schiffbau.....	22,3	25,7	- 48,0	- 79,9	- 69,7	- 58,5	- 63,1
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	117,8	197,8	- 18,1	+ 33,4	- 53,4	- 45,3	- 12,1
Möbel.....	111,1	109,0	- 0,5	- 3,2	- 2,7	- 6,0	- 2,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.2 Volumen

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	121,3	122,1	- 1,8	- 5,4	- 6,1	- 8,7	- 2,4
davon: Inland.....	106,2	106,0	- 4,5	- 4,9	- 4,3	- 8,7	- 3,2
Ausland.....	148,6	151,0	+ 1,8	- 6,0	- 8,2	- 8,7	- 1,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	115,8	113,7	- 3,9	- 8,0	- 5,7	- 8,6	- 4,6
davon: Inland.....	106,5	104,8	- 4,1	- 5,9	- 4,7	- 8,7	- 4,1
Ausland.....	134,7	132,2	- 3,5	- 11,4	- 7,5	- 8,3	- 5,5
Investitionsgüterproduzenten.....	131,4	136,1	- 0,9	- 4,2	- 8,2	- 10,5	- 1,4
davon: Inland.....	110,1	112,2	- 6,5	- 4,2	- 5,5	- 10,7	- 3,0
Ausland.....	160,5	168,7	+ 4,5	- 4,2	- 10,5	- 10,2	+ 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	109,7	107,3	- 0,9	- 2,7	- 1,5	- 7,2	- 1,5
davon: Inland.....	101,8	100,5	- 0,3	- 4,5	- 1,5	- 6,6	- 2,4
Ausland.....	132,6	127,0	- 2,4	+ 1,1	- 1,7	- 8,4	+ 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	105,8	101,7	+ 3,0	- 0,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,6
davon: Inland.....	93,5	91,5	- 0,5	- 3,4	+ 0,4	- 0,3	- 1,4
Ausland.....	144,4	133,7	+ 11,3	+ 5,7	+ 10,2	+ 9,0	+ 7,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	87,0	82,4	- 0,8	- 3,0	+ 0,9	+ 1,4	- 0,8
Textilgewerbe.....	94,9	93,7	- 3,6	- 7,1	- 7,2	- 6,6	- 4,2
Bekleidungsgewerbe.....	76,3	66,9	+ 5,4	+ 1,2	+ 19,0	+ 21,0	+ 3,9
Ledergewerbe.....	111,3	80,5	+ 8,8	- 4,8	- 9,7	- 6,0	- 2,7
Holzwasser (ohne Möbel).....	108,9	106,9	- 5,7	- 4,9	+ 2,4	- 1,0	- 4,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	120,7	123,3	- 4,9	- 2,4	- 0,2	- 1,9	- 2,7
Papiergewerbe.....	118,9	122,1	- 8,4	- 3,1	- 1,6	- 2,9	- 4,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	134,8	138,7	- 16,2	- 5,3	- 5,5	- 6,4	- 9,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	106,1	108,8	+ 0,8	- 0,7	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,5
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	123,5	125,2	+ 1,2	- 1,6	+ 1,9	- 0,3	+ 0,2
Chemische Industrie.....	114,0	108,5	- 1,9	- 4,7	- 3,6	- 7,1	- 2,7
Chemische Grundstoffe.....	120,7	112,7	- 3,9	- 5,6	- 6,1	- 10,8	- 4,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	116,3	113,5	+ 7,7	+ 1,9	+ 5,8	+ 4,5	+ 5,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	120,7	118,3	+ 5,1	- 2,8	- 2,3	- 3,1	+ 0,3
Kunststoffwaren.....	119,8	117,5	- 1,4	- 3,7	- 2,2	- 3,9	- 1,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	103,7	97,7	- 6,9	- 8,7	- 6,3	- 9,3	- 6,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	111,6	110,0	- 3,3	- 3,1	- 4,9	- 6,7	- 2,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Gießereiindustrie.....	112,1	112,0	- 6,1	- 3,9	- 3,9	- 6,6	- 5,1
Metallerzeugnisse.....	133,4	128,6	+ 2,7	- 0,9	- 2,8	- 12,5	- 0,5
Stahl- und Leichtmetallbau.....	111,2	108,4	- 1,0	- 2,6	- 5,5	- 6,9	- 0,9
Maschinenbau.....	96,7	95,7	- 1,2	- 4,7	- 8,0	- 8,8	- 3,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	107,9	103,8	- 5,3	- 10,0	- 4,6	- 16,0	- 5,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	130,4	140,5	- 6,3	- 15,8	- 17,6	- 12,2	- 7,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	140,9	160,5	- 12,5	- 24,5	- 35,0	- 24,5	- 16,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	113,7	113,3	+ 5,9	- 9,4	- 5,6	- 14,7	- 1,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	156,5	192,6	- 22,1	- 24,5	- 32,6	- 6,8	- 17,0
Optik.....	134,1	134,4	+ 0,1	- 8,2	- 0,2	- 7,2	- 0,2
Fahrzeugbau.....	152,2	159,1	+ 4,4	+ 4,4	- 2,7	- 7,1	+ 4,3
Kraftwagen und Kraftwagentelle.....	167,8	169,1	+ 7,9	+ 6,0	+ 4,1	- 2,0	+ 7,2
Sonstiger Fahrzeugbau.....	66,7	104,2	- 14,0	- 9,5	- 48,9	- 36,4	- 15,1
Schiffbau.....	21,2	24,5	- 48,4	- 80,2	- 70,1	- 58,8	- 63,4
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	112,0	188,3	- 19,0	+ 32,0	- 53,9	- 45,8	- 13,0
Möbel.....	98,6	96,7	- 3,7	- 6,2	- 5,4	- 8,6	- 5,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.1 Werte

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	123,4	123,9	- 0,8	- 5,5	- 6,4	- 8,8	- 1,8
davon: Inland.....	106,3	105,7	- 3,8	- 4,8	- 4,3	- 8,9	- 2,7
Ausland.....	152,7	155,2	+ 2,8	- 6,4	- 8,7	- 8,5	- 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,1	111,0	- 2,9	- 9,2	- 8,1	- 10,7	- 4,3
davon: Inland.....	103,4	101,5	- 3,1	- 7,0	- 6,6	- 10,5	- 3,6
Ausland.....	132,3	129,6	- 2,5	- 12,4	- 10,2	- 11,1	- 5,5
Investitionsgüterproduzenten.....	137,7	142,2	- 0,1	- 3,9	- 7,3	- 9,3	- 0,7
davon: Inland.....	113,3	114,6	- 6,0	- 3,2	- 3,9	- 10,1	- 2,5
Ausland.....	169,0	177,5	+ 5,4	- 4,6	- 10,0	- 8,7	+ 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	112,6	109,9	+ 0,5	- 1,4	+ 0,2	- 5,4	- 0,1
davon: Inland.....	103,9	102,3	+ 1,1	- 3,4	- 0,2	- 4,9	- 1,1
Ausland.....	136,6	130,8	- 0,6	+ 2,7	+ 0,7	- 6,6	+ 1,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	108,3	104,2	+ 4,3	+ 0,4	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,6
davon: Inland.....	94,7	92,8	+ 0,8	- 2,6	+ 1,3	+ 1,4	- 0,2
Ausland.....	150,3	139,0	+ 12,2	+ 6,4	+ 10,9	+ 9,7	+ 8,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	85,3	80,2	- 0,1	- 2,6	+ 1,2	+ 1,9	- 0,4
Textilgewerbe.....	91,4	89,8	- 2,8	- 6,9	- 7,5	- 6,5	- 3,8
Bekleidungsgewerbe.....	77,3	67,5	+ 5,4	+ 1,3	+ 18,7	+ 21,0	+ 3,8
Ledergewerbe.....	117,7	83,9	+ 12,7	- 2,0	- 8,3	- 4,4	- 0,2
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	94,5	92,8	- 7,4	- 7,6	- 3,4	- 4,7	- 6,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	119,4	122,1	- 3,3	- 2,8	- 1,3	- 2,8	- 1,3
Papiergewerbe.....	117,4	120,6	- 5,6	- 2,9	- 3,1	- 4,5	- 2,0
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	131,7	135,9	- 14,4	- 6,9	- 9,0	- 10,4	- 8,1
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	106,3	108,6	+ 4,6	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 4,8
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	122,5	124,5	+ 0,8	- 2,5	+ 1,5	- 0,1	- 0,1
Chemische Industrie.....	113,7	108,0	+ 0,4	- 5,1	- 4,5	- 8,1	- 1,3
Chemische Grundstoffe.....	115,2	106,5	- 1,3	- 8,7	- 10,2	- 15,8	- 3,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	124,8	122,7	+ 10,7	+ 4,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	117,9	115,4	+ 6,4	- 3,0	- 2,8	- 3,7	+ 0,8
Kunststoffwaren.....	117,3	114,9	- 0,7	- 3,9	- 2,8	- 4,3	- 1,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	96,1	91,1	- 4,8	- 7,5	- 6,1	- 8,2	- 4,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	111,3	109,6	- 2,7	- 4,8	- 7,6	- 9,1	- 2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	109,0	107,9	- 5,5	- 8,0	- 10,4	- 12,8	- 5,9
Gießereiindustrie.....	127,1	123,7	+ 1,8	- 3,8	- 6,8	- 14,5	- 2,0
Metallerzeugnisse.....	113,2	110,9	- 0,5	- 2,4	- 5,3	- 6,1	- 0,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	94,8	95,1	0,0	- 5,7	- 6,4	- 4,5	- 2,5
Maschinenbau.....	114,9	110,6	- 4,3	- 9,2	- 4,2	- 15,4	- 4,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	124,3	133,8	- 6,5	- 16,4	- 18,0	- 11,8	- 8,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	98,9	113,1	- 13,9	- 24,8	- 37,6	- 24,3	- 17,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	116,0	115,9	+ 5,8	- 10,8	- 6,5	- 14,2	- 1,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	138,4	172,3	- 24,3	- 26,2	- 35,4	- 7,8	- 19,0
Fahrzeugbau.....	138,3	139,0	+ 1,2	- 8,2	- 0,1	- 7,0	+ 0,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	164,5	171,7	+ 5,2	+ 3,8	- 2,3	- 6,1	+ 4,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	177,5	178,8	+ 9,0	+ 5,6	+ 4,2	- 1,0	+ 7,6
Schiffbau.....	76,4	123,7	- 17,0	- 13,4	- 50,6	- 37,4	- 17,3
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	27,4	30,7	- 33,8	- 78,9	- 66,9	- 29,7	- 59,3
Möbel.....	104,3	195,1	- 24,0	+ 16,4	- 58,4	- 45,9	- 16,5
	108,4	105,9	- 0,9	- 4,2	- 3,4	- 6,1	- 3,2

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.2 Volumen

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	119,3	120,0	- 2,3	- 6,2	- 6,7	- 8,7	- 3,0
davon: Inland.....	104,1	103,8	- 5,1	- 5,4	- 4,9	- 9,0	- 3,7
Ausland.....	145,3	147,8	+ 1,2	- 7,1	- 8,7	- 8,4	- 2,0
Vorleistungsgüterproduzenten.....	111,9	110,1	- 4,6	- 9,0	- 6,7	- 9,1	- 5,5
davon: Inland.....	103,0	101,3	- 4,6	- 6,7	- 5,6	- 9,1	- 4,6
Ausland.....	129,6	127,3	- 4,4	- 12,4	- 8,5	- 9,1	- 6,7
Investitionsgüterproduzenten.....	131,2	135,8	- 1,2	- 5,0	- 8,6	- 10,2	- 1,7
davon: Inland.....	110,1	111,9	- 6,7	- 4,5	- 5,9	- 11,2	- 3,4
Ausland.....	158,1	166,3	+ 4,2	- 5,5	- 11,1	- 9,4	- 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	107,2	104,7	- 1,1	- 2,8	- 1,2	- 6,7	- 1,7
davon: Inland.....	98,8	97,5	- 0,7	- 4,8	- 1,6	- 6,1	- 2,7
Ausland.....	130,6	124,9	- 2,0	+ 1,3	- 0,4	- 7,8	+ 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	103,6	99,4	+ 2,4	- 1,0	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,2
davon: Inland.....	90,8	88,8	- 1,1	- 4,1	- 0,2	- 0,3	- 1,9
Ausland.....	142,9	131,8	+ 10,7	+ 5,3	+ 10,5	+ 8,8	+ 7,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	84,5	79,4	- 0,9	- 3,1	+ 1,0	+ 1,7	- 1,1
Textilgewerbe.....	90,7	89,0	- 4,1	- 7,6	- 7,8	- 6,8	- 4,8
Bekleidungsgewerbe.....	76,3	66,7	+ 5,5	+ 1,3	+ 18,8	+ 21,1	+ 3,9
Ledergewerbe.....	111,2	79,1	+ 9,0	- 5,1	- 10,2	- 6,3	- 2,9
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	96,6	95,1	- 7,8	- 7,3	- 2,7	- 3,8	- 6,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	117,2	120,1	- 5,6	- 3,0	- 0,9	- 2,2	- 3,3
Papiergewerbe.....	114,9	118,6	- 9,3	- 3,3	- 2,5	- 3,3	- 5,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	132,6	137,6	- 17,2	- 5,2	- 6,2	- 6,8	- 10,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	101,0	103,7	+ 0,1	- 1,4	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	120,8	122,4	+ 0,4	- 2,4	+ 1,7	- 0,4	- 0,3
Chemische Industrie.....	111,6	106,0	- 2,1	- 5,5	- 3,5	- 6,9	- 3,1
Chemische Grundstoffe.....	117,9	109,7	- 4,2	- 6,8	- 5,8	- 10,7	- 5,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	113,7	111,5	+ 7,3	+ 1,2	+ 5,0	+ 4,7	+ 4,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	116,6	114,2	+ 4,7	- 4,0	- 3,4	- 4,0	- 0,5
Kunststoffwaren.....	115,7	113,5	- 2,2	- 4,7	- 3,3	- 4,5	- 2,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	96,4	91,3	- 7,0	- 9,2	- 7,3	- 9,2	- 6,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	108,7	107,1	- 3,5	- 3,8	- 5,4	- 7,0	- 3,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	109,9	109,1	- 6,2	- 4,2	- 3,8	- 6,4	- 5,5
Gießereiindustrie.....	125,0	122,3	+ 1,4	- 2,6	- 4,4	- 11,8	- 2,2
Metallerzeugnisse.....	107,8	105,6	- 1,3	- 3,4	- 6,6	- 7,3	- 1,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	90,3	90,7	- 0,8	- 6,4	- 10,1	- 8,3	- 3,9
Maschinenbau.....	107,3	103,2	- 5,6	- 10,4	- 5,2	- 16,4	- 5,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	126,6	137,2	- 7,1	- 16,7	- 18,8	- 11,7	- 8,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	126,9	145,9	- 10,9	- 23,3	- 36,4	- 22,5	- 15,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	112,7	112,4	+ 5,0	- 10,7	- 6,9	- 15,0	- 2,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	150,4	187,5	- 23,6	- 25,6	- 34,2	- 6,0	- 17,9
Optik.....	129,9	130,7	- 0,2	- 9,0	- 0,5	- 7,2	- 0,4
Fahrzeugbau.....	153,8	160,3	+ 4,1	+ 3,2	- 3,0	- 7,0	+ 3,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	165,8	166,6	+ 7,8	+ 5,0	+ 3,6	- 1,8	+ 6,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	73,0	118,0	- 17,9	- 14,3	- 51,0	- 37,9	- 18,0
Schiffbau.....	26,2	29,3	- 34,5	- 79,2	- 67,2	- 30,4	- 59,5
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	99,2	185,6	- 24,8	+ 15,3	- 58,8	- 46,4	- 17,3
Möbel.....	96,0	93,9	- 4,1	- 7,3	- 6,2	- 8,7	- 6,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.1 Werte

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	159,3	159,5	+ 5,4	+ 6,8	+ 3,3	- 7,8	+ 6,6
davon: Inland.....	134,3	135,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,2	- 4,9	+ 3,1
Ausland.....	284,5	282,1	+ 14,9	+ 19,5	+ 6,1	- 13,8	+ 15,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	176,8	171,9	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,6	- 4,2	+ 6,3
davon: Inland.....	151,5	148,5	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,6	- 5,9	+ 3,0
Ausland.....	295,1	281,8	+ 15,4	+ 5,0	+ 6,4	+ 0,3	+ 15,8
Investitionsgüterproduzenten.....	140,1	145,6	+ 3,9	+ 11,2	+ 2,6	- 12,3	+ 6,9
davon: Inland.....	111,2	116,4	- 2,1	0,0	- 0,4	- 4,1	+ 2,3
Ausland.....	279,1	285,9	+ 14,7	+ 36,1	+ 8,8	- 25,0	+ 15,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	168,8	168,5	+ 3,5	+ 0,8	- 4,5	- 11,3	+ 1,4
davon: Inland.....	158,7	158,6	+ 6,3	+ 1,9	+ 1,1	- 9,8	+ 3,0
Ausland.....	270,9	268,9	- 9,7	- 4,5	- 28,4	- 19,0	- 7,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	170,6	168,2	+ 13,4	+ 10,7	+ 12,4	+ 2,9	+ 10,9
davon: Inland.....	161,5	157,4	+ 9,5	+ 8,8	+ 14,3	+ 1,0	+ 8,7
Ausland.....	239,7	250,7	+ 36,5	+ 20,5	+ 3,4	+ 12,9	+ 22,3
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	143,1	148,2	+ 3,0	- 0,6	+ 0,9	- 1,7	+ 3,9
Textilgewerbe.....	161,2	168,2	+ 3,1	- 1,1	- 1,5	- 4,2	+ 3,4
Bekleidungsgewerbe.....	79,1	77,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 22,4	+ 22,4	+ 7,5
Ledergewerbe.....	119,5	126,5	+ 5,1	+ 5,6	+ 6,5	+ 4,8	+ 4,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	267,7	255,6	+ 6,6	+ 7,8	+ 35,0	+ 11,8	+ 9,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	190,6	187,5	+ 8,3	+ 3,2	+ 7,3	+ 0,9	+ 6,9
Papiergewerbe.....	188,2	182,9	+ 5,3	- 0,8	+ 7,6	+ 0,3	+ 5,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	160,3	147,4	- 2,6	- 12,1	- 4,5	- 9,0	- 2,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	221,1	224,6	+ 14,3	+ 11,0	+ 20,7	+ 8,9	+ 14,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	195,4	197,2	+ 14,2	+ 11,9	+ 6,4	+ 2,1	+ 9,9
Chemische Industrie.....	165,6	162,4	+ 5,7	+ 7,0	- 7,9	- 11,2	+ 5,4
Chemische Grundstoffe.....	161,8	155,7	+ 6,4	+ 6,7	- 11,6	- 15,6	+ 5,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	201,3	184,6	+ 21,0	+ 17,5	+ 24,0	+ 5,5	+ 18,0
Gummi- und Kunststoffwaren.....	191,2	189,6	+ 10,7	+ 10,4	+ 12,1	+ 8,3	+ 11,2
Kunststoffwaren.....	185,9	181,9	+ 9,1	+ 7,4	+ 9,9	+ 3,6	+ 8,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	161,4	148,0	- 3,4	- 4,0	+ 0,2	- 8,8	- 2,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	154,0	150,4	+ 0,1	+ 2,1	- 0,5	- 6,6	+ 1,8
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	142,8	150,6	- 3,2	- 3,6	- 10,7	- 14,2	- 1,8
Gießereiindustrie.....	239,2	209,4	+ 13,4	+ 9,4	+ 6,2	- 19,2	+ 13,2
Metallerzeugnisse.....	161,9	150,3	+ 2,8	+ 6,3	+ 7,1	- 0,4	+ 4,6
Stahl- und Leichtmetallbau.....	147,4	135,4	- 2,1	+ 4,7	+ 7,3	- 7,2	- 1,0
Maschinenbau.....	127,5	123,9	+ 0,9	- 2,2	+ 8,6	- 7,1	+ 3,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	198,8	197,5	+ 8,0	- 0,5	+ 2,6	- 17,6	+ 3,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	425,1	449,0	- 29,7	- 35,5	- 26,7	- 39,1	- 28,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	131,1	128,1	+ 20,6	+ 11,0	+ 20,3	- 10,5	+ 17,5
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	319,6	324,6	+ 8,9	- 5,4	- 0,5	- 19,1	+ 0,4
Fahrzeugbau.....	247,4	237,2	+ 7,2	+ 8,3	+ 4,2	- 6,5	+ 5,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	134,2	147,9	+ 10,5	+ 30,4	+ 3,3	- 8,6	+ 16,9
Sonstiger Fahrzeugbau.....	241,6	259,0	+ 8,5	+ 31,4	+ 15,8	- 5,4	+ 19,6
Schiffbau.....	45,9	56,6	+ 14,7	+ 27,7	- 29,6	- 19,1	+ 10,0
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	5,6	9,4	- 76,6	- 84,2	- 86,9	- 92,2	- 79,2
Möbel.....	2067,4	598,7	+ 339,2	+ 584,9	+ 247,9	+ 8,6	+ 96,8
	151,0	153,2	+ 4,2	+ 7,5	+ 5,3	- 5,8	+ 6,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.2 Volumen

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	156,0	156,5	+ 3,8	+ 5,8	+ 3,1	- 7,9	+ 5,1
davon: Inland.....	132,8	133,8	0,0	+ 1,2	+ 1,8	- 5,4	+ 1,8
Ausland.....	273,2	270,9	+ 13,1	+ 18,5	+ 6,5	- 13,6	+ 13,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	176,3	172,1	+ 4,2	+ 3,4	+ 5,1	- 2,5	+ 5,2
davon: Inland.....	152,2	149,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 3,7	- 4,7	+ 1,8
Ausland.....	290,8	279,8	+ 13,1	+ 5,6	+ 9,1	+ 3,4	+ 14,7
Investitionsgüterproduzenten.....	135,6	141,1	+ 2,6	+ 9,0	+ 0,7	- 14,0	+ 5,2
davon: Inland.....	109,4	115,0	- 3,1	- 1,5	- 2,2	- 6,2	+ 0,9
Ausland.....	261,6	266,7	+ 13,3	+ 33,7	+ 7,0	- 26,7	+ 13,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	157,8	157,3	+ 1,7	- 1,3	- 6,1	- 12,9	- 0,5
davon: Inland.....	148,4	148,0	+ 4,3	- 0,5	- 0,6	- 11,6	+ 1,0
Ausland.....	253,0	252,4	- 11,2	- 5,6	- 29,6	- 20,1	- 8,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	162,4	160,3	+ 11,3	+ 8,7	+ 10,5	+ 1,4	+ 8,9
davon: Inland.....	153,9	150,4	+ 7,3	+ 6,8	+ 12,0	- 0,5	+ 6,7
Ausland.....	226,3	235,3	+ 35,0	+ 18,9	+ 2,9	+ 11,4	+ 20,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	142,1	147,5	+ 1,7	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	+ 2,8
Textilgewerbe.....	160,5	167,9	+ 1,6	- 2,2	- 2,1	- 4,4	+ 2,0
Bekleidungsgewerbe.....	77,2	75,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 22,3	+ 22,1	+ 7,6
Ledergewerbe.....	113,0	119,7	+ 2,1	+ 2,6	+ 4,4	+ 3,2	+ 2,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	276,2	266,2	+ 6,8	+ 9,5	+ 37,2	+ 14,7	+ 10,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	188,0	185,0	+ 6,1	+ 3,8	+ 9,0	+ 2,7	+ 5,2
Papiergewerbe.....	187,7	182,5	+ 2,6	+ 0,4	+ 10,7	+ 3,3	+ 3,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	166,8	154,0	- 3,3	- 7,1	+ 3,3	- 1,2	- 2,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	212,1	216,1	+ 9,4	+ 8,2	+ 18,4	+ 7,5	+ 9,8
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	188,6	190,2	+ 13,2	+ 11,3	+ 5,7	+ 1,4	+ 9,0
Chemische Industrie.....	163,3	160,7	+ 0,7	+ 5,6	- 7,3	- 10,2	+ 1,9
Chemische Grundstoffe.....	164,0	158,6	+ 0,3	+ 6,5	- 9,0	- 12,2	+ 1,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	182,5	167,3	+ 16,8	+ 13,7	+ 20,1	+ 2,3	+ 14,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	188,6	186,9	+ 8,9	+ 9,1	+ 11,0	+ 7,4	+ 9,6
Kunststoffwaren.....	183,1	178,9	+ 7,3	+ 6,3	+ 8,9	+ 2,7	+ 7,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	162,0	148,4	- 6,0	- 6,0	- 0,3	- 9,8	- 4,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	149,7	147,2	- 0,2	+ 3,2	+ 0,7	- 5,3	+ 1,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	143,0	151,3	- 3,4	+ 0,3	- 4,5	- 9,1	- 0,9
Gießereiindustrie.....	234,5	204,9	+ 12,7	+ 10,2	+ 8,5	- 17,5	+ 12,8
Metallerzeugnisse.....	154,4	144,2	+ 2,4	+ 5,4	+ 4,5	- 2,4	+ 3,6
Stahl- und Leichtmetallbau.....	141,0	129,4	- 2,6	+ 4,3	+ 2,8	- 11,3	- 2,2
Maschinenbau.....	119,2	115,6	- 0,6	- 3,6	+ 7,4	- 8,3	+ 2,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	207,0	207,0	+ 6,4	- 2,1	+ 1,5	- 18,3	+ 2,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	551,3	588,3	- 28,5	- 35,9	- 24,8	- 36,5	- 26,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	129,6	126,4	+ 20,0	+ 11,2	+ 19,6	- 11,2	+ 16,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	343,3	351,2	+ 8,3	- 5,2	+ 1,1	- 18,0	+ 0,6
Fahrzeugbau.....	231,6	222,0	+ 5,6	+ 7,1	+ 3,3	- 7,1	+ 4,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	126,9	139,8	+ 9,7	+ 28,7	+ 2,3	- 9,3	+ 15,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	228,1	244,2	+ 7,8	+ 29,8	+ 15,1	- 5,9	+ 18,4
Schiffbau.....	43,8	53,9	+ 13,7	+ 25,3	- 30,6	- 20,3	+ 8,5
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	5,3	9,0	- 76,7	- 84,5	- 87,2	- 92,3	- 79,3
Möbel.....	1966,2	570,4	+ 334,1	+ 606,9	+ 242,7	+ 7,3	+ 98,1
	134,5	136,4	+ 1,0	+ 4,5	+ 2,7	- 8,0	+ 3,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3 Umsatz der Industrie¹⁾

*3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	134,1	133,9	+ 3,2	- 0,2	+ 1,0	- 5,2	+ 2,7
davon: Inland.....	116,0	115,5	+ 1,1	- 1,4	+ 1,6	- 5,3	+ 0,9
Ausland.....	167,3	167,6	+ 6,2	+ 1,5	+ 0,3	- 5,1	+ 5,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	121,8	118,4	+ 1,4	- 4,1	- 3,9	- 8,6	0,0
davon: Inland.....	111,6	108,1	+ 0,6	- 3,0	- 2,0	- 7,6	- 0,1
Ausland.....	143,2	140,0	+ 2,4	- 6,0	- 7,0	- 10,3	+ 0,1
Investitionsgüterproduzenten.....	153,2	156,5	+ 4,8	+ 2,7	+ 4,6	- 3,7	+ 5,0
davon: Inland.....	127,9	130,7	+ 1,5	- 0,1	+ 5,8	- 4,0	+ 2,0
Ausland.....	187,9	191,9	+ 8,2	+ 5,3	+ 3,6	- 3,3	+ 7,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	116,4	116,9	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,5	- 3,3	+ 2,6
davon: Inland.....	106,7	107,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,4	- 4,1	+ 0,6
Ausland.....	145,3	145,5	+ 7,1	+ 7,1	+ 4,8	- 1,6	+ 7,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	112,5	110,2	+ 3,5	+ 1,2	+ 3,7	+ 2,2	+ 2,5
davon: Inland.....	98,0	97,4	+ 0,8	- 1,0	+ 0,4	0,0	0,0
Ausland.....	160,2	152,5	+ 9,6	+ 6,1	+ 11,0	+ 7,1	+ 8,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	91,0	86,5	+ 0,6	- 3,7	- 4,5	- 3,9	- 1,3
Textilgewerbe.....	97,5	94,8	- 0,1	- 3,3	- 1,8	- 7,5	- 0,7
Bekleidungsgewerbe.....	81,7	74,7	+ 2,2	- 3,9	- 8,9	+ 3,3	- 2,0
Ledergewerbe.....	92,1	86,3	+ 6,4	+ 2,3	+ 1,3	- 0,8	+ 1,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	104,6	103,2	- 8,4	- 7,9	- 2,3	- 7,7	- 7,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	122,6	121,4	+ 2,0	- 1,2	+ 1,2	- 1,9	+ 1,9
Papiergewerbe.....	121,4	118,4	+ 2,3	- 2,1	+ 1,0	- 2,7	+ 2,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	128,6	123,9	- 2,5	- 7,8	- 4,8	- 6,9	- 1,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	115,2	113,9	+ 7,7	+ 4,0	+ 6,9	+ 1,6	+ 6,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	124,6	125,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,5	- 1,0	+ 1,0
Chemische Industrie.....	120,1	115,7	+ 1,4	- 4,1	- 3,7	- 8,0	- 0,2
Chemische Grundstoffe.....	122,1	115,4	+ 0,4	- 7,8	- 9,4	- 14,8	- 2,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	136,1	134,4	+ 8,7	+ 6,2	+ 11,4	+ 8,0	+ 8,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	125,4	121,6	+ 1,6	- 0,5	+ 0,6	- 3,7	+ 1,1
Kunststoffwaren.....	124,1	120,5	+ 0,4	- 1,5	- 0,1	- 5,1	+ 0,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	105,0	100,7	- 2,1	- 4,1	- 3,4	- 5,3	- 2,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	119,7	116,6	+ 2,3	- 1,6	+ 0,2	- 6,3	+ 1,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	116,4	113,3	+ 5,0	- 2,5	- 3,8	- 8,4	+ 2,2
Gießereiindustrie.....	143,5	138,5	+ 9,4	+ 7,3	+ 4,3	- 4,1	+ 8,4
Metallerzeugnisse.....	122,4	119,4	+ 0,2	- 0,9	+ 3,6	- 4,5	+ 1,4
Stahl- und Leichtmetallbau.....	106,5	108,1	- 1,0	+ 1,2	+ 1,0	- 5,4	- 0,3
Maschinenbau.....	123,5	126,2	+ 5,6	+ 2,9	+ 5,8	- 4,0	+ 4,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	139,7	144,2	+ 1,8	- 5,3	- 9,2	- 10,4	- 0,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	119,8	127,8	- 8,0	- 14,5	- 20,1	- 24,9	- 10,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä. Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	127,0	127,5	+ 1,3	0,0	- 4,2	- 9,4	+ 0,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	172,2	180,7	+ 1,5	- 14,4	- 20,6	- 12,1	- 3,3
Fahrzeugbau.....	142,2	149,3	+ 7,3	+ 2,9	+ 5,0	- 2,9	+ 6,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	187,1	188,8	+ 6,7	+ 6,5	+ 9,9	- 1,2	+ 8,2
Sonstiger Fahrzeugbau.....	192,7	189,2	+ 8,1	+ 5,1	+ 10,2	- 0,9	+ 8,5
Schiffbau.....	146,4	185,7	- 3,4	+ 17,0	+ 7,6	- 3,1	+ 6,8
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	43,9	97,1	- 44,0	+ 59,8	- 3,5	+ 37,7	+ 0,5
Möbel.....	220,4	269,1	+ 8,7	+ 12,3	+ 5,9	- 9,7	+ 10,3
	112,1	112,6	0,0	- 0,3	+ 0,8	- 5,2	- 0,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3 Umsatz der Industrie¹⁾

*3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	Oktober	November p)	2. Vj.	3. Vj.	Oktober	November p)	Januar - November p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).....	131,2	130,8	+ 2,9	- 1,0	+ 0,3	- 5,4	+ 2,2
davon: Inland.....	113,0	112,4	+ 0,6	- 2,2	+ 0,8	- 5,4	+ 0,3
Ausland.....	163,1	163,1	+ 5,9	+ 0,4	- 0,2	- 5,2	+ 4,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,8	114,1	+ 0,7	- 5,2	- 4,7	- 9,3	- 0,7
davon: Inland.....	107,6	103,7	+ 0,1	- 3,8	- 2,8	- 8,4	- 0,8
Ausland.....	138,1	134,9	+ 1,8	- 6,9	- 7,7	- 10,8	- 0,7
Investitionsgüterproduzenten.....	151,4	154,5	+ 4,7	+ 1,7	+ 3,9	- 3,4	+ 4,7
davon: Inland.....	126,3	129,3	+ 1,2	- 0,8	+ 4,9	- 3,7	+ 1,7
Ausland.....	183,8	187,1	+ 8,1	+ 4,1	+ 3,0	- 3,2	+ 7,4
Gebrauchsgüterproduzenten.....	113,7	113,8	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,9	- 3,2	+ 2,3
davon: Inland.....	103,3	103,6	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,5	- 4,0	+ 0,1
Ausland.....	143,3	143,0	+ 7,2	+ 7,1	+ 4,8	- 1,7	+ 7,0
Verbrauchsgüterproduzenten.....	109,8	107,5	+ 3,0	+ 0,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,9
davon: Inland.....	94,7	94,1	+ 0,1	- 1,8	- 0,7	- 0,4	- 0,8
Ausland.....	158,4	150,7	+ 9,0	+ 5,8	+ 11,0	+ 7,3	+ 7,7
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	88,5	83,4	0,0	- 3,8	- 4,8	- 3,9	- 1,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	118,7	117,5	+ 1,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,3	+ 1,3
Chemische Industrie.....	117,4	113,1	+ 0,9	- 5,1	- 3,7	- 8,0	- 0,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	120,8	117,0	+ 0,8	- 1,2	- 0,3	- 4,3	+ 0,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	116,6	113,4	+ 2,0	- 2,5	- 0,3	- 6,4	+ 1,3
Maschinenbau.....	122,6	124,4	+ 5,5	+ 2,6	+ 5,5	- 4,8	+ 4,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	135,4	139,7	+ 1,6	- 6,0	- 10,6	- 11,0	- 0,9
Fahrzeugbau.....	184,9	186,8	+ 6,4	+ 4,9	+ 9,0	- 0,4	+ 7,6
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2).....	184,0	187,3	+ 7,5	+ 10,8	+ 10,7	- 3,4	+ 9,2
davon: Inland.....	155,9	157,0	+ 6,0	+ 6,2	+ 10,2	- 3,3	+ 6,4
Ausland.....	333,9	349,0	+ 11,0	+ 22,3	+ 12,3	- 3,6	+ 16,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	184,9	185,1	+ 7,1	+ 6,1	+ 5,2	- 1,3	+ 7,5
davon: Inland.....	161,3	162,3	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,9	- 1,0	+ 6,0
Ausland.....	299,9	296,5	+ 11,3	+ 8,8	+ 6,0	- 2,1	+ 11,8
Investitionsgüterproduzenten.....	185,8	192,8	+ 7,2	+ 16,9	+ 17,1	- 6,7	+ 11,2
davon: Inland.....	146,9	147,9	+ 5,5	+ 7,2	+ 15,9	- 7,4	+ 6,4
Ausland.....	387,6	425,7	+ 9,9	+ 36,5	+ 19,3	- 5,5	+ 20,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	167,6	175,5	+ 9,0	+ 3,3	+ 10,6	- 4,1	+ 6,3
davon: Inland.....	159,1	164,6	+ 9,8	+ 2,7	+ 11,8	- 5,3	+ 5,4
Ausland.....	249,0	279,8	+ 4,6	+ 6,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 11,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	179,6	178,2	+ 11,8	+ 12,9	+ 15,4	+ 5,9	+ 11,6
davon: Inland.....	169,7	168,9	+ 8,6	+ 12,0	+ 16,2	+ 6,4	+ 10,0
Ausland.....	263,5	257,5	+ 30,9	+ 17,7	+ 11,2	+ 2,8	+ 20,3
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	142,1	148,9	+ 6,7	- 0,1	+ 0,1	- 4,2	+ 4,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	198,0	197,6	+ 8,4	+ 6,3	+ 12,7	+ 2,4	+ 9,0
Chemische Industrie.....	170,6	166,0	+ 8,1	+ 9,2	- 3,9	- 8,2	+ 7,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	197,7	194,5	+ 9,1	+ 7,3	+ 9,8	+ 2,1	+ 9,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	159,6	159,2	+ 5,6	+ 6,9	+ 4,2	- 5,0	+ 6,9
Maschinenbau.....	143,3	161,8	+ 7,0	+ 7,3	+ 12,7	+ 10,2	+ 10,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	224,0	230,6	+ 4,1	+ 3,8	+ 11,7	- 2,8	+ 5,1
Fahrzeugbau.....	233,1	232,0	+ 12,8	+ 33,8	+ 29,1	- 12,8	+ 18,8

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2001											
		Oktober	November	3. VJ		September	Oktober	November	Januar – November				
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Baugenehmigungen 1)													
Wohn- und Nichtwohngebäude													
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	83,4	...	–	6,1	–	16,1	+	9,6		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	10 744	...	–	8,9	–	19,2	+	8,1		
Wohngebäude													
Wohnungen	Anzahl	21 625	...	–	13,8	–	19,2	–	3,3		
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	58,7	...	–	10,4	–	15,5	–	2,9		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	5 819	...		10,6	–	15,1	–	3,0		
Nichtwohngebäude													
Öffentliche Bauherren													
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	112,0	...	–	18,3	–	25,5	+	15,4		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	983	...	–	24,2	–	34,3	+	28,2		
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)													
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	112,9	...	–	1,1	–	15,3	+	19,6		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	3 942	...	–	1,7	–	21,3	+	24,4		
Auftragseingang 2)													
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau		1995 = 100	72,8	...	–	1,2	–	8,1	–	3,4	
Hochbau	1995 = 100	63,7	...	–	3,8	–	11,4	–	5,1		
Wohnungsbau	1995 = 100	54,0	...	–	12,1	–	12,6	–	14,3		
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	70,7	...	+	1,8	–	10,7	+	1,0		
Gewerblicher Hochbau dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100		
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100		
Tiefbau	1995 = 100	87,9	...	+	2,5	–	3,5	–	1,3		
Straßenbau	1995 = 100	102,2	...	+	4,1	–	2,7	+	8,0		
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	81,8	...	+	1,6	–	3,9	–	5,8		
Gewerblicher Tiefbau dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100		
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100		
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)													
Insgesamt	1995 = 100	91,2	81,0p	–	9,6	–	9,0p	–	3,1	–	9,4p	–	10,8p
Hochbauleistungen	1995 = 100	86,3	76,6p	–	12,8	–	12,0p	–	5,4	–	11,1p	–	13,2p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	100,4	89,2p	–	4,0	–	3,8p	+	0,8	–	6,5p	–	6,2p
Baufertigstellungen 1)													
Wohnungen	Anzahl	16 224	...	–	24,1	–	32,6	–	23,1		
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m³	9 604	...	–	20,4	–	29,4	–	22,7		
Nichtwohngebäude	1 000 m³	12 361	...	+	1,5	+	3,8	+	8,0		
Beschäftigte													
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000		
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	13,6	11,0	–	17,0	–	11,2	–	10,6	–	12,7	–	16,5
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	218,8	231,3	+	7,1	+	6,5	+	6,7	+	5,9	+	7,8

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2001									
		Oktober	November	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
				3. VJ	September	Oktober	November	Januar – November			
Baugenehmigungen 1)											
Wohn- und Nichtwohngebäude											
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	100,1	...	–	0,2	–	12,9	+	14,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	9 187	...	–	5,1	–	13,6	+	11,1
Wohngebäude											
Wohnungen	Anzahl	17 879	...	–	8,4	–	19,4	–	3,7
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	66,6	...	–	7,1	–	15,7	–	3,4
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	4 993	...	–	7,1	–	14,4	–	3,1
Nichtwohngebäude											
Öffentliche Bauherren											
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	97,0	...	–	7,8	+	11,9	–	6,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	600	...	–	17,1	+	15,2	+	20,5
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)											
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	149,6	...	+	7,0	–	12,8	+	31,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	3 594	...	+	1,7	–	17,2	+	37,1
Auftragseingang 2)											
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau											
Hochbau	1995 = 100	79,1	...	+	2,3	–	6,8	–	2,9
Wohnungsbau	1995 = 100	72,7	...	+	1,7	–	9,2	–	4,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	61,8	...	–	5,4	–	10,0	–	16,9
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	80,1	...	+	6,1	–	8,7	+	3,4
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	89,4	...	+	3,2	–	3,2	–	0,4
Straßenbau	1995 = 100	97,3	...	–	0,4	–	0,5	+	10,8
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	85,9	...	+	5,2	–	4,6	–	5,3
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)											
Insgesamt	1995 = 100	95,6	84,1p	–	8,1	–	7,5	–	2,0	–	8,5p
Hochbauleistungen	1995 = 100	91,9	81,1p	–	10,7	–	10,1	–	3,9	–	9,8p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	102,5	89,7p	–	3,2	–	2,8	+	1,0	–	6,2p
Baufertigstellungen 1)											
Wohnungen	Anzahl	13 069	...	–	24,5	–	35,0	–	18,4
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m³	7 983	...	–	20,7	–	31,7	–	18,7
Nichtwohngebäude	1 000 m³	11 117	...	+	0,6	–	3,9	+	20,3
Beschäftigte											
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	8,4
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	8,1	6,5	–	24,4	–	23,7	–	21,5	–	21,8
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	102,2	110,1	+	6,8	+	7,4	+	6,5	+	5,7

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2001												
		Oktober	November	3. VJ	September	Oktober	November	Januar – November						
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Baugenehmigungen 1)														
Wohn- und Nichtwohngebäude														
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	41,0	...	–	16,8	–	32,7	–	11,6			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes		Mill. DM	1 557	...	–	28,7	–	44,5	–	6,4		
Wohngebäude														
Wohnungen	Anzahl	3 746	...	–	19,2	–	18,0	–	0,8			
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	35,2	...	–	16,7	–	14,9	–	0,0			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes		Mill. DM	826	...	–	19,3	–	19,4	–	2,6		
Nichtwohngebäude														
Öffentliche Bauherren														
Rauminhalt in 1000 m14	1995 = 100	150,4	...	–	50,5	–	77,3	+	88,0			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes		Mill. DM	383	...	–	60,7	–	80,5	+	42,6		
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)														
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	36,0	...	–	7,6	–	31,1	–	33,9			
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes		Mill. DM	348	...	–	22,4	–	46,6	–	36,3		
Auftragseingang 2)														
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau		1995 = 100	56,8	...	–	21,6	–	12,8	–	5,6		
Hochbau		1995 = 100	41,1	...	–	22,7	–	21,6	–	7,6		
Wohnungsbau		1995 = 100	36,4	...	–	40,3	–	22,5	–	4,0		
Hochbau ohne Wohnungsbau		1995 = 100	45,0	...	–	5,2	–	20,8	–	9,8		
Gewerblicher Hochbau		1995 = 100			
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post		1995 = 100			
Öffentlicher Hochbau		1995 = 100			
Tiefbau		1995 = 100	84,1	...	–	20,3	–	4,1	–	4,1		
Straßenbau		1995 = 100	115,7	...	–	15,8	–	8,0	+	1,2		
Tiefbau ohne Straßenbau		1995 = 100	71,8	...	–	22,1	–	1,3	–	7,2		
Gewerblicher Tiefbau		1995 = 100			
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post		1995 = 100			
Sonstiger öffentlicher Tiefbau		1995 = 100			
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)														
Insgesamt	1995 = 100	75,4	69,9p	–	16,1	–	15,3	–	7,5	–	13,2p	–	16,3p	
Hochbauleistungen		1995 = 100	65,7	60,4p	–	21,6	–	20,5	–	12,6	–	16,8p	–	21,0p
Tiefbauleistungen		1995 = 100	93,0	87,3p	–	7,3	–	7,6	+	0,1	–	8,0p	–	9,1p
Baufertigstellungen 1)														
Wohnungen	Anzahl	3 155	...	–	22,5	–	22,6	–	37,8			
Rauminhalt: Wohngebäude		1 000 m³	1 621	...	–	29,0	–	18,0	–	37,8		
Nichtwohngebäude		1 000 m³	1 244	...	–	20,6	+	40,6	–	43,7		
Beschäftigte														
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)		1 000	–	17,1			
Offene Stellen (Bauberufe) 5)		1 000	5,5	4,5	–	2,2	+	13,4	+	12,5	+	16,2	–	4,9
Arbeitslose (Bauberufe) 5)		1 000	116,7	121,3	+	7,4	+	5,8	+	6,8	+	5,1	+	9,7

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*4. Löhne und Gehälter

	2001											
	August	September	Oktober	November		August	September	Oktober	November			
	1995 = 100					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Bundesrepublik Deutschland												
Tariflohn- und –gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)												
auf Stundenbasis	105,2	105,7	105,7	174,1	+	2,0	+	2,3	+	2,3	+	1,9
auf Monatsbasis	104,6	105,1	105,1	173,2	+	1,9	+	2,2	+	2,2	+	1,9
Tariflohn- und –gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)												
auf Stundenbasis	105,8	105,9	106,0	170,8	+	2,0	+	1,9	+	1,9	+	2,0
auf Monatsbasis	104,4	104,4	104,5	168,4	+	1,9	+	1,9	+	1,9	+	2,0
Früheres Bundesgebiet												
Tariflohn- und –gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)												
auf Stundenbasis	103,8	104,2	104,3	174,3	+	1,9	+	2,1	+	2,1	+	1,8
auf Monatsbasis	103,4	103,8	103,8	173,6	+	1,9	+	2,1	+	2,1	+	1,8
Tariflohn- und –gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)												
auf Stundenbasis	104,6	104,7	104,7	172,0	+	1,9	+	1,8	+	1,9	+	2,0
auf Monatsbasis	103,3	103,4	103,4	169,8	+	1,9	+	1,8	+	1,9	+	2,0
Neue Länder und Berlin-Ost												
Tariflohn- und –gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)												
auf Stundenbasis	112,5	113,4	113,4	170,6	+	2,4	+	3,0	+	2,9	+	2,7
auf Monatsbasis	111,3	112,2	112,2	168,7	+	2,3	+	2,9	+	2,8	+	2,5
Tariflohn- und –gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)												
auf Stundenbasis	113,2	113,2	113,4	155,7	+	2,1	+	2,1	+	2,2	+	1,9
auf Monatsbasis	111,5	111,6	111,8	153,5	+	2,0	+	2,0	+	2,2	+	1,9

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5. Außenwirtschaft

*5.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001				
	Januar - Oktober	Januar - Oktober		August	September	Oktober	Januar - Oktober	Januar - Oktober
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Einfuhr insgesamt	856 408	903 741	+ 47 333	- 2,1	- 3,5	- 3,6	+ 5,5	100
Güter der Ernährungswirtschaft.....	65 660	63 709	- 1 951	- 5,5	- 6,8	- 7,1	- 3,0	7,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	751 001	754 894	+ 3 894	- 7,9	- 9,7	- 7,7	+ 0,5	83,5
Rohstoffe und Halbwaren.....	128 834	128 983	+ 149	- 16,9	- 17,4	- 13,3	+ 0,1	14,3
Rohstoffe.....	50 255	49 548	- 707	- 17,1	- 16,8	- 11,7	- 1,4	5,5
Halbwaren.....	78 578	79 435	+ 856	- 16,7	- 17,8	- 14,3	+ 1,1	8,8
Fertigwaren.....	622 167	625 912	+ 3 745	- 6,1	- 7,8	- 6,6	+ 0,6	69,3
Vorzeugnisse.....	93 489	89 051	- 4 438	- 13,7	- 14,7	- 12,7	- 4,7	9,9
Enderzeugnisse.....	528 678	536 861	+ 8 183	- 4,7	- 6,6	- 5,5	+ 1,5	59,4
Vorleistungsgüter.....	359 986	360 952	+ 966	- 15,0	- 12,2	- 11,7	+ 0,3	39,9
Investitionsgüter.....	244 911	252 919	+ 8 008	- 0,4	- 5,9	- 5,0	+ 3,3	28,0
Gebrauchsgüter.....	42 927	42 180	- 746	+ 4,9	- 5,1	- 1,4	- 1,7	4,7
Verbrauchsgüter.....	126 350	125 070	- 1 279	- 3,3	- 7,0	- 1,9	- 1,0	13,8
Landwirtschaftsgüter.....	26 965	25 418	- 1 547	- 5,8	- 10,8	- 16,7	- 5,7	2,8
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	55 270	97 201	+ 41 931	+ 91,3	+ 102,3	+ 51,7	+ 75,9	10,8
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	25 214	23 867	- 1 347	- 4,8	- 10,1	- 16,6	- 5,3	2,6
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	911	821	- 90	- 26,4	- 1,3	- 21,1	- 9,9	0,1
Fische und Fischereierzeugnisse.....	840	730	- 110	- 17,8	- 39,8	- 16,1	- 13,1	0,1
Kohle und Torf.....	1 516	2 410	+ 894	+ 63,3	+ 6,5	+ 50,5	+ 58,9	0,3
Erdöl und Erdgas.....	51 235	55 159	+ 3 925	- 26,3	+ 1,2	- 2,5	+ 7,7	6,1
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze.....	4 180	4 325	+ 145	+ 18,0	- 34,1	- 4,2	+ 3,5	0,5
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	2 081	1 850	- 230	- 21,9	- 26,8	- 8,2	- 11,1	0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	41 619	40 917	- 702	- 8,7	- 5,7	- 0,4	- 1,7	4,5
Tabakerzeugnisse.....	1 182	1 165	- 17	+ 38,6	+ 29,0	- 47,7	- 1,5	0,1
Textilien.....	22 384	21 034	- 1 350	- 6,7	- 14,8	- 10,1	- 6,0	2,3
Bekleidung.....	29 250	28 678	- 572	+ 1,1	- 20,1	- 10,3	- 2,0	3,2
Leder und Lederwaren.....	10 794	10 606	- 187	- 1,2	- 1,0	- 10,4	- 1,7	1,2
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	8 846	7 115	- 1 730	- 22,5	- 23,1	- 17,5	- 19,6	0,8
Papier.....	21 082	19 817	- 1 265	- 9,5	- 20,9	- 24,4	- 6,0	2,2
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	5 275	4 630	- 645	- 13,3	- 21,3	- 7,5	- 12,2	0,5
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	19 611	18 548	- 1 062	+ 5,0	- 32,6	- 20,1	- 5,4	2,1
Chemische Erzeugnisse.....	83 399	92 986	+ 9 588	- 14,8	+ 12,9	+ 4,3	+ 11,5	10,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	22 015	20 785	- 1 230	- 8,6	- 5,9	- 10,0	- 5,6	2,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	11 540	10 712	- 828	- 19,9	- 15,8	- 3,6	- 7,2	1,2
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	48 110	45 506	- 2 604	- 19,6	- 23,0	- 19,5	- 5,4	5,0
Metallerzeugnisse.....	20 304	19 753	- 552	- 6,1	- 14,6	- 1,9	- 2,7	2,2
Maschinen.....	61 602	62 325	+ 723	- 3,5	- 5,2	- 5,7	+ 1,2	6,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	50 054	46 812	- 3 242	- 5,9	- 20,4	- 16,7	- 6,5	5,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	39 141	39 046	- 95	- 1,7	- 13,7	- 15,6	- 0,2	4,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bauelemente.....	57 131	56 564	- 566	- 19,7	- 22,3	- 18,1	- 1,0	6,3
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	25 196	26 663	+ 1 466	+ 9,3	- 10,3	- 6,5	+ 5,8	3,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	78 914	82 793	+ 3 879	+ 19,8	+ 2,6	- 0,3	+ 4,9	9,2
Sonstige Fahrzeuge.....	36 744	40 739	+ 3 995	- 10,1	+ 13,2	+ 12,0	+ 10,9	4,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	21 878	21 057	- 821	- 9,2	- 12,1	- 3,0	- 3,8	2,3
Energie.....	945	1 161	+ 215	+ 96,1	+ 32,9	+ 16,1	+ 22,8	0,1
Sonstige Waren 3) 4).....	53 414	95 165	+ 41 750	+ 92,8	+ 105,6	+ 53,9	+ 78,2	10,5

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

*5.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001				
	Januar - Oktober	Januar - Oktober		August	September	Oktober	Januar - Oktober	Januar - Oktober
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Ausfuhr insgesamt.....	959 473	1 044 581	+ 85 108	+ 9,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 8,9	100
Güter der Ernährungswirtschaft.....	43 917	44 149	+ 231	+ 11,8	- 1,9	- 8,5	+ 0,5	4,2
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	899 051	948 472	+ 49 421	+ 5,5	- 2,2	- 2,0	+ 5,5	90,8
Rohstoffe und Halbwaren.....	54 412	54 316	- 96	- 0,3	- 17,8	- 10,6	- 0,2	5,2
Rohstoffe.....	7 159	6 750	- 409	+ 14,3	- 17,2	- 19,3	- 5,7	0,6
Halbwaren.....	47 254	47 566	+ 313	- 2,3	- 17,9	- 9,4	+ 0,7	4,6
Fertigwaren.....	844 639	894 156	+ 49 517	+ 5,9	- 1,2	- 1,4	+ 5,9	85,6
Vorerzeugnisse.....	134 003	134 399	+ 396	- 4,3	- 11,1	- 5,4	+ 0,3	12,9
Enderzeugnisse.....	710 637	759 757	+ 49 121	+ 7,8	+ 0,7	- 0,7	+ 6,9	72,7
Vorleistungsgüter.....	367 954	372 401	+ 4 447	- 2,0	- 10,6	- 6,5	+ 1,2	35,7
Investitionsgüter.....	398 577	433 563	+ 34 986	+ 9,9	+ 3,4	+ 0,7	+ 8,8	41,5
Gebrauchsgüter.....	36 131	37 522	+ 1 391	+ 7,2	- 1,7	- 7,3	+ 3,9	3,6
Verbrauchsgüter.....	100 586	107 235	+ 6 649	+ 18,6	+ 5,9	+ 0,4	+ 6,6	10,3
Landwirtschaftsgüter.....	8 540	7 557	- 983	+ 3,4	- 8,6	- 25,0	- 11,5	0,7
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	47 685	86 302	+ 38 617	+ 71,1	+ 71,2	+ 64,2	+ 81,0	8,3
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd... Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	7 305	6 623	- 683	+ 6,0	- 9,4	- 25,2	- 9,3	0,6
Fische und Fischereierzeugnisse.....	824	664	- 160	- 20,0	- 5,9	- 12,7	- 19,5	0,1
Kohle und Torf.....	410	270	- 140	- 16,4	+ 2,8	- 37,5	- 34,1	0,0
Erdöl und Erdgas.....	388	343	- 45	- 22,9	- 18,1	- 16,1	- 11,6	0,0
Uran- und Thoriumerze.....	2 604	4 630	+ 2 027	+ 109,5	- 1,0	+ 94,0	+ 77,8	0,4
Erze.....	-	-	-	-	-	-	-	-
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	119	106	- 13	- 18,4	- 34,4	- 56,2	- 10,8	0,0
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	1 373	1 358	- 15	- 5,8	- 4,0	- 9,5	- 1,1	0,1
Tabakerzeugnisse.....	35 311	36 023	+ 711	+ 8,9	- 1,0	- 2,7	+ 2,0	3,4
Textilien.....	3 064	3 430	+ 366	+ 92,9	- 1,1	- 28,4	+ 12,0	0,3
Bekleidung.....	19 211	19 210	- 1	- 1,0	- 9,4	- 6,1	- 0,0	1,8
Leder und Lederwaren.....	11 723	11 790	+ 67	+ 9,1	- 7,4	- 6,9	+ 0,6	1,1
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	4 425	4 611	+ 187	+ 7,4	- 1,0	+ 7,7	+ 4,2	0,4
Papier.....	6 016	5 989	- 27	+ 0,3	- 13,5	+ 8,3	- 0,4	0,6
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	23 339	22 244	- 1 095	- 1,7	- 11,3	- 7,1	- 4,7	2,1
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	7 679	7 695	+ 16	+ 3,8	- 11,6	+ 18,9	+ 0,2	0,7
Chemische Erzeugnisse.....	8 966	8 641	- 325	- 12,4	- 32,5	- 15,4	- 3,6	0,8
Gummi- und Kunststoffwaren.....	124 202	129 951	+ 5 749	+ 10,3	- 1,0	- 2,4	+ 4,6	12,4
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	31 536	32 184	+ 648	+ 9,1	- 0,6	- 0,2	+ 2,1	3,1
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	13 357	13 493	+ 136	- 5,2	- 2,6	- 2,8	+ 1,0	1,3
Metallерzeugnisse.....	49 292	49 540	+ 248	- 4,9	- 14,6	- 10,0	+ 0,5	4,7
Maschinen.....	30 157	30 778	+ 621	+ 1,6	- 4,0	- 1,3	+ 2,1	2,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	139 356	148 174	+ 8 818	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,8	+ 6,3	14,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	29 141	27 037	- 2 104	- 8,9	- 22,9	- 22,6	- 7,2	2,6
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	50 179	51 864	+ 1 685	- 2,0	- 3,5	- 10,3	+ 3,4	5,0
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	54 771	54 503	- 268	- 3,6	- 29,9	- 15,7	- 0,5	5,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	36 872	40 232	+ 3 360	+ 4,4	- 3,2	+ 5,4	+ 9,1	3,9
Sonstige Fahrzeuge.....	171 879	190 026	+ 18 147	+ 14,4	+ 11,2	+ 6,7	+ 10,6	18,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	38 456	48 551	+ 10 095	+ 36,3	+ 23,7	- 4,2	+ 26,3	4,6
Energie.....	17 530	17 360	- 170	+ 0,6	+ 0,6	- 15,8	- 1,0	1,7
Sonstige Waren 3) 4).....	822	889	+ 67	+ 27,8	- 29,7	- 29,3	+ 8,1	0,1
	39 166	76 370	+ 37 204	+ 80,7	+ 90,4	+ 77,0	+ 95,0	7,3

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

*5.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern¹⁾

Ländergruppe Ursprungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001				
	Januar - November	Januar - November		September	Oktober	November	Januar - November	Januar - November
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Einfuhr insgesamt	856 408	903 741	+ 47 333	- 2,1	- 3,5	- 3,6	+ 5,5	100,0
EU-Länder	435 260	471 992	- 36 733	- 0,6	+ 3,4	- 0,6	+ 8,4	52,2
Frankreich	81 050	83 860	+ 2 809	- 0,0	+ 4,3	- 12,1	+ 3,5	9,3
Niederlande	71 048	75 996	+ 4 949	+ 3,0	- 3,1	- 4,8	+ 7,0	8,4
Italien	57 562	58 704	+ 1 142	- 4,3	- 8,3	+ 3,4	+ 2,0	6,5
Vereinigtes Königreich	58 940	62 861	+ 3 921	- 2,4	- 0,2	+ 8,6	+ 6,7	7,0
Irland	15 755	28 082	+ 12 327	- 10,4	+ 94,5	+ 62,3	+ 78,2	3,1
Dänemark	13 986	14 863	+ 877	+ 4,2	+ 2,6	- 0,7	+ 6,3	1,6
Griechenland	2 708	2 833	+ 125	- 2,2	+ 15,2	- 8,2	+ 4,6	0,3
Portugal	8 736	8 955	+ 220	- 16,6	+ 4,3	- 21,4	+ 2,5	1,0
Spanien	25 765	25 872	+ 107	+ 5,4	- 18,0	- 9,7	+ 0,4	2,9
Schweden	16 235	15 105	- 1 129	- 1,0	- 17,7	- 29,9	- 7,0	1,7
Finnland	8 997	10 651	+ 1 665	- 15,6	- 20,3	- 26,1	+ 18,5	1,2
Österreich	32 711	33 986	+ 1 275	+ 1,8	+ 6,9	- 3,4	+ 3,9	3,8
Belgien	39 175	47 183	+ 8 009	+ 9,8	+ 19,6	+ 15,5	+ 20,4	5,2
Luxemburg	2 593	3 030	+ 437	+ 8,2	+ 32,9	+ 58,8	+ 16,9	0,3
EFTA-Länder	47 078	51 587	+ 4 508	- 2,7	- 9,3	+ 15,9	+ 9,6	5,7
Island	596	614	+ 19	+ 3,2	- 24,8	- 6,6	+ 3,1	0,1
Norwegen	15 716	18 439	+ 2 722	- 17,1	- 6,8	+ 36,9	+ 17,3	2,0
Liechtenstein	502	562	+ 60	+ 16,9	- 4,1	+ 17,4	+ 12,0	0,1
Schweiz	30 264	31 971	+ 1 707	+ 4,3	- 10,6	+ 6,5	+ 5,6	3,5
Andere europäische Länder ¹⁾ ...	112 792	125 403	+ 12 611	+ 7,5	+ 1,9	+ 5,2	+ 11,2	13,9
darunter:								
Türkei	9 977	10 687	+ 710	+ 9,7	- 4,7	+ 15,3	+ 7,1	1,2
Russische Föderation	22 802	23 697	+ 895	- 18,3	- 7,0	- 19,5	+ 3,9	2,6
Ukraine	1 393	1 427	+ 34	+ 8,1	- 13,0	- 16,6	+ 2,5	0,2
Belarus	496	513	+ 16	- 1,5	- 13,7	- 3,2	+ 3,3	0,1
Estland	593	485	- 107	- 5,4	- 37,9	+ 25,1	- 18,1	0,1
Lettland	664	769	+ 105	+ 4,6	+ 2,4	+ 8,9	+ 15,9	0,1
Litauen	983	1 162	+ 178	+ 14,8	+ 1,1	+ 12,2	+ 18,1	0,1
Polen	19 191	21 776	+ 2 585	+ 7,8	+ 1,1	+ 10,9	+ 13,5	2,4
Tschechische Republik	20 529	23 249	+ 2 720	+ 23,0	+ 12,3	+ 15,4	+ 13,2	2,6
Slowakei	5 607	6 680	+ 1 073	+ 33,2	- 20,2	+ 8,9	+ 19,1	0,7
Ungarn	16 759	19 749	+ 2 990	+ 25,6	+ 16,1	+ 14,3	+ 17,8	2,2
Rumänien	3 395	3 785	+ 390	+ 1,9	- 6,6	+ 5,6	+ 11,5	0,4
Bulgarien	950	1 118	+ 167	+ 12,7	- 4,3	- 1,5	+ 17,6	0,1
Slowenien	4 283	4 251	- 32	+ 3,5	+ 2,2	+ 8,7	- 0,7	0,5
Kroatien	1 091	1 121	+ 29	+ 7,9	- 9,9	+ 10,2	+ 2,7	0,1
Außereuropäische Länder	261 278	254 759	- 6 519	- 8,5	- 15,9	- 15,3	- 2,5	28,2
darunter:								
Vereinigte Staaten	74 561	75 794	+ 1 232	+ 1,7	- 16,8	- 16,6	+ 1,7	8,4
Kanada	5 623	5 426	- 198	+ 3,8	- 26,3	- 7,2	- 3,5	0,5
Südafrika	4 990	5 426	+ 435	+ 21,7	- 32,9	- 15,6	+ 8,7	0,6
China	29 545	31 506	+ 1 961	+ 5,1	- 1,7	- 2,0	+ 6,6	3,5
Japan	43 485	37 575	- 5 910	- 21,5	- 23,0	- 25,6	- 13,6	4,2
Australien	2 009	2 081	+ 72	- 14,6	- 15,4	- 8,2	+ 3,6	0,2
Neuseeland	750	960	+ 210	- 24,1	+ 64,2	+ 28,8	+ 28,1	0,1
Nachrichtlich:								
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾ ...	95 981	107 426	+ 11 445	+ 7,3	+ 1,0	+ 3,8	+ 11,9	11,9
Entwicklungsländer	99 158	94 878	- 4 280	- 16,2	- 15,9	- 14,9	- 4,3	10,5
Afrika	14 331	13 320	- 1 010	- 35,2	- 11,9	- 15,5	- 7,1	1,5
Amerika	16 914	17 120	+ 205	+ 1,3	- 8,7	- 2,8	+ 1,2	1,9
Asien	67 627	64 032	- 3 595	- 15,3	- 18,8	- 17,3	- 5,3	7,1
Ozeanien	286	406	+ 120	- 67,5	+ 58,0	- 31,8	+ 41,9	0,0
OECD-Länder ³⁾	692 478	737 580	+ 45 102	- 0,3	- 2,0	- 1,6	+ 6,5	81,6
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	30 819	27 834	- 2 985	- 19,7	- 27,2	- 18,1	- 9,7	3,1
OPEC-Länder ⁵⁾	16 351	13 747	- 2 604	- 22,3	- 38,2	- 27,9	- 15,9	1,5
NAFTA-Länder ⁶⁾	82 555	83 761	+ 1 207	+ 2,0	- 17,2	- 16,2	+ 1,5	9,3
ASEAN-Länder ⁷⁾	25 902	25 935	+ 33	- 11,7	- 12,1	- 18,1	+ 0,1	2,9

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁸⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

5.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern^{)}

Ländergruppe Bestimmungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001				
	Januar - November	Januar - November		September	Oktober	November	Januar - November	Januar - November
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Ausfuhr insgesamt	959 473	1 044 581	+ 85 108	+ 9,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 8,9	100,0
EU-Länder	543 618	577 057	+ 33 440	+ 9,3	+ 0,6	- 2,4	+ 6,2	55,2
Frankreich	108 400	116 582	+ 8 182	+ 10,3	+ 0,8	- 4,9	+ 7,5	11,2
Niederlande	62 835	64 659	+ 1 824	+ 5,4	- 4,0	+ 1,2	+ 2,9	6,2
Italien	72 671	78 006	+ 5 335	+ 8,6	- 1,3	- 2,4	+ 7,3	7,5
Vereinigtes Königreich	79 631	87 327	+ 7 695	+ 17,0	+ 5,9	+ 5,2	+ 9,7	8,4
Irland	5 746	6 359	+ 613	- 0,1	+ 0,6	+ 2,6	+ 10,7	0,6
Dänemark	15 368	16 863	+ 1 494	+ 25,3	+ 3,9	- 9,1	+ 9,7	1,6
Griechenland	7 605	8 451	+ 846	+ 50,6	- 2,6	+ 5,4	+ 11,1	0,8
Portugal	10 236	10 446	+ 209	- 2,9	- 2,1	- 2,7	+ 2,0	1,0
Spanien	43 049	46 639	+ 3 590	+ 22,7	+ 3,2	- 5,3	+ 8,3	4,5
Schweden	21 914	20 973	- 940	- 8,6	- 7,5	- 11,2	- 4,3	2,0
Finnland	11 423	11 086	- 337	- 5,1	- 13,0	- 7,9	- 2,9	1,1
Österreich	52 178	53 358	+ 1 179	+ 1,9	- 1,3	- 6,4	+ 2,3	5,1
Belgien	48 358	51 706	+ 3 348	+ 0,5	+ 7,8	- 0,0	+ 6,9	4,9
Luxemburg	4 203	4 604	+ 401	+ 2,8	- 6,1	+ 0,6	+ 9,5	0,4
EFTA-Länder	49 547	54 233	+ 4 687	+ 13,2	- 6,0	- 4,6	+ 9,5	5,2
Island	502	486	- 17	- 17,9	- 17,8	+ 7,4	- 3,3	0,0
Norwegen	6 934	8 150	+ 1 216	+ 73,2	- 4,5	+ 0,1	+ 17,5	0,8
Liechtenstein	744	518	- 226	- 52,2	+ 6,8	- 1,2	- 30,4	0,0
Schweiz	41 365	45 079	+ 3 714	+ 5,4	- 6,4	- 5,5	+ 9,0	4,3
Andere europäische Länder ¹⁾ ...	110 816	126 031	+ 15 215	+ 11,3	+ 3,8	+ 9,4	+ 13,7	12,1
darunter:								
Türkei	13 104	9 823	- 3 282	- 32,9	- 40,6	- 30,9	- 25,0	0,9
Russische Föderation	10 279	16 016	+ 5 737	+ 64,2	+ 49,8	+ 50,1	+ 55,8	1,5
Ukraine	2 202	3 217	+ 1 015	+ 16,5	+ 20,9	+ 53,4	+ 46,1	0,3
Belarus	900	1 272	+ 373	+ 113,3	+ 31,0	+ 65,7	+ 41,4	0,1
Estland	690	858	+ 168	+ 13,5	+ 12,6	+ 22,7	+ 24,4	0,1
Lettland	993	1 311	+ 317	+ 35,2	+ 30,2	+ 40,0	+ 31,9	0,1
Litauen	1 412	1 965	+ 554	+ 45,2	+ 18,6	+ 39,1	+ 39,2	0,2
Polen	23 466	24 840	+ 1 374	+ 6,4	+ 0,2	+ 2,5	+ 5,9	2,4
Tschechische Republik	20 250	24 381	+ 4 131	+ 11,4	+ 7,6	+ 11,4	+ 20,4	2,3
Slowakei	5 320	6 430	+ 1 110	+ 17,4	+ 11,0	+ 8,7	+ 20,9	0,6
Ungarn	16 497	17 362	+ 865	+ 4,5	- 2,2	- 2,7	+ 5,2	1,7
Rumänien	3 819	4 897	+ 1 078	+ 23,3	+ 20,0	+ 19,2	+ 28,2	0,5
Bulgarien	1 385	1 645	+ 260	+ 10,4	+ 1,6	+ 23,1	+ 18,8	0,2
Slowenien	3 724	3 955	+ 232	+ 4,7	- 7,2	+ 11,2	+ 6,2	0,4
Kroatien	2 141	2 534	+ 393	+ 39,7	- 0,3	+ 26,6	+ 18,4	0,2
Außereuropäische Länder	255 492	287 259	+ 31 767	+ 7,9	+ 3,1	+ 4,2	+ 12,4	27,5
darunter:								
Vereinigte Staaten	99 310	111 868	+ 12 558	+ 10,1	+ 5,7	+ 3,4	+ 12,6	10,7
Kanada	7 020	7 850	+ 829	+ 21,8	+ 14,1	+ 47,5	+ 11,8	0,8
Südafrika	5 999	7 322	+ 1 322	+ 9,2	- 2,1	+ 26,9	+ 22,0	0,7
China	14 562	19 396	+ 4 834	+ 42,3	+ 11,1	+ 17,4	+ 33,2	1,9
Japan	21 365	21 623	+ 258	- 0,8	- 19,2	- 3,5	+ 1,2	2,1
Australien	5 540	5 836	+ 296	+ 9,8	+ 15,8	+ 7,5	+ 5,3	0,6
Neuseeland	777	928	+ 151	+ 19,9	+ 23,9	+ 23,7	+ 19,4	0,1
Nachrichtlich:								
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾ ..	89 012	106 469	+ 17 457	+ 18,2	+ 11,4	+ 14,6	+ 19,6	10,2
Entwicklungsländer	98 269	109 983	+ 11 714	+ 1,9	+ 4,0	+ 1,5	+ 11,9	10,5
Afrika	10 629	12 168	+ 1 539	+ 23,0	+ 9,8	+ 16,1	+ 14,5	1,2
Amerika	24 177	27 823	+ 3 646	+ 2,8	+ 28,5	+ 2,7	+ 15,1	2,7
Asien	63 202	69 655	+ 6 453	+ 0,4	- 5,7	- 3,1	+ 10,2	6,7
Ozeanien	261	337	+ 76	- 88,8	+ 14,1	+ 141,5	+ 29,2	0,0
OECD-Länder ³⁾	820 899	878 452	+ 57 553	+ 8,3	- 0,3	- 1,3	+ 7,0	84,1
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	28 529	28 442	- 86	- 9,4	- 17,6	- 11,1	- 0,3	2,7
OPEC-Länder ⁵⁾	16 781	21 664	+ 4 882	+ 33,7	+ 14,1	+ 17,8	+ 29,1	2,1
NAFTA-Länder ⁶⁾	114 370	128 466	+ 14 096	+ 9,3	+ 4,9	+ 4,9	+ 12,3	12,3
ASEAN-Länder ⁷⁾	17 026	19 940	+ 2 914	+ 9,5	- 5,0	- 3,0	+ 17,1	1,9

^{*)} Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2000				2001			
	Jahr	September	Oktober	Januar - Oktober	Jahr	September	Oktober	Januar - Oktober
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %			
Einfuhr insgesamt	+ 21,0	- 3,5	- 3,6	+ 5,5	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 4,4	- 6,8	- 7,1	- 3,0	7,5	7,0	7,0	7,0
Gewerbliche Wirtschaft	+ 24,2	- 9,7	- 7,7	+ 0,5	87,7	83,4	83,7	83,5
Rohstoffe	+ 67,9	- 18,8	- 11,7	- 1,4	5,9	6,1	4,8	5,5
Halbwaren	+ 55,1	- 17,8	- 14,3	+ 1,1	9,3	8,7	8,4	8,8
Fertigwaren	+ 18,8	- 7,8	- 6,6	+ 0,6	72,5	68,6	70,5	69,3
Vorzeugnisse	+ 18,9	- 14,7	- 12,7	- 4,7	10,7	9,2	9,7	9,9
Enderzeugnisse	+ 18,6	- 6,6	- 5,5	+ 1,5	61,8	59,5	60,8	59,4
Ausfuhr insgesamt	+ 17,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 8,9	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 13,1	- 1,9	- 8,5	+ 0,5	4,6	4,4	4,2	4,2
Gewerbliche Wirtschaft	+ 18,3	- 2,2	- 2,0	+ 5,5	93,7	90,7	90,8	90,8
Rohstoffe	+ 20,7	- 17,2	- 19,3	- 5,7	0,7	0,6	0,6	0,6
Halbwaren	+ 34,6	- 17,9	- 9,4	+ 0,7	5,0	3,9	4,4	4,6
Fertigwaren	+ 17,5	- 1,2	- 1,4	+ 5,9	88,1	86,2	85,8	85,6
Vorzeugnisse	+ 20,5	- 11,1	- 5,4	+ 0,3	13,6	12,3	12,6	12,9
Enderzeugnisse	+ 17,0	+ 0,7	- 0,7	+ 6,9	74,2	73,9	73,0	72,7

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2000				2001			
	Jahr	August	September	Oktober	Jahr	August	September	Oktober
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Einfuhr								
Index der tatsächlichen Werte	158,5	153,2	152,5	176,8	+ 21,0	- 2,1	- 3,5	- 3,6
Index des Volumens	148,7	142,3	141,6	159,7	+ 9,9	- 2,7	- 3,2	+ 2,9
Index der Durchschnittswerte	106,6	107,7	107,7	110,7	+ 10,1	+ 0,3	- 0,3	- 6,4
Ausfuhr								
Index der tatsächlichen Werte	155,9	161,7	155,4	177,9	+ 17,1	+ 9,3	+ 1,3	+ 0,7
Index des Volumens	156,5	154,9	153,3	174,8	+ 12,8	+ 7,0	+ 1,3	+ 0,3
Index der Durchschnittswerte	99,6	104,4	101,4	101,8	+ 3,9	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,4
Terms of Trade	93,4	96,9	94,2	92,0	- 5,8	+ 1,8	+ 0,3	+ 7,2

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, □ Halbjahr, Jahr	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 5 197	-	+ 8 156	-	+ 6 103	-	+ 8 711	-
Februar	+ 11 151	+ 16 347	+ 10 799	+ 18 955	+ 13 929	+ 20 033	+ 12 642	+ 21 353
März	+ 12 068	+ 28 415	+ 11 008	+ 29 962	+ 11 992	+ 32 025	+ 17 387	+ 38 740
1. Vierteljahr	+ 28 415	x	+ 29 962	x	+ 32 025	x	+ 38 740	x
April	+ 10 373	+ 38 788	+ 11 016	+ 40 978	+ 10 360	+ 42 385	+ 10 571	+ 49 311
Mai	+ 13 364	+ 52 152	+ 6 354	+ 47 332	+ 8 807	+ 51 193	+ 14 510	+ 63 821
Juni	+ 10 606	+ 62 759	+ 13 326	+ 60 658	+ 12 924	+ 64 117	+ 13 438	+ 77 260
2. Vierteljahr	+ 34 344	x	+ 30 696	x	+ 32 092	x	+ 38 520	x
Juli	+ 13 298	+ 76 056	+ 13 892	+ 74 550	+ 11 624	+ 75 741	+ 17 139	+ 94 399
August	+ 7 830	+ 83 886	+ 5 916	+ 80 466	+ 5 712	+ 81 453	+ 16 179	+ 110 578
September	+ 10 826	+ 94 712	+ 10 845	+ 91 311	+ 8 322	+ 89 775	+ 12 660	+ 123 238
3. Vierteljahr	+ 31 953	x	+ 30 653	x	+ 25 659	x	+ 45 979	x
Oktober	+ 11 716	+ 106 428	+ 11 025	+ 102 337	+ 13 289	+ 103 064	+ 17 601	+ 140 839
November	+ 15 036	+ 121 465	+ 15 266	+ 117 603	+ 9 321	+ 112 385		
Dezember	+ 5 506	+ 126 970	+ 9 939	+ 127 542	+ 3 278	+ 115 664		
4. Vierteljahr	+ 32 258	x	+ 36 230	x	+ 25 888	x		
2. Halbjahr	+ 64 212	x	+ 66 884	x	+ 51 547	x		
Jahr	+ 126 970	x	+ 127 542	x	+ 115 664	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 13 790	- 13 790	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309
Februar	- 812	- 14 602	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973
März	+ 7 361	- 7 241	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833
1. Vierteljahr	- 7 241	x	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x
April	+ 2 186	- 5 055	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156
Mai	+ 1 225	- 3 830	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326
Juni	+ 3 493	- 337	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266
2. Vierteljahr	+ 6 904	x	+ 1 749	x	- 4 760	x	- 3 266	x
Juli	- 1 107	- 1 444	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 3 024	- 6 376
August	- 4 780	- 6 224	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 3 290	2 986
September	- 2 566	- 8 790	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	- 373	3 360
3. Vierteljahr	- 8 453	x	- 8 122	x	- 10 998	x	- 107	x
Oktober	- 1 476	- 10 266	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 664	
November	+ 3 653	- 6 613	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 132	
Dezember	- 1 196	- 7 809	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610		
4. Vierteljahr	+ 981	x	- 5 014	x	- 10 929	x		
2. Halbjahr	- 7 472	x	- 13 136	x	- 21 927	x		
Jahr	- 7 809	x	- 14 419	X	- 32 856	X		

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2000	2001					
	Jahr	Junii	Juli	August	September	Oktober	November
	Mill. DM	Mill. Euro					
Zahlungsbilanz							
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾ (Zunahme: -)	+ 5 844	+ 326	- 151	+ 460	- 2 474	- 1 001	+ 204
Leistungsbilanz	- 20 302	- 4 592	- 3 024	+ 3 290	- 373	+ 4 664	+ 132
Außenhandel ²⁾	+ 59 138	+ 6 871	+ 8 763	+ 8 272	+ 6 473	+ 8 999	+ 5 863
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	- 6 384	- 332	- 478	- 667	- 622	- 258	- 630
Dienstleistungsbilanz	- 44 694	- 5 105	- 4 912	- 4 783	- 4 081	- 3 528	- 3 333
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1 238	- 3 109	- 3 538	+ 1 740	+ 248	+ 2 217	+ 926
Laufende Übertragungen	- 27 123	- 2 917	- 2860	- 1 273	- 2 392	- 2 766	- 2 695
Vermögensübertragungen	- 15 296	+ 288	- 226	- 172	- 47	- 139	- 175
Kapitalbilanz (Nettokapital export: -)							
Direktinvestitionen	+ 138 385	+ 9 739	+ 14 188	+ 604	+ 3 310	- 6 115	- 1 614
Wertpapiere	- 164 239	+ 21 077	+ 355	+ 9 512	+ 14 810	+ 3 798	+ 7 062
Finanzderivate	- 3 839	- 4 498	- 3 551	- 1 657	- 1 029	- 1 083	- 2 509
Kreditverkehr ⁴⁾	+ 41 493	- 48 325	- 11 599	- 8 581	- 33 767	- 2 518	- 32 320
Sonstige Kapitalanlagen	- 1 995	- 94	- 169	- 213	- 194	- 223	- 91
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 9 804	- 22 101	- 776	- 336	- 14 812	- 6 142	- 26 244
Restposten der Zahlungsbilanz	- 10 641	+ 26 079	+ 4 178	- 3 242	+ 17 706	+ 2 617	+ 26 083
Bestandsangaben							
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank							
Bruttowährungsreserven
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland
Auslandsverbindlichkeiten
Netto-Auslandspositionen	94 170	92 934	100 433	102 151	103 387	104 705	97 842
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	- 191 150	- 240 571	- 238 939	- 228 917	- 192 141	- 196 562	- 180 425

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

⁴⁾ Einschließlich Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern.

⁵⁾ Enthält die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschließlich der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden.

⁶⁾ Vergleiche Anmerkung⁵⁾.

⁷⁾ Vorläufiges Ergebnis auf der Basis der bislang vorliegenden Angaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*6. Preise

	2001																
	Dezember	3. Vj.		Oktober		November		Dezember		3. Vj.		Oktober		November		Dezember	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	109,6	+	0,2	-	0,3	-	0,2	+	0,1	+	2,5	+	2,0	+	1,7	+	1,7
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	106,2	-	0,6	+	0,1	-	0,6	+	0,6	+	5,6	+	5,7	+	4,7	+	4,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,6	+	0,1	+	0,0	+	0,2	-	0,1	+	2,0	+	1,8	+	1,5	+	1,3
Bekleidung und Schuhe	103,6	-	0,2	+	0,4	+	0,3	+	0,0	+	0,9	+	1,1	+	1,2	+	1,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,0	+	0,4	-	0,3	-	0,3	-	0,3	+	2,9	+	1,6	+	1,2	+	1,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstun-gen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	103,6	+	0,2	+	0,1	+	0,3	+	0,0	+	1,1	+	1,2	+	1,5	+	1,4
Gesundheitspflege	112,7	+	0,2	+	0,0	+	0,1	+	0,0	+	1,3	+	1,2	+	1,2	+	1,2
Verkehr	115,6	-	1,0	-	1,2	-	0,6	+	0,0	+	2,4	+	1,4	+	0,4	+	1,2
Nachrichtenübermittlung	82,0	+	0,3	-	0,1	-	0,1	+	0,0	-	2,1	-	2,1	-	2,3	-	2,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ..	106,4	+	1,7	-	1,0	+	0,4	+	0,7	+	1,4	+	2,0	+	1,2	+	1,3
Bildungswesen	121,6	+	0,3	+	0,0	+	0,0	+	0,0	+	1,6	+	1,4	+	1,2	+	1,2
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	108,0	+	1,9	+	0,3	-	1,0	+	0,6	+	1,7	+	1,8	+	2,1	+	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen	110,5	+	0,4	+	0,2	+	0,3	+	0,1	+	2,7	+	2,6	+	2,6	+	2,6
Index der Einzelhandelspreise	104,8	+	0,1	-	0,1	-	0,2	+	0,0	+	1,8	+	1,4	+	1,2	+	1,3
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	-	0,4	-	0,9	-	0,3	+	2,6	+	0,6	+	0,1
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	-	0,9	-	1,7	-	0,7	+	3,1	-	0,7	-	1,6
Investitionsgüterproduzenten	+	0,4	+	0,1	+	0,0	+	1,1	+	1,2	+	1,1
Konsumgüterproduzenten	+	0,2	+	0,1	-	0,2	+	2,8	+	2,6	+	2,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+	1,5	-	2,5	-	0,3	+	13,1	+	3,9	+	2,6
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	-	0,3	-	0,5	-	0,4	+	0,9	-	0,2	-	0,6
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	-	0,9	-	3,1	-	0,3	+	12,0	+	4,4	+	3,0
Preisindex für Wohngebäude	-	0,1 ³⁾	.	.	+	0,0	.	-	0,2 ³⁾	-	.	-	0,4	.	.	.
Preisindex für Straßenbau	-	0,1 ³⁾	.	.	+	0,0	.	+	0,4 ³⁾	.	-	0,3
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte ¹⁾	-	0,6	-	1,8p	-	0,2p	+	4,4	+	1,9p	+	0,6p
pflanzlicher Produkte	-	2,0	-	2,8	+	0,3	+	5,0	+	5,2	+	4,0
tierische Produkte	+	0,1	-	1,2p	-	0,4p	+	4,1	+	0,4p	-	0,9p
Index der Einfuhrpreise	-	2,3	-	1,6	-	0,5	-	1,0	-	5,6	-	6,6
Güter der Ernährungswirtschaft	-	3,3	-	0,4	+	0,0	+	4,3	+	0,7	-	0,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	2,1	-	1,8	-	0,6	-	1,6	-	6,4	-	7,3
Rohstoffe und Halbwaren	-	7,1	-	7,4	-	2,8	-	7,4	-	21,2	-	24,3
Fertigwaren	-	0,4	-	0,1	+	0,0	+	0,4	-	1,1	-	1,1
Index der Ausfuhrpreise	-	0,4	-	0,3	-	0,1	+	0,4	-	0,8	-	0,9
dar. Fertigwaren	-	0,2	-	0,1	+	0,0	+	0,6	-	0,2	-	0,2
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾	85,2	-	4,8	-	12,1	-	6,8	-	0,8	-	12,4	-	25,6	-	31,9	-	21,5

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für August 2001.

p = Vorläufiges Ergebnis.

*7. Zinssätze

	2000				2001			
	August	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionsatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,76	4,83	5,02	5,07	4,33	3,96	3,58	3,37
Dreimonatsgeld, Fidor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fidor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	5,5	5,6	5,5	5,4	4,8	4,7	4,5	4,3
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	5,3	5,4	5,3	5,2	4,7	4,7	4,4	4,3
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	9,85	9,94	10,18	10,19	10,03	9,98	9,93	9,77
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,63	6,76	6,95	7,01	6,84	6,69	6,57	6,43
Hypothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	6,51	6,53	6,49	6,45	5,69	5,57	5,36	5,20
Festzinsen 10 Jahre	6,69	6,72	6,68	6,64	6,13	6,08	5,91	5,70
Gleitzinsen	6,70	6,79	6,84	6,86	6,57	6,45	6,30	6,12
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,64	3,79	3,89	3,97	3,70	3,38	3,07	2,77
Spareinlagen (dreimonatige Kündigungsfrist ¹¹⁾	1,25	1,26	1,25	1,26	1,18	1,16	1,14	1,11

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben vom Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Oktober 1996: unter 1 Mio. DM. Ab November 1996: von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

⁸⁾ Bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Von 100 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Februar 2002

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.